

1 L-01

2 Antragsteller: Landesvorstand der NRWSPD

3

4 Der Landesparteitag möge beschließen:

5

6 **Solidarpakt Zukunft**

7

8 **Solidarpakt Zukunft**

9

10 Keine Herausforderung seit Ende des Zweiten Weltkrie-
11 ges haben unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und
12 jede Einzelne und jeden Einzelnen so gefordert wie
13 Corona-Pandemie. Es geht um die Bekämpfung der Aus-
14 breitung des Virus zum einen und um die Abmilderung
15 der wirtschaftlichen und sozialen Folgen dieses Vorge-
16 hens zum anderen. Wir sehen: Wir haben es bislang ge-
17 meinsam und oft solidarisch geschafft – doch die Aus-
18 wirkungen und Herausforderungen wirken stark unter-
19 schiedlich auf Branchen, Beschäftigte, Wirtschaftszwei-
20 ge, Familien, unser Bildungs- und Gesundheitssystem.

21

22 Deutschland und Nordrhein-Westfalen waren binnen
23 weniger Tage nicht mehr wiederzuerkennen: Schulen
24 und Kitas blieben geschlossen, Geschäfte und Restau-
25 rants ebenfalls, die Fußballstadien waren verwaist, Ur-
26 laubsreisen verboten, selbst das Treffen mit Familie
27 und Freunden untersagt. Gesellschaft und Staat haben
28 schnell und beherzt reagiert – doch Verunsicherungen
29 entstanden durch unterschiedliches Vorgehen in den
30 Ländern und widersprüchliche Kommunikation. In einer
31 Krise sind Orientierung, Klarheit und Zusammen-
32 halt gefragt wie nie. Unser Sozialstaat hat sich bewie-
33 sen: Durch die richtigen politischen Weichenstellungen
34 kann Massenarbeitslosigkeit durch Kurzarbeit verhin-
35 dert werden und Ressourcen für ein zuvor schon belas-
36 tetes Gesundheitssystem bereitgestellt werden, um nur
37 zwei Beispiele zu nennen.

38

39 Umgehend wurden Soforthilfen beschlossen, um Exis-
40 tenzen zu sichern. Und um der Wirtschaft einen kräfti-
41 gen Schub zu geben, haben wir im Bund ein Konjunk-
42 turprogramm beschlossen, das sozial gerecht ist – und
43 unser Land auch ökologisch nach vorne bringt. Ein Pro-
44 gramm für Familien, für Kommunen, für Auszubildende,
45 für kleine und mittelständische Unternehmen, für die
46 Kultur und die Umwelt. Doch es bleibt auch die Erkennt-
47 nis, dass es nach der Corona-Pandemie nicht wieder so
48 sein wird wie zuvor. Die Pandemie wird ein Ende finden,
49 aber unseren Alltag, die Arbeit und das Leben auf Dauer
50 verändern. Die zentralen Fragen rücken wir in den Mit-
51 telpunkt. Was wollen wir zum Besseren verändern und
52 damit die Frage aus Sicht der Sozialdemokratie beant-
53 worten: Wie geht es für NRW weiter?

54

55 Auch wir müssen die Lehren aus der Corona-Pandemie
56 ziehen. Die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge, das
57 Gesundheitswesen, Altenpflege, Wirtschaft und Be-
58 schäftigte, Bildung, Familien und Kommunen – alle ha-
59 ben sich bewiesen, haben ihr Stärken gezeigt. NRW ist

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in Fassung der Antragskommission

Solidarpakt Zukunft

Keine Herausforderung im 21. Jahrhundert fordert jede Einzelne und jeden Einzelnen, unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft wie die Corona-Pandemie. Es geht zum einen um die Bekämpfung der Ausbreitung des Virus und zum anderen um die Abmilderung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen. Bislang haben wir vieles gemeinsam, oft solidarisch und in kürzester Zeit geschafft. Doch wir sehen auch, dass die Auswirkungen der Pandemie und die daraus resultierenden Herausforderungen sehr unterschiedlich auf Beschäftigte, Familien, unser Bildungs- und Gesundheitssystem, auf Branchen und Wirtschaftszweige wirken.

Deutschland und damit auch Nordrhein-Westfalen waren seit März 2020 binnen weniger Tage nicht mehr wiederzuerkennen: Schulen und Kitas blieben geschlossen, Geschäfte und Restaurants ebenfalls, die Fußballstadien verwaist, Urlaubsreisen abgesagt, selbst Treffen mit Familie und Freunden massiv eingeschränkt. Diese, teilweise massiven Grundrechtseingriffe haben wir im Laufe des Jahres 2020 und bis in den Februar 2021 immer wieder erleben müssen - vom Lockdown in die Lockerungen und umgekehrt.

Es hat sich zum einen deutlich gezeigt, wie wichtig ein funktionierender solidarischer Sozialstaat ist. Durch die richtigen politischen Weichenstellungen kann Massenarbeitslosigkeit durch Kurzarbeit verhindert werden und durch die Bereitstellung von finanziellen Ressourcen ein schon zuvor belastetes Gesundheitssystem der Druck gemildert werden, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Durch den vehementen Einsatz unserer Bundesvorsitzenden, Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans sowie durch die Beharrlichkeit unseres Bundesfinanzministers und Spitzenkandidaten Olaf Scholz konnten wir im Bund ein Konjunkturprogramm beschließen, das soziale Härten abfedert - und unser Land auch ökologisch nach vorne bringt. Ein Programm für Familien, für Kommunen, für Auszubildende, für kleine und mittelständische Unternehmen, für die Kultur und Klima.

Die Corona Pandemie wird ihr Ende finden auch durch die hoffentlich bald einsetzenden, flächendeckenden Impfungen. Was allerdings bleiben sollte, ist das Bewusstsein, dass sich in vielen gesellschaftlichen Bereichen bereits jetzt, aber auch langfristig nach Beendigung der Pandemie etwas verändern muss. Ein einfaches „Zurück“ darf es nicht geben. Die NRWSPD ist dazu bereit. Wir geben Orientierung und rücken die zentralen Fragen in den Mittelpunkt.

So hilfreich die Soforthilfeprogramme waren und sind,

60 zusammengerückt, ist solidarisch. Doch auch Schwach-
61 stellen und Versäumnisse haben sich gezeigt: Teils sind
62 diese Schwachstellen neu, aber in vielen Bereichen
63 wirkt die Pandemie wie ein Brennglas und zeigt dras-
64 tisch, wo wir Probleme haben liegen lassen. Das war und
65 ist fahrlässig und teils gefährlich.

66
67 Mit fast 18 Millionen Menschen ist NRW das bevölke-
68 rungsreichste Bundesland. Wir können und wir werden
69 Vorbild sein – in Deutschland, aber auch für Europa. Wir
70 wollen die Probleme anpacken. Wir bezeichnen uns ge-
71 rne als die Weltmeister des Strukturwandels – das wer-
72 den wir nun erneut unter Beweis stellen. Diese Umbrü-
73 che erfahren nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie
74 eine Beschleunigung und stellen in der Kombination
75 mit der Pandemie einen zusätzlichen Stresstest dar.

76
77 Deshalb braucht es einen Solidarpakt Zukunft für NRW.
78 Die NRWSPD hat gemeinsam mit VertreterInnen aus
79 ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen –
80 Partei, Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und
81 Zivilgesellschaft – Ideen entwickelt, um die richtigen
82 Lehren aus der Pandemie zu ziehen. Wir haben Lösun-
83 gen formuliert. Kein leichter, sondern ein anspruchsvoller
84 Weg. Wir wollen in unser Land investieren. Aber diese
85 Investitionen müssen sich daran messen lassen, zukunfts-
86 tauglich zu sein. Wir wollen Fortschritt – und der ist
87 ökologisch, aber vor allem sozial gerecht. Dabei setzen
88 wir auf ein solidarisches Miteinander: wir wollen die
89 unterschiedlichen Regionen und Teile der Gesellschaft
90 zusammenhalten, indem wir allen eine gute Perspektive
91 bieten. So schaffen wir Sicherheit im Wandel und Akzeptanz
92 in der Bevölkerung. Das ist der Solidarpakt Zukunft für NRW.

93
94
95 **Verlässliche Bildungspolitik mit Zukunft**

96
97 Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Digitalisie-
98 rung im Bildungswesen kein Selbstzweck ist. Sie hat das
99 Lernen auf Distanz ermöglicht. Doch auch abseits von
100 Corona liegen große Potenziale in der Digitalisierung.
101 Sie ermöglicht mehr Teilhabe und Chancengleichheit. Es
102 ist unser Kernanliegen, dass alle Kinder und Jugendliche
103 davon profitieren.

104
105 Fast 3 Millionen Kinder lebten in NRW. Und es werden
106 mehr, die Geburtenrate steigt, 2019 wurden in NRW
107 knapp 170.000 Kinder geboren. Daher wird auch ab-
108 sehbar die Zahl der SchülerInnen an den NRW-Schulen
109 deutlich steigen. Rund 620.000 Mädchen und Jungen
110 unter sechs Jahren werden in NRW in Kindertagesein-
111 richtung betreut – Tendenz steigend. Jährlich absolvier-
112 ten rund 300.000 – zumeist junge – Menschen in NRW
113 eine duale Ausbildung. Und an den NRW-Hochschulen
114 sind etwa 768.000 Studierende eingeschrieben. Sie sind
115 das Potenzial von NRW und sie alle verdienen beste Bil-
116 dung.

117

so stark sich die Solidarität der Menschen nicht nur im
Gesundheitsbereich, in der Altenpflege, in den kommunalen
Behörden, dem Einzelhandel oder Gastronomie, im Bildungsbereich
und insbesondere in den Familien gezeigt hat, dürfen die finanziellen
Hilfen und der Applaus nicht weiße Salbe zum Überdecken der
grundsätzlichen strukturellen Probleme sein. Vielmehr müssen wir
die Pandemie auch als Weckruf begreifen, um Lehren aus dem
Bisherigen zu ziehen, neue Ideen zu entwickeln und diese dann
auch mutig durchzusetzen.

Mit fast 18 Millionen Menschen ist NRW das bevölke-
rungsreichste Bundesland. Wir können und wir werden
Vorbild sein – in Deutschland, aber auch für Europa. Wir
wollen die Probleme anpacken. Wir bezeichnen uns gerne
als die Weltmeister des Strukturwandels – das werden wir
nun erneut unter Beweis stellen.

Deshalb braucht es einen Solidarpakt Zukunft für NRW.
Die NRWSPD hat gemeinsam mit VertreterInnen aus
ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen –
Partei, Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und
Zivilgesellschaft – Ideen entwickelt, um die richtigen
Lehren aus der Pandemie zu ziehen und Perspektiven zu
geben. Wir haben Lösungen formuliert. Wir wollen in
unser Land investieren. Diese Investitionen müssen sich
daran messen lassen, zukunfts-tauglich zu sein. Wir wollen
Fortschritt – der ökologisch, aber vor allem sozial gerecht
ist. Dabei setzen wir auf ein solidarisches Miteinander-
auch und gerade weil Nordrhein-Westfalen so unterschiedlich
und vielfältig ist: wir wollen die unterschiedlichen
Regionen und Teile der Gesellschaft zusammenhalten,
indem wir allen Perspektiven bieten. Wir schaffen
Sicherheit im Wandel.

Verlässliche Bildungspolitik mit Zukunft

Fast 3 Millionen Kinder leben in NRW – Tendenz
steigend. Rund 620.000 Mädchen und Jungen unter
sechs Jahren werden in NRW in Kindertageseinrichtung
betreut. Jährlich absolvierten rund 300.000 – zumeist
junge – Menschen in NRW eine duale Ausbildung. Und
an den NRW-Hochschulen sind etwa 768.000 Studierende
eingeschrieben. Sie sind die Zukunft von NRW und sie
alle verdienen beste Bildung.

Auf beste Bildung müssen Kinder und Jugendliche
auch in der Krise vertrauen dürfen. Dafür setzen wir
ihren Erfolg an erste Stelle und hören ihnen zu. Denn
es braucht gute Kommunikation, schlüssige Handlungs-
anweisungen und verlässliche Perspektiven. Die
schwarz-gelbe Landesregierung führt schmerzlich
vor Augen, wie Vertrauen bei Kindern, Jugendlichen,
Eltern, Schulleitungen und Lehr-Personal verspielt
wird. Anstatt Chaos zu stiften, muss die Landes-
regierung die vielen engagierten Schulleitungen,
Eltern, LehrerInnen, SozialarbeiterInnen und
SchülerInnen endlich bestmöglich unterstützen
und anerkennen, dass dieses Schuljahr eben

118 Knapp jede/jeder fünfte Minderjährige in NRW lebt je-
 119 doch in einer Familie, die aus eigenen Kräften nicht in
 120 der Lage ist, für den gemeinsamen Lebensunterhalt zu
 121 sorgen. Sie leben in Armut oder sind von ihr bedroht.
 122 Weder die soziale oder kulturelle Herkunft noch die Fi-
 123 nanzkraft der Eltern dürfen jedoch nicht über die Bil-
 124 dungschancen von Kindern und Jugendlichen entschei-
 125 den.

126
 127 Wir wollen Chancengleichheit und dazu gehört auch,
 128 dass alle Kinder und Jugendliche von der Digitalisierung
 129 profitieren. Wir müssen Kinder, Jugendliche und Bil-
 130 dungseinrichtungen entsprechend ausstatten. Die digi-
 131 tale Bildungsagenda braucht einen echten politischen
 132 Aufbruch.

- 133
- 134 • **Wir brauchen eine Gesamtstrategie für die Digita-**
 135 **lisierung im Bildungswesen. Sie muss bei der frü-**
 136 **hen Bildung ansetzen und über allgemeine- und be-**
 137 **ruftsbildende Schulen sowie Ausbildung bis zu den**
 138 **Hochschulen gehen.**

139
 140 *Verlässliche Bildungspolitik mit Zukunft S. 6*

141
 142 **Neue Wirtschaftskraft durch solidarischen Fortschritt**

143
 144 Mehr als ein Fünftel aller Erwerbstätigen in Deutsch-
 145 land, rund 9,6 Millionen Menschen, sind in NRW be-
 146 schäftigt. Sie haben im Jahr 2019 Güter und Dienstleis-
 147 tungen mit einem Wert von mehr als 710 Milliarden Euro
 148 produziert. Das sind rund 21 Prozent der gesamten deut-
 149 schen Wirtschaftsleistung. 10 der 30 DAX-Unternehmen
 150 haben ihren Firmensitz in NRW. Damit ist NRW nicht nur
 151 der Motor innerhalb Deutschlands, sondern auch inner-
 152 halb Europas ein echtes Schwergewicht.

153
 154 Und NRW soll Schwergewicht bleiben. Doch dafür müs-
 155 sen wir investieren. Bereits vor der Pandemie war die
 156 NRW-Industrie in keiner guten Verfassung. Die Globali-
 157 sierung, Handelsstreitigkeiten und der Brexit haben uns
 158 zugesetzt. Gleichzeitig stecken wir durch den Klima-
 159 wandel mitten im Umbau der Wirtschaft. Vor diesem
 160 Hintergrund treffen uns die wirtschaftlichen Folgen der
 161 Pandemie besonders schwer. Unternehmen, die bisher
 162 in Schwierigkeiten steckten, ringend jetzt um Luft. Aus
 163 Handlungsdruck wird nun echter Zeitdruck.

164
 165 Wir wollen dieser Herausforderung durch Fortschritt
 166 begegnen. Im Angesicht der Lage sind für uns „ver-
 167 walten“ oder gar „aussitzen“ keine Optionen. Der Fort-
 168 schritt ist ökologisch – aber vor allem sozial. Daher müs-
 169 sen wir jetzt in Zukunftstechnologien und in die dafür
 170 nötige Infrastruktur investieren. Nur so werden wir die
 171 Herausforderungen der Energiewende und der digita-
 172 len Revolution meistern. Wir wollen unsere Wirtschaft
 173 wieder in Gang zu bringen und die Rezession überwin-
 174 den. Wir sind bereit, massiv in den Wirtschaftsstandort
 175 NRW und seine Beschäftigten zu investieren.

kein normales ist.

Die Corona-Pandemie hat auch gezeigt, dass die Digi-
 talisierung im Bildungsbereich kein Selbstzweck ist. Sie
 hat das Lernen auf Distanz an vielen Orten, aber längst
 nicht allen ermöglicht. Doch auch abseits von Corona
 liegen große Potenziale in der Digitalisierung. Sie er-
 möglicht mehr Teilhabe und Chancengleichheit. Es ist
 unser Kernanliegen, dass alle Kinder und Jugendliche
 davon profitieren.

Denn knapp jede/jeder fünfte Minderjährige in NRW
 lebt in einer Familie, die aus eigenen Kräften nicht in der
 Lage ist, für den gemeinsamen Lebensunterhalt zu sor-
 gen. Sie leben in Armut oder sind von ihr bedroht. Weder
 die soziale Herkunft noch die Finanzkraft der Eltern dür-
 fen über die Bildungschancen von Kindern und Jugend-
 lichen entscheiden. Wir wollen, dass jede und jeder alles
 aus seinem oder ihrem Leben machen kann.

Wir wollen Chancengleichheit und dazu gehört auch,
 dass alle Kinder und Jugendliche von der Digitalisierung
 profitieren. Wir müssen Kinder, Jugendliche und Bil-
 dungseinrichtungen entsprechend ausstatten. Die digi-
 tale Bildungsagenda braucht einen echten politischen
 Aufbruch.

- **NRW braucht jetzt schnell einen Neustart im Bil-**
dungsbereich. Dieses Schuljahr ist kein normales
Schuljahr. Wir brauchen eine transparente und um-
fassende Öffnungsstrategie für die Wiederaufnah-
me des Präsenzunterrichts und für den Schulbetrieb
im Schuljahr 2020/21 und 2021/22.
- **Wir brauchen eine Gesamtstrategie für die Digita-**
lisierung im Bildungswesen. Sie muss bei der frü-
hen Bildung ansetzen und über allgemeine- und be-
ruftsbildende Schulen sowie Ausbildung bis zu den
Hochschulen gehen.

Verlässliche Bildungspolitik mit Zukunft S.7

Neue Wirtschaftskraft durch solidarischen Fortschritt

Mehr als ein Fünftel aller Erwerbstätigen in Deutsch-
 land, rund 9,6 Millionen Menschen, sind in NRW be-
 schäftigt. Sie haben im Jahr 2019 Güter und Dienstleis-
 tungen mit einem Wert von mehr als 710 Milliarden Euro
 produziert. Das sind rund 21 Prozent der gesamten deut-
 schen Wirtschaftsleistung. 10 der 30 DAX-Unternehmen
 haben ihren Firmensitz in NRW. Damit ist NRW nicht nur
 der Motor innerhalb Deutschlands, sondern auch inner-
 halb Europas ein echtes Schwergewicht.

Und NRW soll Schwergewicht bleiben. Doch dafür müs-
 sen wir investieren. Bereits vor der Pandemie war die
 NRW-Industrie in keiner guten Verfassung. Die Glo-
 balisierung, Handelsstreitigkeiten und der Brexit ha-
 ben der Wirtschaftskraft zugesetzt. Gleichzeitig steht

- 176
 177 • **Für die Sozialdemokratie müssen Investitionen in**
 178 **den Wirtschaftsstandort NRW drei Kriterien erfül-**
 179 **len: wir wollen ökonomischen, ökologischen und**
 180 **sozialen Fortschritt.**

181
 182 *NRW: Neue Wirtschaftskraft durch solidarischen Fort-*
 183 *schritt S. 15*

184
 185 NRW ist Industrieland und soll es bleiben. Wir sehen die
 186 Industrie als einen unverzichtbaren Kern unserer Wirt-
 187 schaft an, ohne deren Wertschöpfung und Produktion
 188 wir nicht krisenfest und zukunftsfähig sein können. In
 189 unserem Antrag „*Social Green Deal – nachhaltige Indus-*
 190 *trie als Grundlage für sozialen, demokratischem und öko-*
 191 *logischen Fortschritt*“ machen wir daher deutlich, wel-
 192 che Vorstellungen die Sozialdemokratie für eine aktive
 193 und nachhaltige Industriepolitik hat.

194
 195 „*Social Green Deal*“ Antragsbuch St-01

196
 197 **Gesundheit und Pflege: Es braucht mehr Solidarität im**
 198 **System**

199
 200 Die Grundlage dieses Erfolgs, das hat uns die Pandemie
 201 vor Augen geführt, ist ein verlässliches Gesundheits-
 202 und Pflegewesen. In NRW leben rund 770.000 pflege-
 203 bedürftige Menschen. Rund drei Viertel von ihnen wer-
 204 den zu Hause versorgt. Jährlich werden in den NRW-
 205 Krankenhäusern rund 4,5 Millionen PatientInnen ver-
 206 sorgt. In fast allen Bereichen des Gesundheits- und Pfl-
 207 gewesens steigen die Kennziffern, die Nachfrage ist
 208 groß. Die Versorgung stellen in NRW rund 1,3 Millio-
 209 nen Beschäftigte sicher – so viele Menschen sind in
 210 Gesundheitswesen und -wirtschaft tätig. Etwa jede/j-
 211 der siebte Erwerbstätige in NRW arbeitet dort. Inzwi-
 212 schen wird dort sogar knapp ein Zehntel der NRW-
 213 Wirtschaftsleistung erbracht.

214
 215 Unsere Gesundheits- und Altenpflege wird durch die
 216 Corona-Pandemie jedoch auf eine harte Probe gestellt,
 217 insbesondere die Beschäftigten – sie tragen die Last.
 218 Seit geraumen Zeit erleben wir, dass oft das gemacht
 219 wird, was sich finanziell rechnet. Leidtragende sind Pa-
 220 tientInnen und Personal. Die Pandemie zeigt, dass es
 221 ein gefährliches Spiel ist, wenn wir zentrale Systeme der
 222 Daseinsvorsorge auf Kante nähern.

223
 224 Das Handeln im Gesundheitswesen muss sich daher
 225 wieder daran ausrichten, was medizinisch erforderlich
 226 und sinnvoll ist. Notwendig sind vor allem verlässliche
 227 Finanzierungsgrundlagen, mehr öffentliche Investitio-
 228 nen und der Schutz vor internationalen Kapitalinteres-
 229 sen. Der Sozialstaat muss wieder mehr Einfluss nehmen
 230 und seine Verantwortung auch finanziell untermauern.
 231 Die Bürgerversicherung ist nur ein Baustein dieser Poli-
 232 tik.

233

der Wirtschaftsbereich durch den Klimawandel in gro-
 ßen Umbauprozessen. Vor diesem Hintergrund treffen
 uns die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie beson-
 ders schwer. Unternehmen, die bisher in Schwierigkei-
 ten steckten, ringend jetzt um Luft. Aus Handlungs-
 druck wird nun echter Zeitdruck.

Wir wollen dieser Herausforderung durch Fortschritt
 begegnen. Im Angesicht der Lage sind für uns „ver-
 walten“ oder gar „aussitzen“ keine Optionen. Der Fort-
 schritt ist ökologisch – aber vor allem sozial. Daher müs-
 sen wir jetzt in Zukunftstechnologien und in die dafür
 nötige Infrastruktur investieren. Nur so werden wir die
 Herausforderungen der Energiewende und der digita-
 len Revolution meistern. Wir wollen unsere Wirtschaft
 wieder in Gang zu bringen und die Rezession überwin-
 den. Wir sind bereit, massiv in den Wirtschaftsstand-
 ort NRW zu investieren; diese Investitionen müssen und
 werden auch den Beschäftigten zu Gute kommen.

- **Für die Sozialdemokratie müssen Investitionen in**
den Wirtschaftsstandort NRW drei Kriterien erfül-
len: wir wollen ökonomischen, ökologischen und
sozialen Fortschritt.

NRW: Neue Wirtschaftskraft durch solidarischen Fort-
schritt S. 19

NRW ist Industrieland und soll es bleiben. Wir sehen die
 Industrie als einen unverzichtbaren Kern unserer Wirt-
 schaft an, ohne deren Produktion und Wertschöpfung
 wir nicht krisenfest und zukunftsfähig sein können. In
 unserem Antrag „*Social Green Deal – nachhaltige Indus-*
trie als Grundlage für sozialen, demokratischem und öko-
logischen Fortschritt“ machen wir daher deutlich, wel-
 che Vorstellungen die Sozialdemokratie für eine nach-
 haltige Industriepolitik hat.

„*Social Green Deal*“ Antragsbuch St-01

Gesundheit und Pflege: Es braucht mehr Solidarität im
System

NRW verdient ein verlässliches Gesundheits- und Pfl-
 gewesen. Rund 965.000 pflegebedürftige Menschen so-
 wie deren Angehörige zählen darauf. Vier von fünf
 Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt. Jährlich
 werden in den NRW-Krankenhäusern rund 4,7 Millio-
 nen PatientInnen versorgt. In fast allen Bereichen des
 Gesundheits- und Pflegewesens steigen die Kennzif-
 fern, die Nachfrage ist groß. Die Versorgung stellen in
 NRW rund 1,3 Millionen Beschäftigte sicher – so viele
 Menschen sind in Gesundheitswesen und -wirtschaft
 tätig. Etwa jede/jeder siebte Erwerbstätige in NRW
 arbeitet dort. Inzwischen wird dort sogar knapp ein Zehn-
 tel der NRW-Wirtschaftsleistung erbracht.

Unsere Gesundheits- und Altenpflege wird durch die

- 234 • **Nur eine auskömmliche Finanzierung des**
 235 **Gesundheits- und Pflegewesens wird Löhne,**
 236 **Arbeitsbedingungen und damit auch die Qualität**
 237 **nachhaltig verbessern.**

238
 239 *Gesundheit und Pflege: Es braucht mehr Solidarität im*
 240 *System S.24*

241
 242 **Für Kommunen mit Zukunft – Volles Leben statt leerer**
 243 **Kassen**

244
 245 Für uns ist klar: Zukunft wird vor Ort entschieden. Wirk-
 246 samer Klimaschutz, ökologische Verkehrswende, kon-
 247 sequente Digitalisierung, gute Arbeitsplätze, beste Bil-
 248 dung, befriedigende Gesundheits- und Pflegeversor-
 249 gung, verlässliche Kinderbetreuung und starke Wirt-
 250 schaftsförderung – all das und noch viel mehr leisten
 251 unsere Kommunen. Sie setzen Politik um, investieren in
 252 Zukunft und machen Politik erlebbar. Das gelingt jedoch
 253 nur, wenn Kommunen auch das nötige Geld haben.

254
 255 NRW ist ein Land mit großen Stärken und vielen Erfol-
 256 gen. Es ist aber auch ein Land sozialer und ökonomi-
 257 scher Unterschiede – bereits vor Corona. Es gibt Städ-
 258 te, die wachsen, und Städte, die schrumpfen. Es gibt
 259 ländliche Räume, die prosperieren, und ländliche Räu-
 260 me, deren Einwohnerzahlen sinken. Boom-Regionen
 261 mit Vollbeschäftigung grenzen an strukturschwache
 262 Regionen, die gegen Langzeitarbeitslosigkeit und sozia-
 263 le Ungleichheit zu kämpfen haben.

264
 265 Viele Kommunalhaushalte sind nun durch Corona ins
 266 Wanken geraten, die Pandemie hat massive finanzielle
 267 Folgen. Es trifft besonders die Schwachen. Unsere Kom-
 268 munen brauchen daher dringende Unterstützung aus
 269 Bund und Land – mehr denn je und das sofort. Die NRW-
 270 SPD steht in diesem Kampf an der Seite der Kommunen.

- 271
 272 • **Die ungleichen Lebensverhältnisse, die wir heute in**
 273 **NRW erleben, sind das Ergebnis ungleicher Vertei-**
 274 **lung. Vielerorts fehlt das Geld. Daher fordern wir:**
 275 **Ungleiches auch ungleich behandeln!**

276
 277 *Für Kommunen mit Zukunft – Volles Leben statt leere*
 278 *Kassen S.37*

279
 280 **Die Basis: Ein handlungsfähiger und solidarischer Sozi-**
 281 **alstaat**

282
 283 Entscheidend ist, dass wir den Staat wieder als Ak-
 284 teur begreifen, der den Alltag aller BürgerInnen besser
 285 macht und jedem Menschen die gleichen Chancen für
 286 ein gutes und gelingendes Leben bietet. Was wir brau-
 287 chen, ist ein handlungsfähiger Staat. Und wir wollen,
 288 dass der Grundsatz wieder gilt: Starke Schultern tragen
 289 mehr als Schwache. Denn nur mit Solidarität wird es ge-
 290 lingen, Fortschritt für alle Menschen in NRW zu errei-
 291 chen.

Corona-Pandemie jedoch auf eine harte Probe gestellt, insbesondere die Beschäftigten – sie tragen die Last. Seit geraumer Zeit erleben wir, dass oft das gemacht wird, was sich finanziell rechnet. Leidtragende sind PatientInnen und Personal. Die Pandemie zeigt, dass es ein gefährliches Spiel ist, wenn wir zentrale Systeme der Daseinsvorsorge auf Kante nähen. Die Pflege von und die Gesundheit von Menschen darf nicht länger renditeorientiert sein, sondern muss sich an der Qualität und nicht an den Kosten messen lassen.

Das Handeln im Gesundheitswesen muss sich daher wieder daran ausrichten, was medizinisch erforderlich und sinnvoll ist. Notwendig sind vor allem verlässliche Finanzierungsgrundlagen, mehr öffentliche Investitionen und der Schutz vor internationalen Kapitalinteressen. Der Sozialstaat muss wieder mehr Einfluss nehmen und seine Verantwortung auch finanziell untermauern. Die Bürgerversicherung ist nur ein Baustein zu diesem Ziel.

- **Nur eine auskömmliche Finanzierung des**
Gesundheits- und Pflegewesens wird Löhne,
Arbeitsbedingungen und damit auch die Qualität
nachhaltig verbessern.

Gesundheit und Pflege: Es braucht mehr Solidarität im
System S. 28

Für Kommunen mit Zukunft – Volles Leben statt leerer
Kassen

Für uns ist klar: Zukunft wird vor Ort entschieden. Wirk-
 samer Klimaschutz, ökologische Verkehrswende, kon-
 sequente Digitalisierung, gute Arbeitsplätze, beste Bil-
 dung, befriedigende Gesundheits- und Pflegeversor-
 gung, verlässliche Kinderbetreuung und starke Wirt-
 schaftsförderung – all das und noch viel mehr leis-
 ten die kommunalpolitisch Verantwortlichen in unse-
 ren Gemeinden, Städten und Kreisen. Sie setzen Politik
 um, investieren in Zukunft und machen Politik erlebbar.
 Das gelingt jedoch nur, wenn Gemeinden, Städte und
 Kreise in NRW auch das nötige Geld haben.

NRW ist ein Land mit großen Stärken und vielen Erfol-
 gen. Es ist aber auch ein Land sozialer und ökonomi-
 scher Unterschiede – bereits vor Corona. Es gibt Städ-
 te, die wachsen, und Städte, die schrumpfen. Es gibt
 ländliche Räume, die prosperieren, und ländliche Räu-
 me, deren Einwohnerzahlen sinken. Boom-Regionen
 mit Vollbeschäftigung grenzen an strukturschwache
 Regionen, die gegen Langzeitarbeitslosigkeit und sozia-
 le Ungleichheit zu kämpfen haben.

Viele Kommunalhaushalte sind nun durch Corona ins
 Wanken geraten, die Pandemie hat massive finanzielle
 Folgen. Es trifft besonders die Schwachen. Unsere Kom-
 munen brauchen daher dringende Unterstützung aus

292
 293 Für einen handlungsfähigen Staat müssen sich alle soli-
 294 darisch an der Finanzierung unseres Zusammenlebens
 295 beteiligen. Mit uns haben Steuertrickserie, Steuerbe-
 296 trug und Steuerraub in NRW keine Zukunft. Im Bund
 297 braucht es eine Vermögensteuer und eine Reform der
 298 Erbschaftssteuer. Die zehn Prozent der höchsten Ein-
 299 kommensbezieherInnen müssen wieder mehr in die
 300 Verantwortung genommen werden. Auch Kapitalerträ-
 301 ge müssen dabei Berücksichtigung finden. Über eine Di-
 302 gitalsteuer wollen wir auch digitale Großkonzerne wie
 303 Amazon und Google in die selbstverständliche Steuer-
 304 pflicht nehmen.

305
 306 So wird der Staat wieder in der Lage sein, für gleichen
 307 und gerechten Zugang zu Bildung und Arbeit zu sor-
 308 gen, er wird dafür sorgen können, dass genügend be-
 309 zahlbare Wohnungen gebaut werden und endlich die
 310 vielerorts verrottete Infrastruktur wieder repariert wird:
 311 Schulen, Schwimmbäder, Brücken, Straßen, Schienen,
 312 das heißt Daseinsvorsorge, Mobilität und Gigabit für al-
 313 le – in Stadt und Land, an jeder Milchkanne.

314
 315 So schreiben wir einen neuen, modernen, zuversicht-
 316 lichen und sozial gerechten Entwurf für die Zukunft
 317 unseres Landes. Dabei orientieren wir uns an einem
 318 Gesellschafts- und Menschenbild, das anerkennt, dass
 319 Freiheit für jede Einzelne und jeden Einzelnen nur durch
 320 die Solidarität aller möglich ist.

321
 322 Das ist der Solidaripakt Zukunft.

323 324 **Verlässliche Bildungspolitik mit Zukunft**

325
 326 Die soziale oder kulturelle Herkunft der Eltern darf nicht
 327 über die Bildungschancen von Kindern, Jugendlichen
 328 und jungen Erwachsenen entscheiden. Dass unsere Kin-
 329 der es einmal besser als wir selbst haben sollen, ist das
 330 Ziel sozialdemokratischer Politik. Bildung im gesamten
 331 Lebensverlauf muss kostenfrei sein – diese Forderung
 332 wird durch die Corona-Krise nicht außer Kraft gesetzt. In
 333 Nordrhein-Westfalen muss wieder gelten und das ohne
 334 Ausnahme: kein Kind zurücklassen!

335
 336 Das NRW-Bildungschaos im Jahr 2020 darf sich nicht
 337 wiederholen. Dies ist zwar in erster Linie die Schuld ver-
 338 fehlter schwarz-gelber Landespolitik, die Lehre ist aber
 339 auch, dass es im Krisenfall ein Gesundheitsschutzkon-
 340 zept braucht.

341 342 **Unsere Position:**

- 343
 344 • **NRW braucht ein Gesundheitsschutzkonzept für**
 345 **das Bildungswesen. Kinder, Familien, Bildungsträ-**
 346 **ger und Personal brauchen Verlässlichkeit in der Kri-**
 347 **se. Ein solches Konzept erfordert die Evaluation des**
 348 **Bildungsjahres 2020 und muss darauf aufbauen.**
 349 • **Es braucht zeitnah einen Schulgipfel, um gemeinsa-**

Bund und Land – mehr denn je und das sofort. Die NRW-
 SPD steht in diesem Kampf an der Seite derer, die in
 den Gemeinden, Städten und Kreisen Verantwortung
 tragen.

- **Ungleiches auch ungleich behandeln: Die Tendenz in der Gemeindefinanzierung, die finanzkraftunabhängigen Pauschalen zulasten der finanzkraftabhängigen Schlüsselzuweisungen zu erhöhen, muss rückgängig gemacht werden.**

Für Kommunen mit Zukunft – Volles Leben statt leere Kassen S. 42

Die Basis: Ein handlungsfähiger und solidarischer Sozialstaat

Entscheidend ist, dass wir den Staat wieder als Akteur begreifen, der den Alltag aller BürgerInnen besser macht und jedem Menschen die gleichen Chancen für gelingendes Leben bietet. Was wir brauchen, ist ein handlungsfähiger Staat. Und wir wollen, dass der Grundsatz wieder gilt: Starke Schultern tragen mehr als Schwache. Denn nur mit Zusammenhalt wird es gelingen, Fortschritt für alle Menschen in NRW zu erreichen.

Für einen handlungsfähigen Staat müssen sich alle solidarisch an der Finanzierung unseres Zusammenlebens beteiligen. Mit uns haben Steuertrickserie, Steuerbe-
 trug und Steuerraub in NRW keine Zukunft. Im Bund braucht es eine Vermögensteuer und eine Reform der Erbschaftssteuer. Denn wir wollen, dass MultimillionärInnen wieder mehr in die Verantwortung genommen werden und mehr Steuern zahlen. Auch Kapitalerträge müssen dabei Berücksichtigung finden. Über eine Digitalsteuer wollen wir zudem digitale Großkonzerne wie Amazon und Google in die selbstverständliche Steuerpflicht nehmen.

Vor dem Hintergrund ungleicher Vermögensverteilung nehmen wir bei der Finanzierung der krisenbedingten Kosten besonders Vermögende in die Pflicht. Wir fordern eine einmalige, krisenbedingte Vermögensabgabe für sehr hohe Vermögen.

So wird der Staat wieder in der Lage sein, für gleichen und gerechten Zugang zu Bildung, Gesundheit und Arbeit zu sorgen, er wird dafür sorgen können, dass genügend bezahlbare Wohnungen gebaut werden und endlich die vielerorts verrottete Infrastruktur wieder repariert wird: Schulen, Schwimmbäder, Brücken, Straßen, Schienen, das heißt Daseinsvorsorge, Mobilität und Gigabit für alle – in Stadt und Land, an jeder Milchkanne.

So schreiben wir einen neuen, modernen, zuversichtlichen und sozial gerechten Entwurf für die Zukunft unseres Landes. Dabei orientieren wir uns an einem Gesellschafts- und Menschenbild, das anerkennt, dass

350 me Meilensteine für das Bildungssystem in NRW zu
 351 entwickeln. Hier müssen das Parlament, die kom-
 352 munalen Spitzenverbände, die Lehrerverbände, die
 353 LandesschülerInnenvertretung und die Elternver-
 354 bände vertreten sein.

- 355 • Wir brauchen eine Gesamtstrategie für die Digita-
 356 lisierung im Bildungswesen. Sie muss bei der frü-
 357 hen Bildung ansetzen und über allgemeine und be-
 358 rufsbildende Schulen sowie Ausbildung bis zu den
 359 Hochschulen gehen.
- 360 • Die Digitalisierung im Bildungsbereich soll durch
 361 einen Digitalpakt 2.0 gesichert werden. Dieser er-
 362 möglicht zusätzliches Fachpersonal, finanziert die
 363 Fortbildungen für die PädagogInnen und gewähr-
 364 leistet die Versorgung mit leistungsfähigen Inter-
 365 netzugängen und kostenfreien Endgeräten.
- 366 • Lernprogramme und vor allem Programme, die
 367 zur direkten Kommunikation dienen, müssen wei-
 368 terentwickelt und in allen Bildungseinrichtungen
 369 zum Standard werden.
- 370 • Die digitale Organisation und Verwaltung in Bil-
 371 dungseinrichtungen muss verstärkt genutzt wer-
 372 den. Sie können Arbeits- und Handlungsabläufe er-
 373 leichtern, um mehr pädagogische Ressourcen zur
 374 Verfügung stellen zu können.

376 **Es braucht ein NRW-Gesundheitsschutzkonzept für das**
 377 **Bildungswesen**

378 Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit
 379 braucht verlässliche Strukturen – gerade in der Krise.
 380 Das Bildungschaos 2020 hat Familien und PädagogIn-
 381 nen jedoch an den Rand ihrer Belastungsgrenzen ge-
 382 führt – das darf sich nicht wiederholen. Das Lernen auf
 383 Distanz und das Lernen von zu Hause muss die Ultima
 384 Ratio bleiben – und gerade deswegen gut vorbereitet
 385 und in ein Gesamtkonzept integriert werden. Elemente
 386 des Distanzlernens, die sich in den vergangenen Mona-
 387 ten als praktikabel erwiesen haben, müssen sich darin
 388 wiederfinden. Es gilt zu überlegen, inwiefern dringend
 389 notwendige, individuelle Förderungen, ergänzend zum
 390 Vorteil der SchülerInnen genutzt und zugleich in Krisen-
 391 zeiten weiterhin umgesetzt werden können.

392
 393
 394 Dieses Gesamtkonzept muss jetzt erstellt werden und
 395 allen Beteiligten deutlich machen, welche Maßnahmen
 396 generell im Fall einer gesundheitlichen Krise getrof-
 397 fen werden und wie der Ausfall von Präsenzunterricht,
 398 Erziehung und Betreuung kompensiert wird. Hierbei
 399 ist es wichtig, dass verschiedenste Akteure und damit
 400 auch akut betroffenes Lehrpersonal, in die Erstellung
 401 des Konzepts eingebunden werden. Die Verantwortung
 402 darf nicht – wie 2020 geschehen – auf Familien, Päd-
 403 agogInnen und Bildungsträger abgewälzt werden. Bil-
 404 dungseinrichtungen müssen durch das Land für unter-
 405 schiedliche Szenarien gerüstet sein.

406 Infektionsschutz und Bildungsförderung dürfen dabei
 407 nicht gegeneinander ausgespielt werden: Kinder und

Freiheit für jede Einzelne und jeden Einzelnen nur durch
 die Solidarität aller möglich ist.

Das ist der Solidarpakt Zukunft.

Verlässliche Bildungspolitik mit Zukunft

Die soziale Herkunft der Eltern darf nicht über die Bil-
 dungschancen von Kindern, Jugendlichen und jungen
 Erwachsenen entscheiden. Dass unsere Kinder es ein-
 mal besser als wir selbst haben sollen, ist das Ziel sozi-
 aldemokratischer Politik. Bildung im gesamten Lebens-
 verlauf muss kostenfrei sein – diese Forderung wird
 durch die Corona-Krise nicht außer Kraft gesetzt, viel-
 mehr hat sich die Dringlichkeit der Erfüllung der Forde-
 rung verschärft. Es zeigt sich, dass die Forderungen, die
 wir 2019 unter der Überschrift „Aufstieg durch Bildung“
 beschlossen haben, richtig sind. In Nordrhein-Westfalen
 muss wieder gelten und das ohne Ausnahme: kein Kind
 zurücklassen!

Wir müssen kurzfristig wieder für Orientierung im
 Bildungsbereich sorgen. Kinder, Jugendliche, Familien,
 Schulleitungen und LehrerInnen brauchen Perspektive
 und Verlässlichkeit. Es braucht einen Neustart. Damit
 sich das NRW-Bildungschaos der Jahre 2020 und 2021
 nicht wiederholt, müssen wir zudem aus Fehlern ler-
 nen. NRW verdient ein Schutzkonzept, dass im Vorfeld
 einer Krise definiert, wann welche Maßnahmen grei-
 fen. Ein Schutzkonzept, dass rechtliche Sicherheit bietet
 und welches vor allem Verlässlichkeit schafft. Dazu ge-
 hört auch die konsequente Digitalisierung im Bildungs-
 bereich. Hier wollen wir kein „Klein-Klein“, sondern ein
 schlüssiges Gesamtkonzept.

Unsere Position:

- NRW braucht jetzt schnell einen Neustart im Bil-
 dungsbereich. Das kommende Schuljahr kann auf-
 grund der Ereignisse in den letzten Monaten nicht
 wie gewohnt ablaufen.
- NRW braucht ein Schutzkonzept für das Bildungs-
 wesen. Kinder, Familien, Bildungsträger und Perso-
 nal brauchen Verlässlichkeit in der Krise. Ein solches
 Konzept erfordert die Evaluation des Bildungsjah-
 res 2020/2021 und muss die Lehren daraus ziehen.
- Wir brauchen eine Gesamtstrategie für die Digita-
 lisierung im Bildungswesen. Sie muss bei der frü-
 hen Bildung ansetzen und über allgemeine und be-
 rufsbildende Schulen sowie Ausbildung bis zu den
 Hochschulen gehen.
- Die Digitalisierung im Bildungsbereich soll durch
 einen Digitalpakt 2.0 gesichert werden. Dieser er-
 möglicht zusätzliches Fachpersonal, finanziert die
 Fortbildungen für die PädagogInnen und gewähr-
 leistet die Versorgung mit leistungsfähigen Inter-
 netzugängen und kostenfreien Endgeräten.
- Lernprogramme und vor allem Programme, die

408 Jugendliche haben ein Recht auf Gesundheit und auf
 409 Bildung; und PädagogInnen haben ein Recht darauf,
 410 ihrem Beruf nachzugehen, ohne vermeidbare Anste-
 411 ckungsrisiken in Kauf nehmen zu müssen.

412
 413 In erster Linie müssen daher Hygienestandards defi-
 414 niert werden. Dies betrifft die Infrastruktur, also sämt-
 415 liche Räumlichkeiten, Lüftungsmöglichkeiten, die Rei-
 416 nigung von Bildungseinrichtungen sowie den Schutz
 417 von Personen durch Schutzausrüstung wie Masken
 418 und Desinfektionsmittel. Die Standards müssen für
 419 allgemein- und berufsbildende Schulen und Kinder-
 420 tageseinrichtungen gleichermaßen gelten. Vorausset-
 421 zung ist ein finanzielles Engagement durch das Land.
 422 Wir fordern hierfür die Fortsetzung des Programms aus
 423 unserer Regierungszeit, nun als „Gute Schule 2025“ be-
 424 titelt.

425
 426 Eine Sanierung unserer Schulen ist in Zeiten der Pande-
 427 mie wichtiger denn je. Daher erneuern wir unsere For-
 428 derung nach einem Schulbau-Notprogramm. Hier müs-
 429 sen Land und Kommunen gemeinsam agieren. Denn
 430 auch wenn formal die kommunalen Schulträger die
 431 Verantwortung für die Ausstattung der Schulgebäude
 432 haben, kann es ohne eine neue „Verantwortungsge-
 433 meinschaft“ nicht zu einer raschen und guten Lösung
 434 kommen. Die gegenwärtigen Verflechtungen zwischen
 435 Bund, Ländern und Kommunen sind nicht mehr zeitge-
 436 mäß und schwer durchschaubar. Zudem lähmen sie Pro-
 437 zesse eher, als Lösungen zu bieten. Daher bekräftigen
 438 wir noch einmal unsere Forderung nach einem „New
 439 Deal“. ExpertInnen, darunter auch VertreterInnen z.B.
 440 der Städte und Gemeinden, unterstützen uns hierbei.

441
 442 Im Vorfeld einer gesundheitlichen Krise braucht es ver-
 443 lässliche Kriterien, für welche Gruppen der intensivere
 444 Einsatz von Lernen auf Distanz in Frage kommt. Wir sind
 445 der Überzeugung, dass für jüngere und für bildungs-
 446 benachteiligte Kinder möglichst viel Präsenz vorgese-
 447 hen werden muss. Jugendliche, beispielweise Schüle-
 448 rInnen in den Oberstufen, können überwiegend bes-
 449 ser mit den Angeboten des Distanzlernens umgehen.
 450 Unabhängig von der tatsächlichen Ausgestaltung einer
 451 solchen Richtlinie ist für uns klar, dass Ressourcen stra-
 452 tegisch eingesetzt werden müssen. Priorität muss die
 453 kurzfristige Versorgung der Schulen mit verleihbaren
 454 Endgeräten mit Internetzugang (SIM-Karte) sein, damit
 455 im Bedarfsfall benachteiligte Kinder und Jugendliche
 456 entsprechend ausgestattet werden können.

457
 458 Unabhängig gilt, dass die zu unterrichtenden Gruppen
 459 verkleinert werden müssen, um das Lehrpersonal zu
 460 entlasten und die Ansteckungsrisiken zu minimieren.
 461 Dabei zeigt sich jedoch erneut das Problem, dass in
 462 den seltensten Fällen genug Lehrkräfte vorhanden sind,
 463 die durch die Verkleinerung neu entstehende Lerngrup-
 464 pen betreuen und unterrichten können, ohne das ältere
 465 SchülerInnen dabei auf der Strecke bleiben. Daher be-

**zur direkten Kommunikation dienen, müssen wei-
 terentwickelt und in allen Bildungsreinrichtungen
 zum Standard werden.**

- **Die digitale Organisation und Verwaltung in Bil-
 dungseinrichtungen muss verstärkt genutzt wer-
 den. Sie können Arbeits- und Handlungsabläufe er-
 leichtern, um mehr pädagogische Ressourcen zur
 Verfügung stellen zu können.**

**Vertrauen in Schule zurückgewinnen – NRW braucht ei-
 nen Neustart**

Die Pandemie fordert von Familien, von SchülerInnen, Schulleitungen und dem Personal an und in den Schulen Enormes. Dabei werden sie von der Landesregierung allein gelassen. Wir sind an der Seite all der engagierten Kräfte vor Ort, die jeden Tag alles dafür geben die Krise bestmöglich zu stemmen. Für die Bildungschancen unserer Kinder ist es zentral, den AkteurlInnen in den Schulen zu vertrauen, ihre Arbeit wertzuschätzen und sie zu unterstützen. Genau das verweigert die schwarze Landesregierung. NRW braucht einen Plan für die Schuljahre 2020/2021 und 2021/2022, der mehr Aspekte als Wechsel- und Distanzunterricht einbezieht, sondern kreative und pragmatische Lösungen ermöglicht und die Gesundheit aller und den Erfolg der Lernenden an erste Stelle setzt.

Damit der Neustart gelingt, muss die Landesregierung anerkennen, dass dieses Schuljahr kein normales Schuljahr ist. Wir brauchen eine transparente und umfassende Öffnungsstrategie für die Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts und für den Schulbetrieb im Schuljahr 2020/21 und 2021/22.

Jedes Kind und jeder Jugendliche soll in den Blick genommen werden. Die Ängste und Sorgen der SchülerInnen müssen wir ernst nehmen. Sie müssen intensiver als bisher in alle Diskussionen einbezogen werden.

Individuelle Lernlücken werden gemeinsam mit den SchülerInnen festgehalten und in Form von individuellen Förder- und Lernplänen dokumentiert. Darüber hinaus müssen Förderkonzepte für alle SchülerInnen, unabhängig bereits festgestellter Förderbedarfe, geschrieben werden. Die Lehrpläne sind kurzfristig zu verschlanken, damit in den Schulen klare Prioritäten gesetzt werden können.

Gerade Grundschulkindern brauchen soziale Kontakte. Hierzu bedarf es der Einrichtung von Kleinstgruppen unter Einhaltung der RKI-Standards, damit ein Austausch und Kontakt mit den Fach- und Klassenlehrkräften ermöglicht wird.

Für die Klassen 4 ist der Übergang in die weiterführenden Schulen zu sichern. In den ersten Monaten des fünften Schuljahres ist das Augenmerk auf die individuelle

466 kräftigen wir unsere Forderung erneut, dem Lehrkräftemangel, auch kurzfristig, entgegenzuwirken, beispielsweise durch zusätzliches pädagogisches Personal oder durch die Erleichterung des Zugangs für Quereinsteiger. 470 Des Weiteren zeigt sich, dass auch die Räumlichkeiten den veränderten Rahmenbedingungen nicht angemessen sind. Die kleineren Gruppen brauchen mehr multifunktionale Räume, wie wir sie bereits gefordert haben. 474 Dies muss auch weiterhin unser Ziel bleiben.

476 Bevor Kinder und Jugendliche im Ernstfall doch nach Hause geschickt werden, müssen alle vorgelagerten Maßnahmen geprüft und ausgeschöpft werden. Dazu gehört Unterricht auf Abstand, welcher mit Distanzlernphasen kombiniert wird. Des Weiteren müssen auch außerschulische Lernorte und, falls vorhanden, das dortige Personal einbezogen werden. Und wenn Schul- oder Klassenschließungen unvermeidbar sind, muss es für benachteiligte Kinder und Jugendliche Orte für das betreute Lernen in Kleingruppen geben.

487 Die in unserem Land garantierte Rechtssicherheit darf auch und gerade in einer Krise nicht gefährdet oder gar außer Acht gelassen werden. Dies gilt für den Einsatz der Fach- und Lehrkräfte, den Einsatz kommerzieller Chat- und Videokonferenzprogramme, für die Benotung und Versetzung und den Umgang mit Veranstaltungen und Klassenfahrten. Ziel muss eine rechtlich sichere Lösung sein, durch die die Verantwortung nicht allein bei den betroffenen Fach- und Lehrkräften verbleibt.

498 Die Digitalisierung des Bildungswesens muss unabhängig von der Krise geschehen, auch wenn die Krise ein Beschleuniger ist. Trotzdem kommt ihr angesichts der Pandemie-Bekämpfung eine besondere Rolle zu, weil die Krise das Lernen auf Distanz erfordert, wenn analoge Strukturen wegbrechen. In der Krise müssen für Distanzlernen erforderliches Know-How und Ausstattung zur Verfügung stehen. So lange im NRW-Lernmanagementsystem „Logineo“ Messenger- und Videodienste in der Fläche noch nicht zur Verfügung stehen oder Rechtssicher sind, müssen Lehrkräfte Übergangsweise mit Lizenzen versorgt werden. Ein Vorbild können dabei die Hochschulen in NRW sein, die sich in der Krise bei der schnellen Organisation einer E-Learning-Infrastruktur bewährt haben.

514 Lernanwendungen, die seit Beginn der Corona-Pandemie zunächst schnell und als Notlösung eingesetzt wurden, müssen nun auf ihren Nutzen überprüft und ggf. in pädagogische Konzepte integriert werden.

Wir müssen die Digitalisierung im Bildungswesen beschleunigen

522 „Aufstiegschancen durch Bildung. Beste Bildung NRW – ein Leben lang!“ Unter dieser Überschrift formulier-

Förderung der SchülerInnen zu legen, da die Lernunterschiede wahrscheinlich noch nie so große waren, wie in dieser Zeit der Pandemie. Daher muss die Erprobungsstufe (5. und 6. Klasse) bis zum Ende der Klasse 7 verlängert werden.

Im Rahmen eines neuen Bildungsganztages werden insbesondere in den Klassen 1 bis 6 Möglichkeiten geschaffen, individuelle Defizite auszugleichen. Die Erprobungsstufe wird bis zum Ende der Jahrgangsstufe 7 ausgeweitet.

In Absprache mit Trägern der OGS und pädagogischem Personal, das pandemiebedingt Kapazitäten zur Verfügung hat, wie Kunst-, Theater und Musikpädagoginnen und -pädagogen, und Kommunen sind Ferienprogramme aufzulegen, um Kindern flächendeckend pädagogisch untermauerte Spiel- und Freizeitaktivitäten anzubieten. Dort können gleichzeitig Lerndefizite aus der Schule aufgearbeitet werden. Im Zuge dieser Planung sollten Gespräche mit der Familienbildung und weiteren Akteuren der Weiterbildung geführt werden, und Möglichkeiten der Kooperation geprüft werden.

Insbesondere die Bedürfnisse von Kindern mit besonderen Förderbedarfen müssen in den Blick genommen werden. Dabei müssen die Förderschulen stärker berücksichtigt werden.

Zur Unterstützung der Lehrkräfte für diese Aufgaben, brauchen die Schulen zusätzliches Personal. Lehramts- oder Pädagogikstudierende können hierfür gezielt angeworben und an den Schulen in Abstimmung mit den unterrichtenden Lehrkräften eingesetzt werden. Ähnliches gilt für MitarbeiterInnen, sowie PädagogInnen geschlossener Jugendeinrichtungen, die pandemiebedingt Kapazitäten frei haben. Sie arbeiten wo möglich mit den Schulen zusammen, um den Kindern einen gelungenen Neustart zu ermöglichen.

Die MitarbeiterInnen der Familien- und Jugendhilfe arbeiten mit den Schulen und Lehrkräften zusammen, damit Kinder und Jugendliche sowie ihre Eltern auch bei den besonderen Herausforderungen in und nach der Pandemie die notwendigen Hilfen und Unterstützung erfahren, um drohende individuelle Beeinträchtigungen der Kinder und Jugendlichen in ihrer schulischen Ausbildung auszugleichen.

Ausgerichtet an den schulischen Begebenheiten vor Ort sollen die Wechselunterrichtskonzepte von den Schulen in Eigenverantwortung geplant und realisiert werden. Die Schulen brauchen organisatorische Freiheiten innerhalb klarer rechtlicher Leitplanken. Best-Practice-Beispiele müssen benannt und beworben werden.

Ausgerichtet an den baulichen Begebenheiten vor Ort sowie der kommunalen Räumlichkeiten sol-

524 ten wir 2019 unser Ziel, Bildungsspitzenreiter im Bun-
 525 desdurchschnitt zu werden. Dieses Ziel wird durch Coro-
 526 na nicht außer Kraft gesetzt! Die Corona-Pandemie hat
 527 den Handlungsdruck jedoch erhöht.

528
 529 Die Digitalisierung im Bildungswesen, insbesondere
 530 das Lernen und Lehren auf Distanz, hat sich in der Krise
 531 als Schlüssel dafür erwiesen, dass Bildung, wenn auch
 532 kompensiert, durch die entsprechenden Einrichtungen
 533 noch stattfinden konnte. Nach wie vor unklar ist, wie
 534 lange uns das Virus noch beschäftigen wird. Ein wei-
 535 terer Shutdown könnte drohen, Bildungseinrichtungen
 536 könnten erneut schließen. Darauf müssen wir vorberei-
 537 tet sein.

538
 539 Bereits vor der Pandemie war klar, dass ein souveräner
 540 Umgang mit Computer- und Informationstechnik für
 541 das gesamte Bildungswesen zukunftsrelevant ist. Die
 542 Digitalisierung darf jedoch nicht an den Kindern, Ju-
 543 gendlichen und jungen Erwachsenen aus einkommens-
 544 schwachen Familien vorbeiziehen. Wie sich während
 545 der Pandemie erneut gezeigt hat, stehen ihnen oft-
 546 mals nicht die technischen Endgeräte, ein ausreichen-
 547 der Internetanschluss sowie ein geeigneter Arbeits-
 548 (Lern-)platz zur Verfügung. Vor allem aber fehlt es vie-
 549 len Kindern, Jugendlichen und Eltern an den für die Nut-
 550 zung digitaler Lernmöglichkeiten erforderlichen Kom-
 551 petenzen. Chancengleichheit besteht nicht, wenn der
 552 Zugang zur digitalen Bildung von Einkommen und Bil-
 553 dungsnähe des Elternhauses abhängt. Zudem sind die
 554 Nutzungsmöglichkeiten zwischen Bildungseinrichtun-
 555 gen ungleich verteilt, sodass sich sowohl soziale als
 556 auch regionale und quartiersbezogene Ungleichheiten
 557 im Zugang zu Bildung verschärfen. Auch hat sich wäh-
 558 rend der Pandemie gezeigt, dass wieder die Bedürfnisse
 559 der Kinder und Jugendlichen mit geistigen und körperli-
 560 chen Beeinträchtigungen sowie ihrer Familien nicht be-
 561 rücksichtigt wurden. Sie wurden mit den Herausforde-
 562 rungen der Krise faktisch alleingelassen, ungeachtet ih-
 563 res verbrieften Rechts auf Bildung und Teilhabe.

564
 565 Um beste Bildung in und für NRW zu realisieren, müs-
 566 sen die Potenziale der Digitalisierung genutzt werden.
 567 Diese liegen aus sozialdemokratischer Perspektive vor
 568 allem in der Verbesserung von Teilhabe und Chancen-
 569 gleichheit. Eine so verstandene „digitale Bildung“ er-
 570 setzt weder pädagogisches Handeln noch die persön-
 571 lichen Beziehungen zwischen PädagogInnen und Kin-
 572 dern, Jugendlichen und ihren Familien. Die Digitalisie-
 573 rung muss vielmehr eingebunden sein in ein Gesamt-
 574 konzept und ist kein Selbstzweck, sondern ein Instru-
 575 ment, dessen Einsatz sich an bildungspolitischen Zielen
 576 messen lassen muss.

577 Eine teilhabe- und chancenorientierte Förderung von
 578 Kindern und Jugendlichen erfordert eine früh einset-
 579 zende, niederschwellig und sozialraumorientiert an-
 580 gelegte Unterstützung von Familien. Sie erfordert die
 581 Bildungs- und Erziehungspartnerschaft zwischen Bil-

len Lernraumkonzepte von den Schulen in mit Museen,
 Theatern, Bibliotheken biologischen Stationen etc. in Ei-
 genverantwortung geplant und realisiert werden.

Lernende aller Jahrgangstufen, die keine Lernräume in
 der häuslichen Umgebung haben, müssen Lernräume in
 der Schule zur Verfügung gestellt werden. Dieses „Study
 Hall Konzept“ gewährleistet, dass die Lernenden die von
 ihnen benötigte Lernumgebung haben, um die schuli-
 schen Aufgaben zu bearbeiten.

Für den digitalen Distanzunterricht – später auch für
 digitale Angebote im Präsenzunterricht – bedarf es ei-
 ner verbindlichen Struktur und eines umfassenden Me-
 dienkonzepts, das nicht nur die Hardware, sondern auch
 die Software (Lernplattformen, Chat- und Konferenz-
 tools etc.) und das pädagogische Konzept in den Blick
 nimmt. Eine Beratungsstelle, die beispielsweise in den
 Regionalen Bildungszentren verankert ist, kann hierfür
 einen einheitlichen Rahmen schaffen und koordinieren-
 de Aufgaben übernehmen.

Kurzfristig brauchen die Schulen klare Hinweise, expli-
 zit zum Datenschutz, um Sicherheit für alle Beteiligten
 zu schaffen. Konkret muss das MSB endlich verbindliche
 Aussagen machen, z. B. ob Kinder und Jugendliche ver-
 pflichtet sind, die Videoübertragung zu nutzen, ob Vi-
 deoaufzeichnungen des Unterrichtsstoffs (zur späterer
 Vertiefung und Wiederholung der Inhalte) erlaubt sind,
 wie mit illegaler Verwendung von Bild- und Videomate-
 rial aus den schulischen Kontext umgegangen wird und
 wie bei der Bewertung beispielsweise auch Netzproble-
 me berücksichtigt werden.

Es muss sichergestellt werden, dass Angebote der Be-
 rufsorientierung, einschließlich Lösungen für die Be-
 rufspraktika, an allen weiterführenden Schulen ge-
 währleistet werden, um einen Anschluss nach dem
 Schulabschluss zu ermöglichen.

Die zentralen Abschlussprüfungen der Klasse 10 soll-
 ten noch stärker in die Verantwortung der betreuenden
 Lehrkräfte gelegt werden, die mit Unterstützung der
 Fachaufsicht die Qualität sichern, auch wenn die Quan-
 tität nicht die gleiche sein kann. SchülerInnen, die nur
 knapp oder nicht bestehen, sollen das Angebot erhalte,
 ggf. mit Unterstützung der Kammern und ggf. der Agen-
 tur für Arbeit von August bis November nachgeschult zu
 werden.

Die Schüler der Klasse 8 und 9 am Gymnasium sollen
 das Angebot bekommen, freiwillig in G9 umzusteigen.

Die Kernlehrpläne in NRW gehen von einem bestimm-
 ten Umfang und Unterrichtszeit aus. Diese standardi-
 sierten Zeitfenster wurden durch die Pandemie außer
 Kraft gesetzt. Noch nie hat es in NRW so unterschied-
 liche Lern- und Unterrichtszeiten gegeben. Die Kern-

582 dungseinrichtungen und Eltern, gute Lernbedingungen,
 583 individuelle Förderung und eine kognitiv und sozial akti-
 584 vierende, kompetenzorientierte Gestaltung von Lernen.
 585 Und sie erfordert die Begleitung der Bildungslaufbahn
 586 einschließlich der Übergänge von Kita zu Schule, von
 587 Grund- zu weiterführender Schule und in Ausbildung
 588 oder Studium. Während der Corona-Pandemie hat sich
 589 besonders deutlich gezeigt, dass diese bildungspoliti-
 590 schen Ziele bisher nicht erreicht werden.

591
 592 **Die Digitalisierung betrifft die gesamte Bildungsbiogra-**
 593 **fie**

594
 595 Die Digitalisierung im Bildungswesen muss die gesam-
 596 te Bildungsbiografie eines Menschen in den Blick neh-
 597 men: von der Frühen Bildung bis zur Ausbildung und
 598 Hochschule und darüber hinaus.

599
 600 Auch in der Frühen Bildung können digitale Instru-
 601 mente und digitale Bildung sinnvoll eingesetzt und
 602 gefördert werden, z. B. Lernprogramme oder Online-
 603 Angebote. Der Austausch zwischen PädagogInnen und
 604 Eltern kann durch digitale Unterstützung vereinfacht
 605 werden.

606
 607 Zu wenig beachtet wurde bisher die Funktion der Be-
 608 rufskollegs für den Ausgleich von Bildungsbenachteilig-
 609 ung und für die Versorgung des Wirtschaftsstandorts
 610 NRW mit Fachkräften. Berufskollegs können dazu bei-
 611 tragen, die gerade auf der mittleren Qualifikationsebe-
 612 ne prognostizierte Fachkräftelücke zu schließen. Insbe-
 613 sondere in Bildungsgängen, die auf den Hauptschul-
 614 oder einen mittleren Schulabschluss vorbereiten, müs-
 615 sen digitale Schlüsselkompetenzen systematisch ver-
 616 mittelt und die Potenziale der Digitalisierung für die
 617 individuelle Förderung und das Ermöglichen von Bil-
 618 dungsaufstiegen genutzt werden. Viele Berufskollegs
 619 haben bereits mit großem Engagement entsprechen-
 620 de Konzepte entwickelt; deren Weiterentwicklung und
 621 Transfer müssen gezielt gefördert werden.

622
 623 Hochschulen haben sich in der Corona-Lockdown-Phase
 624 als anpassungsfähig, innovativ und flexibel gezeigt –
 625 Semesterstarts und Fristen wurden verschoben, viele
 626 Veranstaltungen wurden auf digitale Formate umge-
 627 stellt. Doch auch hier zeigt sich, dass Studierende in
 628 finanziell schwächeren Situationen stark von der Kri-
 629 se betroffen waren und sind. Räume zur PC-Nutzung
 630 schlossen ebenso wie Bibliotheken. Wer zuhause über
 631 schlechtes oder gar kein Internet verfügt, konnte nicht
 632 an den Lehrveranstaltungen teilnehmen. Auch fielen
 633 Aufgrund des Lockdowns viele Nebentätigkeiten weg.
 634 Dabei wurde außer Acht gelassen, dass viele Studieren-
 635 de eben nicht, oder nur unzureichend, durch ihr Eltern-
 636 haus finanziell abgesichert sind und somit in ernsthafte
 637 finanzielle Probleme gerieten. Während es für die Wirt-
 638 schaft schnell Konjunkturprogramm gab, fühlten sich
 639 viele Studierende im Stich gelassen. Für uns gilt daher,

lehrpläne in NRW sind kompetenzorientiert. Dieser Um-
 stand birgt die große Chance, geforderte Inhalte, The-
 men und Lerngegenstände vor dem Hintergrund der
 Pandemie neu zu bewerten und eine Engführung der
 Themen vorzunehmen. Der Ausfall unzähliger Unter-
 richtszeiten darf nicht ignoriert werden und muss an-
 gemessen in den Kernlehrplänen für die nächsten Jah-
 re abgebildet werden. Neue Prioritäten in den einzelnen
 Fächern müssen festgelegt werden.

**Aus Fehlern lernen: NRW braucht ein Schutzkonzept für
 das Bildungswesen**

Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit
 braucht verlässliche Strukturen. In der Pandemie ist
 deutlich geworden, dass es hier noch viel zu tun gibt.
 Das Bildungschaos 2020/21 hat Familien und Pädago-
 gInnen an den Rand ihrer Belastungsgrenzen geführt
 – das darf sich nicht wiederholen. Das Lernen auf Dis-
 tanz und das Lernen von zu Hause muss die Ultima Ra-
 tio bleiben – und gerade deswegen gut vorbereitet und
 in ein Gesamtkonzept integriert werden. Elemente des
 Distanzlernens, die sich in den vergangenen Monaten
 als praktikabel erwiesen haben, müssen sich darin wie-
 derfinden. Die individuelle Förderung darf dabei nicht
 unter die Räder geraten.

Dieses Gesamtkonzept muss allen Beteiligten deutlich
 machen, welche Maßnahmen generell im Fall einer ge-
 sundheitlichen Krise getroffen werden und wie der Aus-
 fall von Präsenzunterricht, Erziehung und Betreuung
 kompensiert wird. Hierbei ist es wichtig, dass verschie-
 denste Akteure und damit auch akut betroffenes Lehr-
 personal, in die Erstellung des Konzepts eingebunden
 werden. Die Verantwortung darf nicht – wie 2020/2021
 geschehen – auf Familien, PädagogInnen und Bildungs-
 träger abgewälzt werden. Bildungseinrichtungen müs-
 sen durch das Land für unterschiedliche Szenarien ge-
 rüstet sein.

Infektionsschutz und Bildungsförderung dürfen dabei
 nicht gegeneinander ausgespielt werden: Kinder und
 Jugendliche haben ein Recht auf Gesundheit und auf
 Bildung; und PädagogInnen haben ein Recht darauf,
 ihrem Beruf nachzugehen, ohne vermeidbare Anste-
 ckungsrisiken in Kauf nehmen zu müssen.

In erster Linie müssen daher einheitliche Hygienestan-
 dards für allgemein- und berufsbildende Schulen und
 Kindertageseinrichtungen definiert werden. Dies be-
 trifft die Infrastruktur, also sämtliche Räumlichkeiten,
 Lüftungsmöglichkeiten, die Reinigung von Bildungsein-
 richtungen sowie – wenn nötig – den Schutz von Per-
 sonen durch Schutzausrüstung wie Masken und Desin-
 fektionsmittel. Voraussetzung ist ein finanzielles Enga-
 gement durch das Land. Wir fordern hierfür die Fortset-
 zung des Programms aus unserer Regierungszeit, nun
 als „Gute Schule 2025“ betitelt.

640 dass an den Hochschulen nicht nur die nötige digitale
641 Infrastruktur gegeben sein muss, sondern auch, dass je-
642 de/jeder Studierende den Zugang zu digitalen Endgerä-
643 ten braucht. Wer zuhause über kein (ausreichendes) In-
644 ternet verfügt, braucht die entsprechenden Räumlich-
645 keiten an seiner Hochschule. In Krisenzeiten brauchen
646 Studierende zudem schnelle finanzielle Hilfe und nicht
647 erst dann, wenn der oder die Studierende nachweist,
648 dass sie über keinerlei finanzielle Mittel mehr verfügt.

649 **Digitale Infrastruktur und Endgeräte**

650 Die Basis aller Anstrengungen ist der Ausbau der di-
651 gitalen Infrastruktur an Bildungseinrichtungen durch
652 die Versorgung sowohl mit leistungsfähigen Internet-
653 zugängen als auch mit Endgeräten. Damit die Schulträ-
654 ger dies leisten können, müssen die Kommunen regel-
655 mäßig unterstützt werden. Dabei darf die Pflege dieser
656 Infrastruktur nicht außer Acht gelassen werden: Päd-
657 agogInnen sollen keine IT-ExpertInnen werden müs-
658 sen, sondern müssen im Umgang geschult und bereits
659 im Studium an die Thematik herangeführt werden. Es
660 braucht also zusätzliches Personal für Support und War-
661 tung sowie Fachkräfte für die gezielte Aus- und Fortbil-
662 dung von PädagogInnen. Auch muss eindeutig festge-
663 legt werden, wo das jeweilige Personal beschäftigt sein
664 wird.

665 Die kommunale Finanzsituation darf nicht den „Digi-
666 tal Divide“ zwischen Bildungseinrichtungen in „rei-
667 che“ und „arme“ Kommunen verschärfen. Gerade in
668 benachteiligten Regionen werden besonders dringend
669 Ressourcen für die Unterstützung von Kindern, Jugend-
670 lichen und Familien gebraucht. Daher gilt die Forderung
671 „Ungleiches muss ungleich behandelt werden“. In die-
672 sem Zusammenhang wollen wir auch eine sozialindex-
673 basierte Verteilung von Mitteln in allen Bildungsberei-
674 chen umsetzen.

675 Der „DigitalPakt Schule“ der Bundesregierung stellt
676 NRW bis 2021 eine Milliarde Euro zu Verfügung. Wir
677 brauchen eine Verstetigung der Investitionen und ihrer
678 Finanzierbarkeit und vor allem die nachhaltige Siche-
679 rung von Support, Pflege und Ersatzbeschaffungen. Es
680 reicht nicht, die Software und Hardware in einer einma-
681 ligen Aktion in die Bildungseinrichtungen zu tragen. Der
682 DigitalPakt 2.0 muss kommen.

683 Unsere Position ist klar: Lernmittel müssen kostenfrei
684 sein. Dieser Grundsatz muss selbstverständlich auch für
685 digitale Endgeräte gelten. Jedes Kind und jede/jeder Ju-
686 gendliche muss mindestens leihweise Zugriff auf ein
687 Gerät haben, wenn dies pädagogisch geboten ist.
688 Zentral bleibt: Kinder und Jugendliche müssen in Prä-
689 senz lernen, die Geräte für Bildungszwecke zu nutzen,
690 um selbstorganisiert damit arbeiten zu können. Der
691 Bundesbildungsbericht zeigt, dass es keinen Automatis-
692 mus zwischen der Verfügbarkeit digitaler Ausstattung

Darüber hinaus erneuern wir unsere Forderung nach
einem Schulbau-Notprogramm. Hier müssen Land und
Kommunen gemeinsam agieren. Denn auch wenn for-
mal die kommunalen Schulträger die Verantwortung
für die Ausstattung der Schulgebäude haben, kann es
ohne eine neue „Verantwortungsgemeinschaft“ nicht
zu einer raschen und guten Lösung kommen. Die ge-
genwärtigen Verflechtungen zwischen Bund, Ländern
und Kommunen sind nicht mehr zeitgemäß und schwer
durchschaubar. Zudem lähmen sie Prozesse eher, als Lö-
sungen zu bieten. Daher bekräftigen wir unsere For-
derung nach einem „New Deal“. ExpertInnen, darunter
auch VertreterInnen z.B. der Städte und Gemeinden, un-
terstützen uns hierbei.

Im Vorfeld einer gesundheitlichen Krise braucht es ver-
lässliche Kriterien, für welche Gruppen der intensivere
Einsatz von Lernen auf Distanz in Frage kommt. Wir sind
der Überzeugung, dass für jüngere und für bildungs-
benachteiligte Kinder möglichst viel Präsenz vorgese-
hen werden muss. Jugendliche, beispielweise Schüle-
rInnen in den Oberstufen, können überwiegend bes-
ser mit den Angeboten des Distanzlernens umgehen.
Unabhängig von der tatsächlichen Ausgestaltung einer
solchen Richtlinie ist für uns klar, dass Ressourcen stra-
tégisch eingesetzt werden müssen.

Unabhängig gilt, dass die zu unterrichtenden Gruppen
verkleinert werden müssen, um das Lehrpersonal zu
entlasten und die Ansteckungsrisiken zu minimieren.
Bevor Kinder und Jugendliche im Ernstfall doch nach
Hause geschickt werden, müssen alle vorgelagerten
Maßnahmen geprüft und ausgeschöpft werden. Da-
zu gehört Unterricht auf Abstand, welcher mit Dis-
tanzlernphasen kombiniert wird. Des Weiteren müssen
auch außerschulische Lernorte und, falls vorhanden,
das dortige Personal einbezogen werden. Und wenn
Schul- oder Klassenschließungen unvermeidbar sind,
muss es für Kinder und Jugendliche mit besonderem
Unterstützungsbedarf Orte für das betreute Lernen in
Kleingruppen geben.

Die in unserem Land garantierte Rechtssicherheit darf
auch und gerade in einer Krise nicht gefährdet oder
gar außer Acht gelassen werden. Dies gilt für den Ein-
satz der Fach- und Lehrkräfte, den Einsatz kommerzi-
eller Chat- und Videokonferenzprogramme, für die Be-
notung und Versetzung und den Umgang mit Veran-
staltungen und Klassenfahrten. Ziel muss eine recht-
lich sichere Lösung sein, durch die die Verantwortung
nicht allein bei den betroffenen Fach- und Lehrkräften
verbleibt. Selbstverständlich muss dieser Rechtsrahmen
ebenso berücksichtigen, dass Kinder und Jugendliche
mögliche Bildungsnachteile, die sich bspw. durch Schul-
schließungen hinnehmen mussten, ausgleichen bzw.
nachholen können.

698 und ihrer tatsächlichen Nutzung gibt – weder bei PädagogInnen noch bei Kindern und Jugendlichen. Die Verteilung von Endgeräten erfordert daher Vorbereitung und Begleitung und sollte gezielt und bedarfsorientiert und nicht nach dem Gießkannenprinzip erfolgen.

703
704 Der Endgeräte- und Softwaremarkt ist vielfältig. Es ist nicht die Aufgabe von PädagogInnen, sich diesen Markt zu erschließen. Es braucht Rahmenverträge. Seitens des Ministeriums muss daher ein Katalog definiert werden, aus dem Bildungseinrichtungen und PädagogInnen wählen können. PädagogInnen brauchen dazu medien- und informationstechnische Basiskompetenzen – ihre Kernaufgabe (und Kernkompetenz) ist und bleibt aber die pädagogische Gestaltung und Vermittlung von Bildung. Die technische Infrastruktur muss demnach stets nutzungsfreundlich gestaltet sein.

715
716 **Digitale Lehr-Lern-Mittel (Internetangebote, Lernprogramme und Co.)**

717
718
719 Die effektive Nutzung digitaler Lehr-Lern-Mittel, wie im Internet abrufbare Videos, Online-Tutorials und Lernprogramme, muss altersgerecht forciert werden. In Kitas werden solche Lernanwendungen bislang eher zögerlich und nicht systematisch genutzt, in Schulen gibt es große Unterschiede.

725
726 Eine Plattform, über die digitale Lernanwendungen bereitgestellt und sowohl innerhalb der Bildungseinrichtung als auch dezentral abgerufen werden können, ist die notwendige Grundlage für eine systemische Verbesserung. Bislang bildet die Nutzung von Schulservern eher die Ausnahme. Für Schulen besteht eine solche Plattform über das (weiterzuentwickelnde) System „Logineo NRW“; auch Kitas könnten von einer solchen Lösung profitieren. Lehr-Lern-Mittel müssen, bevor sie auf den Plattformen angeboten werden, ebenso wie Schulbücher einer vorigen Prüfung unterzogen und zugelassen werden.

738
739 Gelingen wird die Integration digitaler Lernanwendungen nur, wenn auch zeitliche und damit personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Der Mangel an Lehrkräften, ErzieherInnen und SozialpädagogInnen stellt jedoch schon jetzt ein zentrales Problem dar, vor allem in Schulen in benachteiligten Sozialräumen. Kurzfristige Abhilfe ermöglicht hier der Einsatz von (im Idealfall medienkompetenten) QuereinsteigerInnen, die begleitend pädagogisch qualifiziert und deren Potenziale wertgeschätzt werden müssen.

749
750 **Digitale Lehr-Lern-Werkzeuge (synchrone Kommunikation)**

751
752
753 Während Lehr-Lern-Mittel zur individuellen, ggf. auch selbstorganisierten und zeitlich unabhängigen („asynchronen“) Nutzung bereitgestellt werden, geht es bei

Der Digitalisierung kommt im Angesicht der Pandemie-Bekämpfung eine besondere Rolle zu, weil die Krise das Lernen auf Distanz erfordert, wenn analoge Strukturen wegbrechen. In der Krise müssen für Distanzlernen erforderliches Know-How und Ausstattung zur Verfügung stehen. Dementsprechend muss das NRW-Lernmanagementsystem „Logineo“ nun schnellstmöglich weiterentwickelt werden.

Lernanwendungen, die seit Beginn der Corona-Pandemie zunächst schnell und als Notlösung eingesetzt wurden, müssen nun auf ihren Nutzen überprüft und ggf. in pädagogische Konzepte integriert werden.

Wir müssen die Digitalisierung im Bildungswesen beschleunigen

Die Digitalisierung im Bildungswesen, insbesondere das Lernen und Lehren auf Distanz, erweist sich in der Krise als Schlüssel dafür, dass Bildung, wenn auch kompensiert, durch die entsprechenden Einrichtungen noch stattfinden konnte.

Bereits vor der Pandemie war klar, dass ein souveräner Umgang mit Computer- und Informationstechnik für das gesamte Bildungswesen zukunftsrelevant ist. Die Digitalisierung darf jedoch nicht an den Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus einkommensschwachen Familien vorbeiziehen. Wie sich während der Pandemie erneut gezeigt hat, stehen ihnen oftmals nicht die technischen Endgeräte, ein ausreichender Internetanschluss sowie ein geeigneter Arbeits-(Lern-)platz zur Verfügung. Vor allem aber fehlt es vielen Kindern, Jugendlichen und Eltern an den für die Nutzung digitaler Lernmöglichkeiten erforderlichen Kompetenzen. Chancengleichheit besteht nicht, wenn der Zugang zur digitalen Bildung von Einkommen und Bildungsnähe des Elternhauses abhängt. Zudem sind die Nutzungsmöglichkeiten zwischen Bildungseinrichtungen ungleich verteilt, sodass sich sowohl soziale als auch regionale und quartiersbezogene Ungleichheiten im Zugang zu Bildung verschärfen. Auch hat sich während der Pandemie gezeigt, dass die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen mit geistigen und körperlichen Beeinträchtigungen sowie ihrer Familien nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Sie wurden mit den Herausforderungen der Krise faktisch alleingelassen, ungeachtet ihres verbrieften Rechts auf Bildung und Teilhabe.

Um beste Bildung in und für NRW zu realisieren, müssen die Potenziale der Digitalisierung genutzt werden. Diese liegen aus sozialdemokratischer Perspektive vor allem in der Verbesserung von Teilhabe und Chancengleichheit. Eine so verstandene „digitale Bildung“ ersetzt weder pädagogisches Handeln noch die persönlichen Beziehungen zwischen PädagogInnen und Kindern, Jugendlichen und ihren Familien. Die Digitalisie-

756 Werkzeugen um („synchrone“) Kommunikation – zwi-
757 schen Lehrenden und Lernenden, zwischen Lernenden
758 untereinander und zwischen Bildungseinrichtung und
759 Eltern.

760
761 Werkzeuge können angesichts der Entwicklungsbedar-
762 fe in der Nutzungskompetenz die Voraussetzungen für
763 eine effektive Nutzung von digitalen Lernanwendun-
764 gen verbessern und deren Einsatz vorbereiten, unter-
765 stützen und begleiten. Vor allem aber bieten sie Mög-
766 lichkeiten für Partizipation: Lernende bearbeiten nicht
767 nur durch digitale Lernanwendungen vorgegebene Auf-
768 gaben, sondern gestalten den Lernprozess in Interakti-
769 on mit den Lehrenden aktiv mit.

770
771 Diese aktive und aktivierende Nutzung von digitalen
772 Werkzeugen ist im Vergleich zum Einsatz digitaler Lern-
773 anwendungen sowohl deutlich weniger verbreitet als
774 auch wesentlich voraussetzungsvoller: Synchrone Kom-
775 munikation erfordert eine größere Leistungsfähigkeit
776 von Geräten und Internetzugängen sowie die Organisa-
777 tion von gemeinsamen Zeitfenstern der Beteiligten.

778
779 Plattformen für die Bereitstellung von Lernanwendun-
780 gen müssen ergänzt werden um Tools für Chats und Vi-
781 deokonferenzen. Einsetzbar sind diese Werkzeuge für
782 die Kontaktpflege mit Kindern, Jugendlichen und El-
783 tern, für thematische Einführungen als Vorbereitung
784 der Nutzung von Lernanwendungen, für die Arbeit mit
785 Kleingruppen und die individuelle Förderung sowie mit
786 zunehmendem Alter immer mehr auch für selbstge-
787 steuerte Gruppenarbeiten und das kollaborative Ler-
788 nen.

789
790 In der Corona-Pandemie wurde deutlich, dass Bildungs-
791 einrichtungen kaum auf den Einsatz derartiger Werk-
792 zeuge vorbereitet waren. Die Nutzung hing (und hängt)
793 weitgehend von der „Medienkultur“ an der jeweili-
794 gen Schule und vom Engagement einzelner Pädago-
795 gInnen ab – und von ihrer Bereitschaft, für Chats und
796 Videokonferenzen privat beschaffte oder frei zugängli-
797 che (und damit im Hinblick auf Datenschutz, Stabilität
798 und Nutzungsmöglichkeiten oft suboptimale) Tools zu
799 nutzen. Dies ist umso problematischer, als bei fehlen-
800 den Präsenzkontakten kommunikative Formate unbed-
801 ingt erforderlich sind – nicht nur für die Begleitung von
802 Lernprozessen und die Nutzung von Lernanwendungen,
803 sondern vor allem für die Pflege der Beziehungen zwi-
804 schen PädagogInnen und Kindern und Jugendlichen so-
805 wie ihren Familien. Dass die meisten Eltern in irgendei-
806 ner Weise mit digitalen Medien umgehen, kann für die
807 Kontaktpflege zu den Familien mit Hilfe digitaler Werk-
808 zeuge genutzt werden.

809
810 **Digitale Organisation und Verwaltung**

811
812 Digitale Technologien können Arbeits- und Handlungs-
813 abläufe in Bildungseinrichtungen erleichtern, um letzt-

zung muss vielmehr eingebunden sein in ein Gesamt-
konzept und ist kein Selbstzweck, sondern ein Instru-
ment, dessen Einsatz sich an bildungspolitischen Zielen
messen lassen muss.

Eine teilhabe- und chancenorientierte Förderung von
Kindern und Jugendlichen erfordert eine früh einset-
zende, niederschwellig und sozialraumorientiert an-
gelegte Unterstützung von Familien. Sie erfordert die
Bildungs- und Erziehungspartnerschaft zwischen Bil-
dungseinrichtungen und Eltern, gute Lernbedingungen,
individuelle Förderung und eine kognitiv und sozial akti-
vierende, kompetenzorientierte Gestaltung von Lernen.
Und sie erfordert die Begleitung der Bildungslaufbahn
einschließlich der Übergänge von Kita zu Schule, von
Grund- zu weiterführender Schule und in Ausbildung
oder Studium. Während der Corona-Pandemie hat sich
besonders deutlich gezeigt, dass diese bildungspoliti-
schen Ziele bisher nicht erreicht werden.

**Die Digitalisierung betrifft die gesamte Bildungsbiogra-
fie**

Die Digitalisierung im Bildungsbereich muss die gesam-
te Bildungsbiografie eines Menschen in den Blick neh-
men: von der Frühen Bildung bis zur Ausbildung und
Hochschule und darüber hinaus.

Auch in der Frühen Bildung können digitale Instru-
mente und digitale Bildung sinnvoll eingesetzt und
gefördert werden, z. B. Lernprogramme oder Online-
Angebote. Der Austausch zwischen ErzieherInnen und
Eltern kann durch digitale Unterstützung vereinfacht
werden. Die Landesregierung hat hier – trotz Studien
zur Digitalisierung in der frühkindlichen Bildung – in der
Pandemie nichts unternommen, sondern Einrichtungen
allein gelassen. Diese haben mit digitalen Morgenkrei-
sen und anderen Angeboten je nach individueller Mög-
lichkeit vor Ort versucht, Kontakt zu den Kindern und Fa-
milien zu halten. Dies ist sowohl in der Frage des Kinder-
schutzes wesentlich als auch in der Frage nach Teilha-
be an Bildung. Konzepte, die in zahlreichen Einrichtun-
gen erarbeitet wurden, müssen in die Fläche getragen
werden. Dafür müssen Kitas mit entsprechender Tech-
nik und Medienkompetenz ausgestattet und die Ver-
netzung zu Best-Practice-Beispielen gefördert werden.

Zu wenig beachtet wurde bisher die Funktion der Be-
rufskollegs für den Ausgleich von Bildungsbenachteili-
gung. Sie ermöglichen Chancen und haben gleichzei-
tig eine hohe Bedeutung für unseren Arbeitsmarkt. Ins-
besondere in Bildungsgängen, die auf den Hauptschul-
oder einen mittleren Schulabschluss vorbereiten, müs-
sen digitale Schlüsselkompetenzen systematisch ver-
mittelt und die Potenziale der Digitalisierung für die
individuelle Förderung und das Ermöglichen von Bil-
dungsaufstiegen genutzt werden. Viele Berufskollegs
haben bereits mit großem Engagement entsprechen-

814 lich mehr pädagogische Ressourcen zur Verfügung stel-
 815 len zu können. Hierzu gehören die Verwaltung von
 816 SchülerInnen- und Lehrkräfte- sowie von weiteren
 817 Personal, aber z. B. auch die Erstellung von Stunden-
 818 plänen und Dienstplänen.

819
 820 Gleichzeitig können anonymisierte Schülerdaten ein
 821 Baustein im schulischen und kommunalen Bildungs-
 822 monitoring werden. Bislang ist der selbstverständlich
 823 erforderliche Datenschutz an vielen Stellen ein Pro-
 824 blem, für das eine angemessene Lösung erarbeitet wer-
 825 den muss. Die Auswertung von Bildungsverlaufsdaten
 826 könnte helfen, gezielte Maßnahmen zur Verbesserung
 827 von Chancen- und Teilhabegerechtigkeit zu entwickeln.

828
 829 **Resümee**

830
 831 25 Jahre nach der Veröffentlichung des Abschlussberich-
 832 tes der Johannes Rau-Kommission „Zukunft der Bildung
 833 – Schule der Zukunft“ sind die damals visionären und
 834 über Parteigrenzen hinweg erarbeitenden Vorschläge
 835 nur wenig bis kaum umgesetzt. Auf der einen Seite ste-
 836 hen verschiedene parteipolitische Interessen, auf der
 837 anderen Seite fehlende finanzielle Zusagen und Streit
 838 um Verantwortungsbereiche der konkreten Umsetzung
 839 im Weg – gerade und vor allem beim Schulbau oder ak-
 840 tuell zur Digitalisierung. Dies müssen wir angesichts der
 841 zunehmenden sozialen Ungerechtigkeit und Ungleich-
 842 heit in unserem Bildungssystem ändern. Immer mehr
 843 Kinder und Jugendliche erfahren keine förderliche Bil-
 844 dungsbiographie – Aufstiegsmöglichkeiten nehmen ra-
 845 pide ab. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Da-
 846 bei ist es notwendig, gemeinsam über Parteigrenzen
 847 hinweg alle Kräfte zu bündeln und für die Kinder und
 848 Jugendlichen das Bildungssystem den Anforderungen
 849 des 21. Jahrhundert anzupassen. Zum Wohle der Kinder
 850 müssen wir dies gemeinsam angehen. Denn nur zusam-
 851 men werden wir zu einer bildungspolitischen Lösung
 852 kommen, die gleichzeitig zeitgemäß und zukunftswei-
 853 send ist und dabei kein Kind zurücklässt.

854
 855 **Neue Wirtschaftskraft durch solidarischen Fortschritt**

856
 857 NRW ist ein wirtschaftliches Schwergewicht. Wir sind
 858 also ein echter Motor – mitten in Europa. Doch die wirt-
 859 schaftlichen Folgen der Corona-Krise treffen NRW hart:
 860 In bestimmten Branchen hatten wir bereits vor der Kri-
 861 se Schwierigkeiten. Dort ist der Handlungsdruckt mas-
 862 siv gestiegen. Deshalb braucht es jetzt ein entschiede-
 863 nes Gegensteuern. Wir wollen unsere Wirtschaft wieder
 864 in Gang bringen und die Rezession überwinden. Dafür
 865 sind wir bereit, massiv in den Wirtschaftsstandort NRW
 866 und seine Beschäftigten zu investieren.

867
 868 Doch es gibt auch Branchen, die eine klare Perspektive
 869 haben, aber aufgrund von auferlegten Maßnahmen zur
 870 Pandemiebekämpfung nur eingeschränkt oder teils gar
 871 nicht wirtschaften können. Allen voran steht die Ver-

de Konzepte entwickelt; deren Weiterentwicklung und
 Transfer müssen gezielt gefördert werden.

Hochschulen haben sich in den Corona-Lockdown-
 Phasen als anpassungsfähig, innovativ und flexibel ge-
 zeigt – Semesterstarts und Fristen wurden verschoben,
 viele Veranstaltungen wurden auf digitale Formate um-
 gestellt. Doch auch hier zeigt sich, dass Studierende in
 finanziell schwächeren Situationen stark von der Kri-
 se betroffen waren und sind. Räume zur PC-Nutzung
 schlossen ebenso wie Bibliotheken. Wer zuhause über
 schlechtes oder gar kein Internet verfügt, konnte nicht
 an den Lehrveranstaltungen teilnehmen. Auch fielen
 Aufgrund des Lockdowns viele Nebentätigkeiten weg.
 Dabei wurde außer Acht gelassen, dass viele Studieren-
 de eben nicht, oder nur unzureichend, durch ihr Eltern-
 haus finanziell abgesichert sind und somit in ernsthafte
 finanzielle Probleme gerieten. Während es für die Wirt-
 schaft schnell Konjunkturprogramm gab, fühlten sich
 viele Studierende im Stich gelassen. Für uns gilt daher,
 dass an den Hochschulen nicht nur die nötige digitale
 Infrastruktur gegeben sein muss, sondern auch, dass je-
 de/jeder Studierende den Zugang zu digitalen Endgerä-
 ten braucht. Wer zuhause über kein (ausreichendes) In-
 ternet verfügt, braucht die entsprechenden Räumlich-
 keiten an seiner Hochschule. In Krisenzeiten brauchen
 Studierende zudem schnelle finanzielle Hilfe und nicht
 erst dann, wenn der oder die Studierende nachweist,
 dass sie über keinerlei finanzielle Mittel mehr verfügt.

Digitale Infrastruktur und Endgeräte

Die Basis aller Anstrengungen ist der Ausbau der di-
 gitalen Infrastruktur an Bildungseinrichtungen durch
 die Versorgung sowohl mit leistungsfähigen Internet-
 zugängen als auch mit Endgeräten. Damit die Schulträ-
 ger dies leisten können, müssen die Kommunen regel-
 mäßig unterstützt werden. Dabei darf die Pflege dieser
 Infrastruktur nicht außer Acht gelassen werden: Päd-
 agogInnen sollen keine IT-ExpertInnen werden müs-
 sen, sondern müssen im Umgang geschult und bereits
 im Studium an die Thematik herangeführt werden. Es
 braucht also zusätzliches Personal für Support und War-
 tung sowie Fachkräfte für die gezielte Aus- und Fortbil-
 dung von PädagogInnen. Auch muss eindeutig festge-
 legt werden, wo das jeweilige Personal beschäftigt sein
 wird.

Die kommunale Finanzsituation darf nicht den „Di-
 gital Divide“ zwischen Bildungseinrichtungen in „rei-
 che“ und „arme“ Kommunen verschärfen. Gerade in
 benachteiligten Regionen werden besonders dringend
 Ressourcen für die Unterstützung von Kindern, Jugend-
 lichen und Familien gebraucht. Daher gilt die Forderung
 „Ungleiches muss ungleich behandelt werden“ noch
 dringlicher. In diesem Zusammenhang wollen wir auch
 eine sozialindexbasierte Verteilung von Mitteln in allen
 Bildungsbereichen umsetzen. Das heißt: die besten und

872 anstellungswirtschaft als akut bedrohte Branche. Sie
 873 hat – wie viele andere auch – die von Bund und Län-
 874 dern auferlegten Maßnahmen zur Pandemiebekämp-
 875 fung bisher sämtlich mitgetragen. Bei den beschlosse-
 876 nen Hilfsmaßnahmen für Unternehmen wurde die Ver-
 877 anstellungswirtschaft jedoch bisher unzureichend be-
 878 rücksichtigt. Tausende Einzelunternehmer, kleine und
 879 mittelständische Unternehmen erhalten nicht die nö-
 880 tigen Hilfen, die notwendig sind, um massenhafte Ent-
 881 lassungen und Insolvenzen zu verhindern. Hier müssen
 882 bestehende Überbrückungs- und Kreditprogramme an-
 883 gepasst werden, um ihre gewollte Wirkung zu entfalten.

885 Gleichzeitig muss die Innovationskraft, die in diesen
 886 Branchen liegt, gefördert werden. Auch mit Corona gibt
 887 es Wege, wie Veranstaltungen, Gastronomie und an-
 888 dere Wirtschaftsfelder wieder möglich werden. Rich-
 889 tungsweisend ist das Förderprogramm zur Umrüstung
 890 von Klimaanlagen, um die Ansteckungsgefahr zu verrin-
 891 gern. Aus eigener Kraft wäre eine solche Investition für
 892 viele Unternehmen nicht zu stemmen. Es gibt weitere
 893 Ansätze, die nun gefördert werden müssen.

895 Die Corona-Krise hat uns vor Augen geführt, wie sehr
 896 ganze Länder, Wirtschaftssektoren, Unternehmen und
 897 Beschäftigte aufeinander angewiesen sind. Gerade in
 898 NRW leben viele Dienstleistungsunternehmen und de-
 899 ren Beschäftigte von der Wertschöpfung und den Auf-
 900 trägen der Industrie. Aber ohne ErzieherInnen, Verkäu-
 901 ferInnen oder TransportarbeiterInnen ist die Industrie
 902 nicht produktiv. Ohne ein starkes Gesundheits- und
 903 Bildungssystem sind Wirtschaft und Wohlstand unge-
 904 schützt und krisenanfällig. Die Corona-Krise zeigt uns
 905 drastisch, wo wir in NRW noch besser werden müssen.

907 Für die Sozialdemokratie müssen sich Investitionen da-
 908 her an drei Kriterien ausrichten: wir wollen ökonomi-
 909 schen, ökologischen und sozialen Fortschritt. Wir wol-
 910 len in neue digitale und klimaschonende Technologien
 911 investieren, in ein besseres und gerechteres Bildungs-
 912 system und nicht zuletzt in einen besseren Sozialstaat,
 913 der Leistungsgerechtigkeit, Sicherheit und Zusammen-
 914 halt garantieren kann.

916 Eine zentrale Säule, auf der der Wohlstand in NRW auf-
 917 baut, ist der europäische Binnenmarkt. Im Jahr 2019
 918 erwirtschaftete die Beschäftigten in NRW Exporterlöse
 919 von über 190 Mrd. EUR, das sind 27 Prozent der gesam-
 920 ten Wirtschaftsleistung. Ein Großteil davon geht in die
 921 europäischen Nachbarländer. Aber auch die USA und
 922 China sind wichtige Handelspartner. Gerade in Zeiten,
 923 in denen die Globalisierung ihre Dynamik ändert, ist
 924 der Zusammenhalt und die politische Gestaltung im
 925 Rahmen der Europäischen Union wesentlich. Der Brex-
 926 it zeigt, dass die Existenz dieser EU und des Binnen-
 927 marktes bedroht ist, wenn keine solidarischen Antwor-
 928 ten gefunden werden. Der europäische Wiederaufbau-
 929 fonds ist ein historisch wichtiger Beitrag für eine solche

viele Lehrkräfte dorthin, wo sie am dringendsten ge-
 braucht werden. Die schwarze-gelbe Mogelpackung, die
 diese Landesregierung „Index“ nennt, werden wir korri-
 gieren.

Der „DigitalPakt Schule“ der Bundesregierung stellt
 NRW bis 2021 eine Milliarde Euro zu Verfügung. Wir
 brauchen eine Verstärkung der Investitionen und ihrer
 Finanzierbarkeit und vor allem die nachhaltige Siche-
 rung von Support, Pflege und Ersatzbeschaffungen. Es
 reicht nicht, die Software und Hardware in einer einma-
 ligen Aktion in die Bildungseinrichtungen zu tragen. Der
 DigitalPakt 2.0 muss kommen.

Unsere Position ist klar: Lernmittel müssen kostenfrei
 sein. Dieser Grundsatz muss selbstverständlich auch für
 digitale Endgeräte gelten. Jedes Kind und jede/jeder Ju-
 gendliche muss mindestens leihweise Zugriff auf ein
 Gerät haben.

Zentral bleibt: Kinder und Jugendliche müssen in Prä-
 senz lernen, die Geräte für Bildungszwecke zu nutzen,
 um selbstorganisiert damit arbeiten zu können. Der
 Bundesbildungsbericht zeigt, dass es keinen Automatis-
 mus zwischen der Verfügbarkeit digitaler Ausstattung
 und ihrer tatsächlichen Nutzung gibt – weder bei Päd-
 agogInnen noch bei Kindern und Jugendlichen. Die Ver-
 teilung von Endgeräten erfordert daher Vorbereitung
 und Begleitung und sollte gezielt und bedarfsorientiert
 und nicht nach dem Gießkannenprinzip erfolgen.

Der Endgeräte- und Softwaremarkt ist vielfältig. Es
 ist nicht die Aufgabe von PädagogInnen, sich diesen
 Markt zu erschließen. Es braucht Rahmenverträge. Sei-
 tens des Ministeriums muss daher ein Katalog definiert
 werden, aus dem Bildungseinrichtungen und Pädago-
 gInnen wählen können. PädagogInnen brauchen dazu
 medien- und informationstechnische Basiskompeten-
 zen – ihre Kernaufgabe (und Kernkompetenz) ist und
 bleibt aber die pädagogische Gestaltung und Vermitt-
 lung von Bildung.

**Digitale Lehr-Lern-Mittel (Internetangebote, Lernpro-
 gramme und Co.)**

Die effektive Nutzung digitaler Lehr-Lern-Mittel, wie im
 Internet abrufbare Videos, Online-Tutorials und Lern-
 programme, muss altersgerecht forciert werden. Hier
 gibt es noch große Unterschiede.

Eine Plattform, über die digitale Lernanwendungen be-
 reitgestellt und sowohl innerhalb der Bildungseinrich-
 tung als auch dezentral abgerufen werden können, ist
 die notwendige Grundlage für eine systemische Ver-
 besserung. Bislang bildet die Nutzung von Schulser-
 vern eher die Ausnahme. Für Schulen besteht eine sol-
 che Plattform über das System „Logineo NRW“. Logi-
 neo kann perspektivisch eine Lösung sein, ist aber für

930 solidarische Antwort.

931

932 Rund 25 Prozent der ArbeitnehmerInnen arbeiten der-
933 zeit im Homeoffice und spüren den Fortschritt der Di-
934 gitalisierung in bislang nicht gekanntem Ausmaß. On-
935 linehandel, virtuelle Austauschformen und digitalisier-
936 te Prozesse in Unternehmen nehmen weiter Fahrt auf.
937 Selbst dort, wo wie etwa in der Pflege oder auch im Tou-
938 rismus, der Kultur oder der Gastronomie die direkten
939 Begegnungen von Menschen für unsere Lebensqualität
940 auch künftig unabdingbar sind, erleichtern digitale Lö-
941 sungen bereits häufig das Leben. Die Debatte um die
942 Corona-App hat gezeigt, wie wichtig dabei die digitale
943 Souveränität für jede Einzelne und jeden Einzelnen ist.
944 Parallel legt die Krise die Mängel in NRW bei der Glas-
945 faserinfrastruktur, beim digitalen Lernen in Schule und
946 Hochschule oder auch bei den Server- und Datenver-
947 arbeitungskapazitäten oder den digitalen Plattformen
948 schonungslos offen.

949

950 Der gesellschaftliche Umbau zu einer klimafreundlichen
951 Wirtschaft ist nicht nur eine technologische Frage,
952 sondern auch und zuvorderst eine Frage der Verteilung
953 von Wohlstand. Wer um seinen Arbeitsplatz bangen
954 muss oder durch Einkommensverluste seine Miete
955 nicht mehr zahlen kann, wird schwer für Klimaschutz-
956 auflagen zu gewinnen sein. Trotzdem ist klar, dass unse-
957 re Wirtschaft klimagerecht umgestaltet werden muss,
958 wenn sie zukunftsfähig bleiben will. Auf diesem Weg
959 müssen wir auch die Bedürfnisse der KMU und ihren Be-
960 schäftigten im Blick behalten – schließlich stellen diese
961 in NRW einen ganz erheblichen Teil der sozialversiche-
962 rungspflichtigen Arbeitsplätze und spielen eine wichti-
963 ge Rolle im Bereich Innovation und Nachhaltigkeit. Wir
964 stellen fest: Der Klimaschutz ist ein Innovations- und
965 Jobmotor. Jedoch werden wir dafür Sorge tragen, dass
966 nicht einzelne soziale Schichten oder einzelne Berufs-
967 gruppen zurückgelassen werden. Nur so sichern wir ei-
968 ne breite Akzeptanz für die Transformation hin zu einer
969 klimaneutralen Wirtschaft.

970

971 Damit NRW das wirtschaftliche Schwergewicht im Her-
972 zen Europas bleibt, setzen wir auf Fortschritt: durch
973 neues Wissen, technologische Innovationen und sozia-
974 le Rechte. Gesellschaftlicher Fortschritt, das ist unsere
975 Vision, gelingt durch Solidarität. Unsere Vision baut auf
976 fünf Säulen.

977

978 **1. Ein aktiver Staat für den solidarischen Fortschritt**

979

980 Der Neustart erfolgt im Dialog. Wenn wir erfolgreich
981 sein wollen, dann müssen wir die unterschiedlichen In-
982 teressen in Einklang bringen. Es gilt Interessen von Be-
983 schäftigten, Gewerkschaften, Umweltverbänden, Kapi-
984 taleigentümern und vielen mehr abzuwägen. Anderen-
985 falls droht die erneute Polarisierung, wie wir sie bereits
986 heute in vielen gesellschaftlichen Fragen erleben. Poli-
987 tik hat das Wohl der Gesellschaft als Ganzes und für die

viele noch nicht wirklich überzeugend und muss daher schnellstmöglich weiterentwickelt werden. Auch Kitas könnten von einer solchen Lösung profitieren. Die Landesregierung hat bereits Ergebnisse einer Modellstudie zum Umgang mit Digitalisierung in Kitas vorliegen. Trotz Pandemie und der damit verbundenen Herausforderungen in allen Bildungsbereichen, hat die Landesregierung es nicht für nötig gehalten, die Kitas entsprechend auszustatten und systematisch zu befähigen, mit den Kindern medienkompetent zu arbeiten. Auch auf Distanz muss es gelingen, den Kontakt zur Bildungseinrichtung, zu Bezugspersonen und Gleichaltrigen zu erhalten. Dazu müssen Einrichtungen und Familien entsprechend ausgestattet sein. Lehr-Lern-Mittel müssen, bevor sie auf den Plattformen angeboten werden, ebenso wie Schulbücher einer vorigen Prüfung unterzogen und zugelassen werden.

Gelingen wird die Integration digitaler Lernanwendungen nur, wenn auch zeitliche und damit personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Der Mangel an Lehrkräften, ErzieherInnen und SozialpädagogInnen stellt jedoch schon jetzt ein zentrales Problem dar, vor allem in Schulen in benachteiligten Sozialräumen. Kurzfristige Abhilfe ermöglicht hier der Einsatz von (im Idealfall medienkompetenten) QuereinsteigerInnen, die begleitend pädagogisch qualifiziert und deren Potenziale wertgeschätzt werden müssen.

Digitale Lehr-Lern-Werkzeuge (synchrone Kommunikation)

Während Lehr-Lern-Mittel zur individuellen, ggf. auch selbstorganisierten und zeitlich unabhängigen („asynchronen“) Nutzung bereitgestellt werden, geht es bei Werkzeugen um („synchrone“) Kommunikation – zwischen Lehrenden und Lernenden, zwischen Lernenden untereinander und zwischen Bildungseinrichtung und Eltern.

Werkzeuge können angesichts der Entwicklungsbedarfe in der Nutzungskompetenz die Voraussetzungen für eine effektive Nutzung von digitalen Lernanwendungen verbessern und deren Einsatz vorbereiten, unterstützen und begleiten. Vor allem aber bieten sie Möglichkeiten für Partizipation: Lernende bearbeiten nicht nur durch digitale Lernanwendungen vorgegebene Aufgaben, sondern gestalten den Lernprozess in Interaktion mit den Lehrenden aktiv mit.

Diese aktive und aktivierende Nutzung von digitalen Werkzeugen ist im Vergleich zum Einsatz digitaler Lernanwendungen sowohl deutlich weniger verbreitet als auch wesentlich voraussetzungsvoller: Synchrone Kommunikation erfordert eine größere Leistungsfähigkeit von Geräten und Internetzugängen sowie die Organisation von gemeinsamen Zeitfenstern der Beteiligten.

988 künftigen Generationen in den Blick zu nehmen. Stra-
 989 tegische Projekte für technologische und soziale Inno-
 990 vationen müssen sich diesen Gemeinwohlzielen unter-
 991 ordnen. Dabei geht es nicht um die spezifische Technik-
 992 auswahl, wohl aber um klare Ziele, wie etwa Umwelt-
 993 grenzwerte und Indikatoren der sozial gerechten Wohl-
 994 standsverteilung.

996 Als Querschnittsaufgabe und wichtige Grundlage
 997 für eine dauerhaft an diesen Zielen ausgerichtete
 998 Wirtschafts- und Industriepolitik (s. auch Antrag zu
 999 Industriepolitik) ist die Sicherung einer allgemein
 1000 zugänglichen, öffentlich kontrollierten und moder-
 1001 nen Infrastruktur erforderlich. In diesem Rahmen
 1002 sind und bleiben die Initiativen von InnovatorInnen,
 1003 GründerInnen und UnternehmerInnen in privaten
 1004 und öffentlichen Unternehmen, zivilgesellschaftlichen
 1005 Organisationen und wissenschaftlichen Institutionen
 1006 wesentliche Treiber für die wirtschaftliche Dynamik,
 1007 die es zu fördern gilt.

1008
 1009 **Unsere Position:**

- 1011 • **NRW benötigt eine Infrastrukturoffensive für eine**
 1012 **moderne, öffentliche kontrollierte Infrastruktur in**
 1013 **den Bereichen Gesundheit, Wohnen, nachhaltiger**
 1014 **Mobilität und Digitalisierung.**
- 1015 • **Staatliche Konjunkturprogramme (Kredite, Betei-**
 1016 **lungen, Zuschüsse) müssen an die Tariftreue, Mit-**
 1017 **bestimmung, gesetzeskonforme und transparen-**
 1018 **te Besteuerung, Ausbildungssicherung und Klima-**
 1019 **schutzziele geknüpft werden.**
- 1020 • **Die anstehende Transformation fordert insbeson-**
 1021 **dere den Automobil- und Chemiesektor, welche in**
 1022 **NRW eine herausragende Bedeutung haben. Nach**
 1023 **dem Vorbild der Kommission „Wachstum, Struk-**
 1024 **turwandel und Beschäftigung“ braucht es daher**
 1025 **Planungssicherheit und klare Rahmenbedingungen**
 1026 **unter Einbeziehung der Sozialpartner.**
- 1027 • **Wir wollen bedarfsorientierte Innovationsplattfor-**
 1028 **men zur Vernetzung der betroffenen Branchen. Un-**
 1029 **ternehmen, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und**
 1030 **Wissenschaft müssen es einem Strang ziehen, z.B.**
 1031 **bei Fragen der Wasserstoffwirtschaft, der neuen**
 1032 **Mobilität oder der demokratischen Digitalisierung.**
- 1033 • **Die zur Stabilisierung der Wirtschaft erforderlichen**
 1034 **staatlichen Beteiligungen bei privaten Unterneh-**
 1035 **men (z.B. bei Lufthansa) müssen mit wirksamen**
 1036 **Mitspracherechten bei Unternehmensentscheidun-**
 1037 **gen verknüpft werden, um Gemeinwohlsprüche**
 1038 **sowie eine angemessene Rückvergütung für die ge-**
 1039 **währten Hilfen zu sichern; hier sollten kollektiv ge-**
 1040 **regelte Mitarbeiterkapitalbeteiligungen als weite-**
 1041 **re, ergänzende Option gefördert werden.**

1043 **2. Gute Arbeit ist systemrelevant – in der Krise und da-**
 1044 **nach**

1045

Plattformen für die Bereitstellung von Lernanwendun-
 gen müssen ergänzt werden um Tools für Chats und Vi-
 deokonferenzen. Einsetzbar sind diese Werkzeuge für
 die Kontaktpflege mit Kindern, Jugendlichen und El-
 tern, für thematische Einführungen als Vorbereitung
 der Nutzung von Lernanwendungen, für die Arbeit mit
 Kleingruppen und die individuelle Förderung sowie mit
 zunehmendem Alter immer mehr auch für selbstge-
 steuerte Gruppenarbeiten und das kollaborative Ler-
 nen.

In der Corona-Pandemie wurde deutlich, dass Bildungs-
 einrichtungen kaum auf den Einsatz derartiger Werk-
 zeuge vorbereitet waren. Die Nutzung hing (und hängt)
 weitgehend von der „Medienkultur“ an der jeweili-
 gen Schule und vom Engagement einzelner Pädago-
 gInnen ab – und von ihrer Bereitschaft, für Chats und
 Videokonferenzen privat beschaffte oder frei zugängli-
 che (und damit im Hinblick auf Datenschutz, Stabilität
 und Nutzungsmöglichkeiten oft suboptimale) Tools zu
 nutzen. Dies ist umso problematischer, als bei fehlen-
 den Präsenzkontakten kommunikative Formate un-
 bedingt erforderlich sind – nicht nur für die Begleitung von
 Lernprozessen und die Nutzung von Lernanwendungen,
 sondern vor allem für die Pflege der Beziehungen zwi-
 schen PädagogInnen und Kindern und Jugendlichen so-
 wie ihren Familien. Dass die meisten Eltern in irgendei-
 ner Weise mit digitalen Medien umgehen, kann für die
 Kontaktpflege zu den Familien mit Hilfe digitaler Werk-
 zeuge genutzt werden.

Digitale Organisation und Verwaltung

Digitale Technologien können Arbeits- und Handlungs-
 abläufe in Bildungseinrichtungen erleichtern, um letzt-
 lich mehr pädagogische Ressourcen zur Verfügung stel-
 len zu können. Hierzu gehören die Verwaltung von
 SchülerInnendaten sowie von Lehrkräften und weite-
 rem Personal, aber z. B. auch die Erstellung von Stunden-
 plänen und Dienstplänen.

Gleichzeitig können anonymisierte Schülerdaten ein
 Baustein im schulischen und kommunalen Bildungs-
 monitoring werden. Bislang ist der selbstverständlich
 erforderliche Datenschutz an vielen Stellen ein Pro-
 blem, für das eine angemessene Lösung erarbeitet wer-
 den muss. Die Auswertung von Bildungsverlaufsdaten
 könnte helfen, gezielte Maßnahmen zur Verbesserung
 von Chancen- und Teilhabegerechtigkeit zu entwickeln.
 Für konkrete Maßnahmen braucht es jedoch zunächst
 weitere Forschung. Da es sich zudem um einen sehr sen-
 siblen Bereich handelt, ist ein intensiver Dialog mit allen
 Akteuren zwingend.

Resümee

25 Jahre nach der Veröffentlichung des Abschlussberich-
 tes der Johannes Rau-Kommission „Zukunft der Bildung

1046 Der Vergleich mit der letzten Finanzkrise macht es
 1047 deutlich: Als „systemrelevant“ werden nun in der öf-
 1048 fentlichen Debatte nicht mehr die Banken bezeich-
 1049 net, sondern insbesondere die Beschäftigten in vielen
 1050 – oft schlecht bezahlten, vielfach kaum abgesicherten
 1051 und zum überwiegenden Teil von Frauen ausgeübten
 1052 – Dienstleistungsberufen. Und das ist gut so. Dazu ge-
 1053 hören zuvorderst das Personal im Gesundheits- und Bil-
 1054 dungswesen, aber auch in der Logistik oder der Energie-
 1055 und Abfallwirtschaft oder dem Einzelhandel. Gerade bei
 1056 den sozialen Dienstleistungen stehen aber den offen-
 1057 kundigen enormen Leistungen und Belastungen der –
 1058 meist weiblichen – Beschäftigten schon vor der Krise
 1059 keine angemessene Absicherung und Bezahlung gegen-
 1060 über.

1061
 1062 Es fehlt zudem oft an gewerkschaftlicher Organisati-
 1063 on und betrieblicher Mitbestimmung. Diese gilt es um-
 1064 fassend und in allen Bereichen zu stärken. Mit diesen
 1065 im Rücken kann es gelingen, die Rahmenbedingungen
 1066 für Arbeit sowohl bei den Dienstleistungen wie auch in
 1067 der Industrie deutlich zu verbessern. Arbeitszeitverkür-
 1068 zung und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, hö-
 1069 here Löhne, Aufwertung von bislang unterbezahlten
 1070 Dienstleistungsberufen und breite soziale Absicherung
 1071 sind die Grundlage, um gut durch die Krise zu kommen
 1072 und den Menschen Optimismus und Vertrauen in die
 1073 Zukunft zu geben. Das stärkt im Übrigen auch die Bin-
 1074 nennnachfrage. Das kommt den Unternehmen in unse-
 1075 rem Land zugute. Politik für gute Arbeit ist gleichzeitig
 1076 Wirtschaftsförderung.

1077
 1078 **Unsere Position:**

- 1079
 1080 • **Wir wollen nicht nur mehr Fachkräfte, sondern auch**
 1081 **bessere Arbeitszeiten in den sozialen Dienstleistun-**
 1082 **gen durch Verbesserung der gesetzlichen Personal-**
 1083 **schlüssel.**
 1084 • **Wir wollen mehr von den Unternehmen bezahlte**
 1085 **Aus- und Weiterbildung,**
 1086 • **volle Gewerkschaftsrechte für alle Beschäftigten,**
 1087 **auch für WerkvertragsarbeiterInnen oder Beschäf-**
 1088 **tigte in kirchlichen Einrichtungen,**
 1089 • **und volle Arbeitnehmerrechte für Beschäftigten im**
 1090 **Bereich der Dienstleistungsplattformen inkl. digita-**
 1091 **ler Zugangsrechte für Gewerkschaften.**
 1092 • **Wir wollen Ausbildungsplätze sichern. Wir wol-**
 1093 **len einen steuerlich finanzierten „Solidarfonds**
 1094 **Ausbildung“, der aufbauend auf der Corona-**
 1095 **Ausbildungsprämie mittelfristig Unternehmen in**
 1096 **wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei dem Angebot**
 1097 **von Berufsausbildung unterstützt.**
 1098 • **Wir müssen die Rechte von Betriebsräten auswei-**
 1099 **ten, z.B. bei der Einführung neuer digitaler Systeme**
 1100 **und der Neuausrichtung von Unternehmen.**
 1101 • **Die Möglichkeit des Arbeitgeber-Vetos bei der**
 1102 **Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen**
 1103 **muss aufgehoben werden.**

– Schule der Zukunft“ sind die damals visionären und über Parteigrenzen hinweg erarbeitenden Vorschläge nur wenig bis kaum umgesetzt. Auf der einen Seite stehen verschiedene parteipolitische Interessen, auf der anderen Seite fehlende finanzielle Zusagen und Streit um Verantwortungsbereiche der konkreten Umsetzung im Weg – gerade und vor allem beim Schulbau oder aktuell zur Digitalisierung. Dies müssen wir angesichts der zunehmenden sozialen Ungerechtigkeit und Ungleichheit in unserem Bildungssystem ändern. Immer mehr Kinder und Jugendliche erfahren keine förderliche Bildungsbiografie – Aufstiegsmöglichkeiten nehmen rapide ab. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Dabei ist es notwendig, gemeinsam über Parteigrenzen hinweg alle Kräfte zu bündeln und für die Kinder und Jugendlichen das Bildungssystem den Anforderungen des 21. Jahrhundert anzupassen. Zum Wohle der Kinder müssen wir dies gemeinsam angehen. Denn nur zusammen werden wir zu einer bildungspolitischen Lösung kommen, die gleichzeitig zeitgemäß und zukunftsweisend ist und dabei kein Kind zurücklässt. Die Coronapandemie hat dabei die Bedeutung der frühkindlichen Bildung als erstem Glied der Bildungskette unterstrichen. Kitas und die Kindertagespflege sind als Einrichtungen der Bildung, Betreuung und Erziehung weiter zu stärken und Familien einen gebührenfreien Zugang zur frühkindlichen Bildung zu ermöglichen. Die Defizite, die sich aus einem unzureichendem Personalschlüssel, fortwährender Unterfinanzierung und einem weiter ansteigenden Fachkräftebedarf ergeben, sind in der Krise deutlicher zutage getreten. Darum gilt es mit einem neuen Kita-Gesetz und einer Fachkräfteoffensive neue Perspektiven zu schaffen.

Neue Wirtschaftskraft durch solidarischen Fortschritt

NRW ist ein wirtschaftliches Schwergewicht. Wir sind also ein echter Motor – mitten in Europa. Doch die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise treffen NRW hart: In bestimmten Branchen hatten wir bereits vor der Krise Schwierigkeiten. Dort ist der Handlungsdruck massiv gestiegen. Deshalb braucht es jetzt ein entschiedenes Gegensteuern. Wir wollen unsere Wirtschaft wieder in Gang bringen und die Rezession überwinden. Dafür sind wir bereit, massiv in den Wirtschaftsstandort NRW zu investieren, um damit auch den Beschäftigten Sicherheit zu geben.

Doch es gibt auch Branchen, die eine klare Perspektive haben, aber aufgrund von auferlegten Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung nur eingeschränkt oder teils gar nicht wirtschaften können. Allen voran steht die Veranstaltungswirtschaft als akut bedrohte Branche. Sie hat – wie viele andere auch – die von Bund und Ländern auferlegten Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung bisher sämtlich mitgetragen. Tausende Einzelunternehmer, kleine und mittelständische Unternehmen erhalten nicht die Hilfen, die notwendig sind, um mas-

- 1104 • **Es braucht eine verschärfte strafrechtliche Verfolgung im Falle der Behinderung von Gewerkschaftsaktivitäten in Unternehmen („Union Busting“).**
- 1105
- 1106 • **Wir fordern wirksame Tariftreugesetze für öffentliche Aufträge.**
- 1107
- 1108
- 1109 • **Es braucht die Ausweitung der Gültigkeit von Tarifverträgen auch für „arbeitnehmerähnliche“ Beschäftigte.**
- 1110
- 1111
- 1112 • **Wir müssen das Recht auf ein mitarbeiterfreundliches Homeoffice gesetzlich regeln.**
- 1113
- 1114

1115 **3. Digitalen und ökologischen Fortschritt in NRW voranbringen**

1118 Unser Ziel ist eine demokratische Digitalisierung, die moderne digitale Infrastrukturen und Services für alle Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche mit digitaler Souveränität verknüpft. Die Prinzipien von Kooperation, Beteiligung und Transparenz sind im Zuge der Digitalisierung gegenüber privatwirtschaftlichen Gewinninteressen bislang zu kurz gekommen, obwohl „open innovation- und open source-Ansätze“ hier vielfältige Möglichkeiten eröffnen.

1128 Die Monopolisierung auf digitalen Märkten durch den massiven Technologievorsprung der großen IT-Konzerne droht, die Stärken der deutschen und europäischen Wirtschaft dauerhaft zu unterlaufen. Gelingt ein spezifisch europäischer Weg der Digitalisierung, gewinnen wir nicht nur mehr gesellschaftliche Kontrolle, sondern auch mehr Wettbewerb und wirtschaftliche Entwicklungschancen für start ups, Mittelstand und Industrie.

1138 Zu lange unterschätzt wurden die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Umwelt. Die fortschreitende Digitalisierung hat einen größeren Energie- und Rohstoffverbrauch zur Folge. Angesichts des Klimawandels ist es daher notwendig, Digitalisierung nachhaltig zu gestalten, an den Klimaschutzziele ausgerichtet, aber ohne die Innovationskraft der Digitalisierung zu bremsen. So wird die Digitalisierung zum Chancentreiber für Umwelt- und Klimaschutz.

1148 **Unsere Position:**

- 1150 • **Wir fordern die flächendeckende Verfügbarkeit von Gigabit-Anschlüssen. Zu einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur gehören auch schnelle Mobilfunknetze, sowohl in urbanen Gebieten als auch im ländlichen Raum. Unser Ziel ist ein flächendeckendes Netz mit LTE und darauf aufbauend 5G. Dort, wo der Marktausbau versagt, muss der Staat eingreifen und für die Infrastruktur Sorge tragen.**
- 1151
- 1152
- 1153
- 1154
- 1155
- 1156
- 1157
- 1158 • **NRW verdient eine eigene öffentliche Infrastruktur bei Clouddiensten und damit verbundenen physischer digitaler Infrastruktur.**
- 1159
- 1160
- 1161 • **Rechtzentren in NRW müssen klimaneutral wer-**

senhafte Entlassungen und Insolvenzen zu verhindern. Hier müssen bestehende Überbrückungs- und Kreditprogramme angepasst werden, um ihre gewollte Wirkung zu entfalten.

Gleichzeitig muss die Innovationskraft, die in diesen Branchen liegt, gefördert werden. Auch mit Corona gibt es Wege, wie Veranstaltungen, Gastronomie und andere Wirtschaftsfelder wieder möglich werden. Richtungsweisend ist das Förderprogramm zur Umrüstung von Klimaanlagen, um die Ansteckungsgefahr zu verringern. Aus eigener Kraft wäre eine solche Investition für viele Unternehmen nicht zu stemmen. Es gibt weitere Ansätze, die geprüft und dann ggf. gefördert werden könnten.

Die Corona-Krise hat uns vor Augen geführt, wie sehr ganze Länder, Wirtschaftssektoren, Unternehmen und Beschäftigte aufeinander angewiesen sind. Gerade in NRW leben viele Dienstleistungsunternehmen und deren Beschäftigte von der Wertschöpfung und den Aufträgen der Industrie. Aber ohne ErzieherInnen, VerkäuferInnen oder TransportarbeiterInnen ist die Industrie nicht produktiv. Ohne ein starkes Gesundheits- und Bildungssystem sind Wirtschaft und Wohlstand ungeschützt und krisenanfällig. Die Corona-Krise zeigt uns drastisch, wo wir in NRW noch besser werden müssen.

Für die Sozialdemokratie müssen sich Investitionen daher an drei Kriterien ausrichten: wir wollen ökonomischen, ökologischen und sozialen Fortschritt. Wir wollen in neue digitale und klimaschonende Technologien investieren, in ein besseres und gerechteres Bildungssystem und nicht zuletzt in einen besseren Sozialstaat, der Leistungsgerechtigkeit, Sicherheit und Zusammenhalt garantieren kann.

Eine zentrale Säule, auf der der Wohlstand in NRW aufbaut, ist der europäische Binnenmarkt. Im Jahr 2019 erwirtschaftete die Beschäftigten in NRW Exporterlöse von über 190 Mrd. EUR, das sind 27 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung. Ein Großteil davon geht in die europäischen Nachbarländer. Aber auch die USA und China sind wichtige Handelspartner. Gerade in Zeiten, in denen die Globalisierung ihre Dynamik ändert, ist der Zusammenhalt und die politische Gestaltung im Rahmen der Europäischen Union wesentlich. Der Brexit zeigt, dass die Existenz dieser EU und des Binnenmarktes bedroht ist, wenn keine solidarischen Antworten gefunden werden. Der europäische Wiederaufbaufonds ist ein historisch wichtiger Beitrag für eine solche solidarische Antwort.

Zahlreiche ArbeitnehmerInnen arbeiten derzeit im Homeoffice und spüren den Fortschritt der Digitalisierung in bislang nicht gekanntem Ausmaß. Millionen Beschäftigte haben unter Beweis gestellt, dass die Arbeit von Zuhause funktionieren kann. Perspektivisch braucht es

- 1162 den.
- 1163 • **Wir wollen die umweltfreundliche Gestaltung von**
- 1164 **digitalen Geräten und ein Recht auf Reparatur.**
- 1165 • **Wir wollen open-source-Ansätze besonders för-**
- 1166 **dern, durch verstärkte Forschungsförderung und**
- 1167 **die besondere Berücksichtigung bei öffentlichen**
- 1168 **Beschaffungen.**
- 1169 • **Wir wollen Wettbewerbsverzerrung vermeiden und**
- 1170 **daher eine Trennung von Marktplatzbetreibern und**
- 1171 **Anbietern auf eben diesen Marktplätzen (z.B. bei**
- 1172 **Amazon).**
- 1173 • **Es braucht die Verpflichtung großer digitaler Platt-**
- 1174 **formen zu Interoperationalität und Datenteilung.**
- 1175 • **Wir brauchen eine Digitalagentur, die Plattformen**
- 1176 **beaufsichtigt und reguliert.**

1178 Der Klimawandel bleibt die zentrale Herausforderung

1179 des 21. Jahrhunderts. Und klar ist, der Markt allein wird

1180 es nicht regeln. Wir brauchen einen starken Staat, der

1181 beim Umbau für soziale Gerechtigkeit und den Schutz

1182 der Umwelt sorgt. Mit dem Bundesklimaschutzgesetz

1183 und dem Klimaschutzprogramm 2030 hat die SPD in der

1184 Bundesregierung die sozial-ökologische Transformation

1185 vorangetrieben. Die milliardenschweren staatlichen In-

1186 vestitionen bieten jetzt die Chance, sie weiter entschei-

1187 dend voranzubringen.

1189 Wir SozialdemokratInnen begreifen Klimaschutz vor al-

1190 lem auch als Motor für eine gute wirtschaftliche Ent-

1191 wicklung zur Schaffung neuer und zukunftsfester Ar-

1192beitsplätze. Unser Ziel muss es sein, durch kluge Po-

1193 litik die sozial-ökologische Transformation so voranzu-

1194 bringen, dass ihr der Markt folgt. Dazu gehört zunächst

1195 die Setzung von klaren Standards (z.B. Pfad zum Um-

1196 stieg auf klimafreundliche Antriebe bei allen Verkehrs-

1197 trägern), Zielvorgaben (z.B. Ausbauziele für erneuerbare

1198 Energien) und Preisen.

1200 Um nur ein Beispiel zu nennen: Wir wollen die klima-

1201 neutrale Strahlproduktion in NRW. Dafür brauchen wir

1202 zusätzliche 130 Terrawattstunden Strom aus erneuer-

1203 baren Energien. Umgerechnet wären das 12.000 neue

1204 Windräder. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat es

1205 im Jahr 2019 auf lediglich 300 Windräder gebracht. Das

1206 wollen wir dringend ändern.

1208 Die Klimakrise ist mehr als nur eine Krise der Ökologie.

1209 Im Weltmaßstab sind arme und kranke Menschen über-

1210 proportional stark vom Klimawandel getroffen. Sie trifft

1211 aber auch hierzulande die Schwächeren ungleich stär-

1212 ker. Denn ihnen fehlen im Allgemeinen die Mittel, sich

1213 wirksam gegen Klimaveränderungen zu schützen. Die

1214 notwendige Umstellung ihres Konsum- und Mobilitäts-

1215 verhaltens können sie sich häufig nicht leisten. Außer-

1216 dem drohen durch den digital-ökologischen Umbau un-

1217 serer Wirtschaft genau ihre Arbeitsplätze wegzufallen.

1218 Es liegt also in der Verantwortung der Sozialdemokra-

1219 tie, dass aus der Klimakrise keine soziale Krise wird.

daher endlich einen rechtlichen Rahmen, der Sicherheit gibt und noch mehr Beschäftigten das Homeoffice ermöglicht.

Onlinehandel, virtuelle Austauschformen und digitalisierte Prozesse in Unternehmen nehmen weiter Fahrt auf. Selbst dort, wo wie etwa in der Pflege oder auch im Tourismus, der Kultur oder der Gastronomie die direkten Begegnungen von Menschen für unsere Lebensqualität auch künftig unabdingbar sind, erleichtern digitale Lösungen bereits häufig das Leben. Die Debatte um die Corona-App hat gezeigt, wie wichtig dabei die digitale Souveränität für jede Einzelne und jeden Einzelnen ist. Parallel legt die Krise die Mängel in NRW bei der Glasfaserinfrastruktur, beim digitalen Lernen in Schule und Hochschule oder auch bei den Server- und Datenverarbeitungskapazitäten oder den digitalen Plattformen schonungslos offen.

Der gesellschaftliche Umbau zu einer klimafreundlichen Wirtschaft ist nicht nur eine technologische Frage, sondern auch und zuvorderst eine Frage der Verteilung von Wohlstand. Wer um seinen Arbeitsplatz bangen muss oder durch Einkommensverluste seine Miete nicht mehr zahlen kann, wird schwer für Klimaschutzauflagen oder höhere Preise zu gewinnen sein. Trotzdem ist klar, dass unsere Wirtschaft klimagerecht umgestaltet werden muss, wenn sie zukunftsfähig bleiben will. Deutschland und Europa werden bis zum Jahr 2050 klimaneutral sein. Auf diesem Weg müssen wir auch die Bedürfnisse der KMU und ihren Beschäftigten im Blick behalten – schließlich stellen diese in NRW einen ganz erheblichen Teil der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze und spielen eine wichtige Rolle im Bereich Innovation und Nachhaltigkeit. Wir stellen fest: Der Klimaschutz ist ein Innovations- und Jobmotor. Jedoch werden wir dafür Sorge tragen, dass dabei niemand unter die Räder gerät – sei es beruflich oder finanziell. Nur so sichern wir eine breite Akzeptanz für die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft.

Damit NRW das wirtschaftliche Schwergewicht im Herzen Europas bleibt, setzen wir auf Fortschritt: durch neues Wissen, technologische Innovationen und soziale Rechte. Unsere Vision ist gesellschaftlicher Fortschritt der durch Solidarität gelingt.

1. Ein aktiver Staat für den solidarischen Fortschritt

Der Neustart erfolgt im Dialog. Wenn wir erfolgreich sein wollen, dann müssen wir die unterschiedlichen Interessen in Einklang bringen. Es gilt Interessen von Beschäftigten, Gewerkschaften, Umweltverbänden, Kapitaleigentümern und vielen mehr abzuwägen. Anderenfalls droht die erneute Polarisierung, wie wir sie bereits heute in vielen gesellschaftlichen Fragen erleben. Politik hat das Wohl der Gesellschaft als Ganzes und für die künftigen Generationen in den Blick zu nehmen. Stra-

1220
1221
1222
1223
1224
1225
1226
1227
1228
1229
1230
1231
1232
1233
1234
1235
1236
1237
1238
1239
1240
1241
1242
1243
1244
1245
1246
1247
1248
1249
1250
1251
1252
1253
1254
1255
1256
1257
1258
1259
1260
1261
1262
1263
1264
1265
1266
1267
1268
1269
1270
1271
1272
1273
1274
1275
1276
1277

Unsere Position:

- **Der Strukturwandel in der NRW-Energieproduktion muss weiter struktur- und arbeitsmarktpolitisch begleitet werden. In der Zukunftsagentur Rheinisches Revier müssen die Kommunen besser beteiligt werden. Die Ruhrkonferenz muss zu einem Forum für eine gemeinsame Entwicklungsstrategie weiterentwickelt werden.**
- **Wir stehen für die nachhaltige Modernisierung unserer Industrie als Kern einer erfolgreichen Wirtschaft ein. Die klimafreundliche und digitale Transformation der NRW-Industrie verlangt umfassende Anstrengungen der öffentlichen Hand, der Tarifparteien, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft. Hierzu haben wir einen umfassenden industriepolitischen Antrag vorgelegt, auf den wir an dieser Stelle verweisen.**
- **Ausbau der Erneuerbaren Energien: bis 2023 soll in NRW 30% des Gesamtenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energien gedeckt werden, was für die beiden wichtigsten Energieträger der Erneuerbaren einen jährlichen durchschnittlichen Nettozubaue in Höhe von etwa 900 MW bei Photovoltaik und bei etwa 600 MW bei Windkraft bedeutet; dabei soll eine verbindliche Ertragsbeteiligung für BürgerInnen und Kommunen eingeführt werden und die Flächeninanspruchnahme pro Kommune 10% der Potenzialfläche (Gesamtüberfläche abzüglich harter Tabubereiche) nicht überschreiten.**
- **Wir stehen für eine umfassende Berücksichtigung der Verteilungswirkung von Klimaschutzmaßnahmen und wo nötig Einführung von sozialen Ausgleichsmaßnahmen, wie etwa der Klimaprämie oder auch durch eine steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit.**
- **Wir werden einen Plan für eine neue Finanzierungsstruktur zum Ausbau und zur attraktiveren Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs entwickeln.**
- **Es braucht die Neuausrichtung der Steuer- und Subventionspolitik an klimapolitischen Zielen, z.B. durch eine stärkere CO2-Komponente der Kfz-Steuer, oder die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen.**
- **Wir fordern die Ausgabe von „Green Bonds“ für nachhaltige Investitionen und zur Stärkung der Märkte für nachhaltige Finanzprodukte.**

4. NRW braucht ein starkes Europa

Zur Krisenbewältigung gehört auch eine Neugestaltung internationaler Wirtschaftsbeziehungen. Dabei gilt es in einem schon vor der Krise veränderten internationalen Umfeld die strategischen Interessen der deutschen und europäischen Wirtschaft zu wahren. Im Mittelpunkt stehen dabei der Erhalt und die Weiterent-

tegische Projekte für technologische und soziale Innovationen müssen sich diesen Gemeinwohlzielen unterordnen. Dabei geht es nicht um die spezifische Technikauswahl, wohl aber um klare Ziele, wie etwa Umweltgrenzwerte und Indikatoren der sozial gerechten Wohlstandsverteilung.

Als Querschnittsaufgabe und wichtige Grundlage für eine dauerhaft an diesen Zielen ausgerichtete Wirtschafts- und Industriepolitik (s. auch Antrag zu Industriepolitik) ist die Sicherung einer allgemein zugänglichen, öffentlich kontrollierten und modernen Infrastruktur erforderlich. In diesem Rahmen sind und bleiben die Initiativen von InnovatorInnen, GründerInnen und UnternehmerInnen in privaten und öffentlichen Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und wissenschaftlichen Institutionen wesentliche Treiber für die wirtschaftliche Dynamik, die es zu fördern gilt.

Unsere Position:

- **NRW benötigt eine Infrastrukturoffensive für eine moderne, öffentliche Infrastruktur in den Bereichen Gesundheit, Wohnen, nachhaltiger Mobilität und Digitalisierung.**
- **Staatliche Konjunkturprogramme (Kredite, Beteiligungen, Zuschüsse) müssen an die Tariftreue, Mitbestimmung, gesetzeskonforme und transparente Besteuerung, Ausbildungssicherung und Klimaschutzziele geknüpft werden.**
- **Die anstehende Transformation fordert insbesondere den Automobil- und Chemiesektor, welche in NRW eine herausragende Bedeutung haben. Nach dem Vorbild der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ braucht es daher Planungssicherheit und klare Rahmenbedingungen unter Einbeziehung der Sozialpartner.**
- **Wir wollen bedarfsorientierte Innovationsplattformen zur Vernetzung der betroffenen Branchen. Unternehmen, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik müssen an einem Strang ziehen, z.B. bei Fragen der Wasserstoffwirtschaft, der neuen Mobilität oder der demokratischen Digitalisierung.**
- **Die zur Stabilisierung der Wirtschaft erforderlichen staatlichen Beteiligungen bei privaten Unternehmen (z.B. bei Lufthansa) müssen mit wirksamen Mitspracherechten bei Unternehmensentscheidungen verknüpft werden, um Gemeinwohlansprüche sowie eine angemessene Rückvergütung für die gewährten Hilfen zu sichern; hier sollten kollektiv geregelte Mitarbeiterkapitalbeteiligungen als weitere, ergänzende Option gefördert werden.**
- **„Durch einen bei der KfW aufgesetzten oder staatlichen Fonds soll Kapital für innovative Neugründungen zur Verfügung gestellt werden.“**

1278 wicklung eines sozial und ökologisch regulierten EU-
1279 Binnenmarktes. Dazu sind massive politische Schritte
1280 und grundlegende Reformen der EU erforderlich, die Eu-
1281 ropa endlich mit einer handlungsfähigen und demokra-
1282 tisch kontrollierten Wirtschaftsregierung ausstatten.

1283
1284 Dies ist auch, aber nicht nur eine Antwort auf den
1285 aggressiven wirtschaftlichen Nationalismus, der insbe-
1286 sondere die derzeitige US-amerikanischen Regierung
1287 („America first“) wie auch die chinesische Staatsfüh-
1288 rung („Made in China 2025“) betreiben. Dabei bleiben
1289 faire und offene Handelsbeziehungen ein sinnvolles
1290 Mittel der Außenwirtschaftspolitik. Sie sind jedoch kein
1291 Selbstzweck. Die Grundversorgung unserer Volkswirt-
1292 schaften, ihre dauerhafte technologische Souveränität
1293 und die Erfüllung unserer Gemeinwohlziele müssen
1294 Bestandteil einer neuen Globalisierung werden. Dabei
1295 sind und bleiben die großen Wirtschaftsmächte eben-
1296 so wie die Schwellen- und Entwicklungsländer unsere
1297 Partner, deren Zugang zu unseren Märkten von ihrem
1298 jeweiligen Entwicklungsstand und der Erfüllung sozialer
1299 und ökologischer Standards abhängig sein müssen.

1300

1301 **Unsere Position:**

1302

- 1303 • **Die fordern die umgehende Umsetzung der Be-**
- 1304 **schlüsse der EU zum Wiederaufbaufonds mitsamt**
- 1305 **seinen historisch wichtigen Innovationen wie der**
- 1306 **gemeinsamen Kreditaufnahme und eigenen Steu-**
- 1307 **ereinnahmen für die EU.**
- 1308 • **Im Zuge des Green New Deal müssen zur Vermei-**
- 1309 **dung von umweltbedingten Marktverzerrungen**
- 1310 **(„carbon leakage“) Grenzausgleichsmechanismen**
- 1311 **für CO2-Emissionskosten auf europäischer Ebene**
- 1312 **geschaffen werden.**
- 1313 • **Wir müssen kritische Wertschöpfungsbereiche wie**
- 1314 **der Medikamentenversorgung oder der medizini-**
- 1315 **schen Schutzausrüstung durch entsprechende Auf-**
- 1316 **lagen sichern.**
- 1317 • **Es braucht die Aufnahme von verbindlichen, d.h.**
- 1318 **auch sanktionierbaren Sozial- und Umweltstan-**
- 1319 **dards gleichberechtigt mit den Gewinnsicherungs-**
- 1320 **mechanismen für private Unternehmen in die Han-**
- 1321 **delsverträge der EU mit Drittländern.**

1322

1323 **5. Regionale Stärken in NRW nutzen**

1324

1325 Viele Kommunen sind infolge jahrzehntelangen Struk-
1326 turwandels und einer unzureichenden Lastenverteilung
1327 zwischen Bund, Land und Kommunen überschuldet. Ih-
1328 nen fehlten schon vor der Corona-Krise die Mittel für In-
1329 vestitionen, aber auch für ausreichend Personal für die
1330 Erledigung wachsender Aufgaben. Stärken in bestimm-
1331 ten Branchen und Clustern sind höchst unterschied-
1332 lich verteilt. Ballungsregionen mit Hochschulen und
1333 Forschungseinrichtungen verfügen über andere Mög-
1334 lichkeiten und Probleme als ländliche Räume, mit mit-
1335 telständischer Unternehmensstruktur oder hohen Aus-

**2. Gute Arbeit ist systemrelevant – in der Krise und da-
nach**

Der Vergleich mit der letzten Finanzkrise macht es
deutlich: Als „systemrelevant“ werden nun in der öf-
fentlichen Debatte nicht mehr die Banken bezeich-
net, sondern insbesondere die Beschäftigten in vielen
– oft schlecht bezahlten, vielfach kaum abgesicherten
und zum überwiegenden Teil von Frauen ausgeübten
– Dienstleistungsberufen. Und das ist gut so. Dazu ge-
hören zuvorderst das Personal im Gesundheits- und Bil-
dungswesen, aber auch in der Logistik oder der Energie-
und Abfallwirtschaft oder dem Einzelhandel. Gerade bei
den sozialen Dienstleistungen stehen aber den offen-
kundigen enormen Leistungen und Belastungen der –
meist weiblichen – Beschäftigten schon vor der Krise
keine angemessene Absicherung und Bezahlung gegen-
über.

Es fehlt zudem oft an gewerkschaftlicher Organisation
und betrieblicher Mitbestimmung. Diese gilt es umfas-
send und in allen Bereichen zu stärken. Mit dieser Stär-
kung im Rücken kann es gelingen, die Rahmenbedin-
gungen für Arbeit sowohl in den Dienstleistungsbran-
chen wie auch in der Industrie deutlich zu verbessern.
Arbeitszeitverkürzung und familienfreundliche Arbeits-
zeitmodelle, höhere Löhne, Aufwertung von bislang un-
terbezahlten Dienstleistungsberufen und breite soziale
Absicherung sind die Grundlage, um durch die Krise zu
kommen und den Menschen Optimismus und Vertrau-
en in die Zukunft zu geben. Das stärkt im Übrigen auch
die Binnennachfrage, und kommt den Unternehmen in
unserem Land zugute. Politik für gute Arbeit ist gleich-
zeitig Wirtschaftsförderung.

Unsere Position:

- **Wir wollen bessere Arbeitszeiten in den sozialen**
- Dienstleistungen durch Verbesserung der gesetzli-**
- chen Personalschlüssel, um auch so mehr Fachkräf-**
- te zu gewinnen.**
- **Wir wollen mehr bezahlte Aus- und Weiterbildung,**
- zudem muss die Kapazität der Berufskollegs ausge-**
- baut werden.**
- **Wir wollen volle Gewerkschaftsrechte für alle Be-**
- schäftigten, auch für WerkvertragsarbeiterInnen**
- oder Beschäftigte in kirchlichen Einrichtungen**
- **und volle Arbeitnehmerrechte für Beschäftigten im**
- Bereich der Dienstleistungsplattformen inkl. digita-**
- ler Zugangsrechte für Gewerkschaften.**
- **Wir wollen Ausbildungsplätze sichern. Wir wol-**
- len einen steuerlich finanzierten „Solidarfonds**
- Ausbildung“, der aufbauend auf der Corona-**
- Ausbildungsprämie mittelfristig Unternehmen in**
- wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei dem Angebot**
- von Berufsausbildung unterstützt.**
- **Wir müssen die Rechte von Betriebsräten auswei-**
- ten, z.B. bei der Einführung neuer digitaler Systeme**

1336 pendlerzahlen. Die Herausforderungen des Rheinischen
1337 Reviers mit dem anstehenden Ausstieg aus der Braun-
1338 kohleverstromung sind andere, als die in Südwestfalen
1339 mit seinen kleineren Automobilzulieferern oder jene in
1340 der attraktiven Universitätsstadt Münster mit einer at-
1341 traktiven Hochschul- und Forschungslandschaft in der
1342 Nachbarschaft zum Ruhrgebiet.

1343
1344 Auf diese regionalen Unterschiede müssen die nun an-
1345 stehenden Konjunktur- und Strukturwandelprogram-
1346 me im Sinne einer regionalisierten Struktur- und Wirt-
1347 schaftspolitik eingehen und dazu die jeweiligen regio-
1348 nalen Akteure, einschließlich Sozialpartner, Kommun-
1349 en, Zivilgesellschaft etc. einbinden. Hier verfügt NRW
1350 mit seinen 16 Regionalagenturen über eine gute und
1351 ausbaufähige Lenkungsstruktur, die in diesem Zusam-
1352 menhang genutzt werden sollte.

1353
1354 **Unsere Position:**

- 1355
- 1356 • **Es braucht regionale Konjunktur- und Wirtschafts-**
- 1357 **dialoge, gemäß der 16 Regionalagentur-Bezirke, die**
- 1358 **besondere Stärken und regionale Anforderungen**
- 1359 **für Konjunkturfördermaßnahmen erarbeiten.**
- 1360 • **Wir wollen regionale Innovationsplattformen för-**
- 1361 **dern, bestehend aus Unternehmen, der Politik und**
- 1362 **den Sozialpartnern (ähnlich der Forschungscluster**
- 1363 **an Universitäten), zur Konzeption von regionaler**
- 1364 **Schwerpunktsetzung und Schaffung von Synergien**
- 1365 **in den Bereichen Produktion, Logistik und Dienst-**
- 1366 **leistungen.**
- 1367 • **Zur Erprobung, der in diesen Innovationsplattfor-**
- 1368 **men erarbeiteten Konzepte, sollten nach dem Vor-**
- 1369 **bild der Innovation City Bottrop auch in weiteren**
- 1370 **Kommunen mit passenden Voraussetzungen ver-**
- 1371 **gleichbare Reallabore angestoßen werden.**
- 1372 • **Es braucht die gezielte Förderung von Klein- und**
- 1373 **Kleinstunternehmen mit Wachstumsperspektive in**
- 1374 **neuen Wirtschaftszweigen, wie E-Sports, regiona-**
- 1375 **ler Kreislaufwirtschaft etc.**

1376
1377 **Gesundheit und Pflege: Es braucht mehr Solidarität im**
1378 **System**

1379
1380 Sozialdemokratische Gesundheits- und Pflegepolitik
1381 will allen Menschen eine gute Gesundheitsversorgung
1382 ermöglichen. Alle müssen unabhängig von Herkunft,
1383 Alter oder Geschlecht denselben Anspruch auf Versor-
1384 gung und gleiche Teilhabe am medizinischen Fortschritt
1385 haben. Dieser Anspruch auf Versorgung und Teilhabe
1386 gilt ebenso für pflegebedürftige Menschen. Sie bedür-
1387 fen der besonderen Solidarität. Wenn wir über soziale
1388 Sicherheit sprechen, dann ist das der Kern.

1389
1390 **Unsere Position:**

- 1391
- 1392 • **Wir erleben im Gesundheitswesen häufig, dass ge-**
- 1393 **macht wird, was sich finanziell rechnet. Das Han-**

und der Neuausrichtung von Unternehmen.

- **Die Möglichkeit des Arbeitgeber-Vetos bei der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen muss aufgehoben werden.**
- **Es braucht eine verschärfte strafrechtliche Verfolgung im Falle der Behinderung von Gewerkschaftsaktivitäten in Unternehmen („Union Busting“).**
- **Wir fordern wirksame Tariftreugesetze für öffentliche Aufträge.**
- **Es braucht die Ausweitung der Gültigkeit von Tarifverträgen auch für „arbeitnehmerähnliche“ Beschäftigte.**
- **Wir müssen das Recht auf ein mitarbeiterfreundliches Homeoffice gesetzlich regeln.**

3. Digitalen und ökologischen Fortschritt in NRW voranbringen

Die Prinzipien von Kooperation, Beteiligung und Transparenz sind im Zuge der Digitalisierung gegenüber privatwirtschaftlichen Gewinninteressen bislang zu kurz gekommen, obwohl „open innovation- und open source-Ansätze“ hier vielfältige Möglichkeiten eröffnen. Daher ist unser Ziel, die Digitalisierung, demokratisch zu organisieren.

Die Monopolisierung auf digitalen Märkten durch den massiven Technologievorsprung der großen IT-Konzerne droht, die Stärken der deutschen und europäischen Wirtschaft dauerhaft zu unterlaufen. Gelingt ein spezifisch europäischer Weg der Digitalisierung, gewinnen wir nicht nur mehr gesellschaftliche Kontrolle, sondern auch mehr Wettbewerb und wirtschaftliche Entwicklungschancen für start ups, Mittelstand und Industrie.

Zu lange unterschätzt wurden die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Umwelt. Die fortschreitende Digitalisierung hat einen größeren Energie- und Rohstoffverbrauch zur Folge. Angesichts des Klimawandels ist es daher notwendig, Digitalisierung nachhaltig zu gestalten, an den Klimaschutzziele ausgerichtet, aber ohne die Innovationskraft der Digitalisierung zu bremsen. So wird die Digitalisierung zum Chancentreiber für Umwelt- und Klimaschutz.

Unsere Position:

- **Wir fordern die flächendeckende Verfügbarkeit von Gigabit-Anschlüssen. Zu einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur gehören auch schnelle Mobilfunknetze, sowohl in urbanen Gebieten als auch im ländlichen Raum. Unser Ziel ist ein flächendeckendes Netz mit LTE und darauf aufbauend 5G. Dort, wo der Marktausbau versagt, muss der Staat eingreifen und für die Infrastruktur Sorge tragen.**
- **NRW verdient eine eigene öffentliche Infrastruktur bei Clouddiensten und damit verbundenen physi-**

- 1394 deln muss sich wieder daran ausrichten, was medi-
 1395 zinisch erforderlich und sinnvoll ist. Wir wollen da-
 1396 her die Abkehr vom Fallpauschalen-System.
 1397 • Nur eine auskömmliche Finanzierung des
 1398 Gesundheits- und Pflegewesens wird Löhne,
 1399 Arbeitsbedingungen und damit auch die Qualität
 1400 nachhaltig verbessern.
 1401 • Der Investitionsstau im Krankenhausbereich muss
 1402 dringend beseitigt werden. Notwendig ist ein Son-
 1403 derprogramm bis 2024 und ab sofort die Refinan-
 1404 zierung der erforderlichen Investitionskosten durch
 1405 das Land NRW.
 1406 • Die Pflegeversicherung muss von einer „Teilkasko-
 1407 in eine Vollkaskoversicherung“ umgewandelt wer-
 1408 den. Dafür brauchen wir die solidarische Bürgerver-
 1409 sicherung auch in der Pflege: eine solidarische Pfl-
 1410 egarantie.
 1411 • Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass der Öffent-
 1412 liche Gesundheitsdienst (ÖGD) unzureichend aus-
 1413 gestattet ist. Er muss deutlich aufgewertet, mo-
 1414 dernisiert und systematisch viel stärker aufgestellt
 1415 werden.
 1416 • Wir wollen pflegende Angehörige sozialversi-
 1417 cherungsrechtlich besser absichern, gleichzeitig
 1418 braucht es arbeitspolitischer Standards für Pflege-
 1419 kräfte in Privathaushalten. Wir wollen daher das
 1420 Pilotprojekt „Landespflegegesellschaft“ starten.

1421
 1422 **Es besteht Handlungsbedarf**

1423
 1424 Eine Frage der Gerechtigkeit: Gute Gesundheitsversor-
 1425 gung darf nicht vom Einkommen und nicht vom Wohn-
 1426 ort abhängen. In City-Lage oder attraktiven Bezirken
 1427 ist gute und barrierefreie medizinische Versorgung oft
 1428 Standard. Wir stellen jedoch fest, dass dieser Standard
 1429 auf ländliche und strukturschwache Regionen wie auch
 1430 für Stadtteile mit sozialen Problemen oftmals nicht zu-
 1431 trifft. Auf der einen Seite steigen die Sozialversiche-
 1432 rungsbeiträge regelmäßig, auf der anderen Seite wer-
 1433 den die alltäglichen Erfahrungen in bestimmten Teilen
 1434 unseres Gesundheitswesens schlechter. Das passt nicht
 1435 zusammen und nicht zuletzt die Corona-Pandemie lehrt
 1436 uns, dass dies ein im Zweifel lebens-gefährliches Spiel
 1437 ist.

1438
 1439 In NRW leben rund 770.000 pflegebedürftige Men-
 1440 schen. Rund drei Viertel von ihnen werden zu Hause ver-
 1441 sorgt. Pflege durch angehörige und FreundInnen muss
 1442 viel mehr in den Blick geraten und Unterstützung fin-
 1443 den. Denn Pflege ist nicht nur Privatsache. Diejenigen,
 1444 die sich um andere kümmern, lassen wir nicht allein.
 1445 Das Familienleben hat sich in den vergangenen Jahr-
 1446 zehnten verändert. Immer häufiger sind Sorge- und Er-
 1447 werbstätigkeit in Einklang zu bringen. Für sie kommt es
 1448 darauf an, dass sich Familien, privates Umfeld, ambu-
 1449 lante und stationäre Einrichtungen wirksam ergänzen.

1450
 1451 Die Corona-Pandemie führt schmerzlich vor Augen,

- scher digitaler Infrastruktur.
 • Rechenzentren in NRW müssen klimaneutral wer-
 den.
 • Wir wollen die umweltfreundliche Herstellung von
 digitalen Geräten und ein Recht auf Reparatur.
 • Wir wollen open-source-Ansätze besonders för-
 dern, durch verstärkte Forschungsförderung und
 die besondere Berücksichtigung bei öffentlichen
 Beschaffungen.
 • Wir wollen Wettbewerbsverzerrung vermeiden und
 daher eine Trennung von Marktplatzbetreibern und
 Anbietern auf eben diesen Marktplätzen (z.B. bei
 Amazon).
 • Es braucht die Verpflichtung großer digitaler Platt-
 formen zu Interoperationalität und Datenteilung.
 • Wir brauchen eine Digitalagentur, die Plattformen
 beaufsichtigt und reguliert.

Der Klimawandel bleibt die zentrale Herausforderung
 des 21. Jahrhunderts. Und klar ist, der Markt allein
 wird sie nicht lösen. Wir brauchen einen starken Staat,
 der beim Umbau für soziale Gerechtigkeit und den
 Schutz der Umwelt sorgt. Mit dem Bundesklimaschutz-
 gesetz, dem Klimaschutzprogramm 2030 und dem Kon-
 junkturprogramm hat die SPD in der Bundesregierung
 die sozial-ökologische Transformation vorangetrieben.
 Die milliardenschweren staatlichen Investitionen bie-
 ten jetzt die Chance, sie weiter entscheidend voranzu-
 bringen.

Wir SozialdemokratInnen begreifen Klimaschutz vor al-
 lem auch als Motor für eine gute wirtschaftliche Ent-
 wicklung zur Schaffung neuer und zukunftsfester Ar-
 beitsplätze. Unser Ziel muss es sein, durch kluge Po-
 litik die sozial-ökologische Transformation so voranzu-
 bringen, dass ihr der Markt folgt. Dazu gehört zunächst
 die Setzung von klaren Standards (z.B. Pfad zum Um-
 stieg auf klimafreundliche Antriebe bei allen Verkehrs-
 trägern), Zielvorgaben (z.B. Ausbauziele für erneuerba-
 re Energien) und Preisen (z.B. CO2-Preis auf fossile Heiz-
 und Kraftstoffe).

Um ein Beispiel zu nennen: Wir wollen die klimaneu-
 trale Strahlproduktion in NRW. Dafür brauchen wir per-
 spektivisch zusätzliche 130 Terrawattstunden Strom aus
 erneuerbaren Energien. Die schwarz-gelbe Landesregie-
 rung hat es im Jahr 2019 jedoch auf lediglich 300 Wind-
 räder gebracht. Unser Ziel ist es, dass jedes Bundes-
 land zwei Prozent seiner Flächen für die Gewinnung
 von Windenergie einsetzt. Bis 2040 soll der Strombedarf
 möglichst vollständig aus Wind- und Sonnenenergie ge-
 deckt werden.

Die Klimakrise ist mehr als nur eine Krise der Ökologie.
 Im Weltmaßstab sind arme und kranke Menschen über-
 proportional stark vom Klimawandel getroffen. Sie trifft
 aber auch hierzulande die Schwächeren ungleich stär-
 ker. Denn ihnen fehlen im Allgemeinen die Mittel, sich

1452 dass es im Bereich der Altenpflege Fehlentwicklungen
 1453 gegeben hat. Die Beschäftigten stehen vor massiven
 1454 Herausforderungen: Im Verhältnis stehen immer we-
 1455 niger Pflegenden einer immer größer werdenden Zahl
 1456 von Pflegebedürftigen gegenüber. Dieses Ungleichge-
 1457 wicht begründet sich vor allem in mangelnder Wert-
 1458 schätzung: Die Arbeitsbedingungen und Gehaltsstruk-
 1459 turen entsprechen nicht der Verantwortung, die durch
 1460 die Beschäftigten tagtäglich getragen wird. Hinzu kom-
 1461 men massive Probleme bei der Ausbildung. Das sind
 1462 denkbar schlechte Voraussetzungen – echte Wertschät-
 1463 zung sieht anders aus.

1464
 1465 Hinzu kommen finanzielle Herausforderungen für Pfl-
 1466 gebedürftige und ihre Angehörigen: Inzwischen sind
 1467 rund ein Drittel der Pflegebedürftigen in der statio-
 1468 nären Altenpflege auf Sozialhilfe angewiesen, weil sie
 1469 die Eigenanteile nicht mehr stemmen können. Durch-
 1470 schnittlich sind das in NRW monatlich rund 2.350 Euro.
 1471 Wenn wir von einer gesamtgesellschaftlichen Verant-
 1472 wortung sprechen, dann ist klar, dass es hier mehr Soli-
 1473 darität braucht. Gleichzeitig brauchen Pflegebedürftige
 1474 und Angehörige mehr Beratung. Darauf haben sie einen
 1475 gesetzlichen Anspruch. Pflegestützpunkte übernehmen
 1476 häufig diese Aufgabe – sie gilt es weiter zu stärken.
 1477

1478 Ein starkes Gesundheitswesen sowie verlässliche Pfl-
 1479 gestrukturen sind zudem ein echter Wettbewerbsvor-
 1480 teil. Wer hier spart, der gefährdet nicht nur die Ver-
 1481 sorgung, sondern auch den Wirtschaftsstandort NRW.
 1482 Nicht zuletzt die jüngsten Erfahrungen mit der Corona-
 1483 Pandemie haben gezeigt, dass NRW einen leistungsfä-
 1484 higen Gesundheits- und Pflegesektor braucht und auf
 1485 eine verlässliche öffentliche Infrastruktur in den Kom-
 1486 munen (ÖGD) angewiesen ist. Hinzu kommt, dass der
 1487 Gesundheits- und Pflegesektor in NRW in erheblichem
 1488 Umfang zur Schaffung neuer Beschäftigungsmöglich-
 1489 keiten, zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur volks-
 1490 wirtschaftlichen Wertschöpfung beiträgt.

1491
 1492 **Gesundheit und Pflege brauchen eine neue Basis**
 1493

1494 *Fallpauschalen-System überwinden*
 1495

1496 Das Handeln im Gesundheitswesen muss sich daran
 1497 ausrichten, was medizinisch erforderlich und sinnvoll
 1498 ist. Dabei halten wir fest an der Förderung des Prin-
 1499 zips „ambulant vor stationär“ sowie einer consequen-
 1500 ten Orientierung an besserer Qualität. Seit geraumer
 1501 Zeit erleben wir jedoch, speziell im Krankenhausbereich,
 1502 dass gemacht wird, was sich finanziell rechnet. Schuld
 1503 ist hier das sogenannte DRG-System (Diagnosis Related
 1504 Groups) – auch Fallpauschalensystem genannt. Es ba-
 1505 siert auf Durchschnittskosten.
 1506

1507 Konkret heißt das: Krankenhäuser erhalten pro Behand-
 1508 lungsfall eine feste Pauschale. Bleiben die Kosten dar-
 1509 unter, macht die Klinik Gewinn. Übersteigen die Kosten

wirksam gegen Klimaveränderungen zu schützen. Die
 notwendige Umstellung ihres Konsum- und Mobilitäts-
 verhaltens können sie sich häufig nicht leisten. Der CO2-
 Preis soll eine ökologische Lenkungswirkung entfalten,
 aber nicht zu sozialen Ungerechtigkeiten führen. Außer-
 dem drohen durch den digital-ökologischen Umbau un-
 serer Wirtschaft genau ihre Arbeitsplätze wegzufallen.
 Es liegt also in der Verantwortung der Sozialdemokra-
 tie, dass aus der Klimakrise keine soziale Krise wird.

Unsere Position:

- **Der Strukturwandel in der NRW-Energieproduktion muss weiter struktur- und arbeitsmarktpolitisch begleitet werden. In der Zukunftsagentur Rheinisches Revier müssen die Kommunen besser beteiligt werden. Die Ruhrkonferenz muss zu einem Forum für eine gemeinsame Entwicklungsstrategie weiterentwickelt werden.**
- **Wir stehen für die nachhaltige Modernisierung unserer Industrie als Kern einer erfolgreichen Wirtschaft ein. Die klimafreundliche und digitale Transformation der NRW-Industrie verlangt umfassende Anstrengungen der öffentlichen Hand, der Tarifparteien, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft. Hierzu haben wir einen umfassenden industriepolitischen Antrag vorgelegt, auf den wir an dieser Stelle verweisen.**
- **Grüner Wasserstoff ist für uns ein Kernelement nachhaltiger Industriepolitik. Dafür braucht es eine leistungsfähige Transportinfrastruktur und entsprechende internationale Produktions- und Lieferstrukturen.**
- **Ausbau der Erneuerbaren Energien: bis 2023 soll in NRW 30% des Gesamtenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energien gedeckt werden, was für die beiden wichtigsten Energieträger der Erneuerbaren einen jährlichen durchschnittlichen Nettozubaue in Höhe von etwa 900 MW bei Photovoltaik und bei etwa 600 MW bei Windkraft bedeutet; dabei soll eine verbindliche Ertragsbeteiligung für BürgerInnen und Kommunen eingeführt werden und die Flächeninanspruchnahme pro Kommune 10% der Potenzialfläche (Gesamtüberfläche abzüglich harter Tabubereiche) nicht überschreiten.**
- **Wir stehen für eine umfassende Berücksichtigung der Verteilungswirkung von Klimaschutzmaßnahmen. Wegen des absehbar steigenden CO2-Preises und weil der Umstieg auf klimaschonendere Alternativen nicht bei allen gleich schnell gelingen kann, wollen wir das System der CO2-Bepreisung mit der Einführung einer Pro-Kopf-Klimaprämie für alle Bürgerinnen und Bürger solidarisch weiterentwickeln. Damit werden besonders die unteren und mittleren Einkommen sowie Familien mit Kindern entlastet. Wer sich klimafreundlich verhält, der hat am Ende des Jahres netto mehr Geld in der Tasche.**
- **Wir werden einen Plan für eine neue Finanzie-**

1510 die Pauschale, macht die Klinik Verlust. Um die Behand-
 1511 lungskosten gering zu halten, wurde vor allem am Per-
 1512 sonal gespart und werden PatientInnen zu früh entlas-
 1513 sen. Zudem setzen Fallpauschalen Fehlanreize: Lukra-
 1514 tive Operationen oder Kaiserschnitte werden deutlich
 1515 häufiger durchgeführt als medizinisch notwendig. Das
 1516 Fallpauschalen-System hat also zu erheblichen Fehlent-
 1517 wicklungen geführt.

1518
 1519 Gesundheit und Pflege sind elementare Leistungen, die
 1520 sich am Menschen und nicht an der Gewinnmaximie-
 1521 rung von Unternehmen zu orientieren haben. Daher
 1522 braucht es unverzüglich eine Abkehr vom Fallpauschalensystem im Gesundheitswesen. Krankenhäuser gehö-
 1523 ren nicht länger auf den Kapitalmarkt, mit Daseinsvor-
 1524 sorge dürfen nicht länger Aktionärs-Wünsche befriedigt werden. Wohin diese Entwicklung geführt hat, zeig-
 1525 en die Schließungen kommunaler und freigemeinnüt-
 1526 ziger Krankenhäuser, obwohl sie für die Versorgung ge-
 1527 braucht werden. Im Gesundheitswesen muss der Ver-
 1528 sorgungsbedarf wieder im Vordergrund stehen. Hier-
 1529 für muss auch die sogenannte Krankenhausplanung auf
 1530 Landesebene durch den Staat viel mehr Einfluss und
 1531 Möglichkeiten bekommen.

1532
 1533
 1534 Überdeutlich zeigt sich die Fehlentwicklung durch das
 1535 Fallpauschalen-System in der Unterfinanzierung von
 1536 Kinderkliniken. Fachabteilungen für Kinder- und Ju-
 1537 gendmedizin werden von Krankenhausbetreibern ab-
 1538 gemeldet, weil sie sich nicht rechnen. Für die NRWSPD
 1539 ist daher klar: In diesem besonderen Fall braucht um-
 1540 gehend eine Grundfinanzierung für Kinderkliniken und
 1541 eine sofortige Abkehr vom Fallpauschalensystem.

1542
 1543
 1544 Und auch hier braucht es eine Abkehr: Regelmäßig
 1545 werden PatientInnen sog. „IGeL-Leistungen“ (Individu-
 1546 elle Gesundheitsleistungen) nahelegt. Das sind ärztliche,
 1547 zahnärztliche und psychotherapeutische Leistun-
 1548 gen, die Patienten grundsätzlich selbst bezahlen müs-
 1549 sen, weil sie nicht zum Leistungsumfang der gesetz-
 1550 lichen Krankenversicherungen gehören – aus gutem
 1551 Grund: Die gesetzlichen Krankenkassen dürfen nur Lei-
 1552 stungen bezahlen, die ausreichend, zweckmäßig und
 1553 wirtschaftlich sind. Viele der IGeL-Leistungen haben
 1554 aber nach erfolgter wissenschaftlicher Analyse keinen
 1555 Nutzen, sind medizinisch nicht notwendig oder nicht
 1556 wirtschaftlich. PatientInnen haben kaum eine Chance,
 1557 den medizinischen Nutzen sowie Qualität und Preis der
 1558 Angebote zu überprüfen und miteinander zu verglei-
 1559 chen.

1560
 1561 Notwendig sind verlässliche Finanzierungsgrundlagen,
 1562 mehr öffentliche Investitionen in Gesundheit und Pfl-
 1563 ge und der Schutz vor internationalen Kapitalinteres-
 1564 sen. Gewinne, die sich aus Sozialversicherungsbeiträ-
 1565 gen ergeben, dürfen nicht ins Ausland abfließen, son-
 1566 dern müssen lokal im Gesundheits- und Pflegesystem
 1567 investiert werden. Der Sozialstaat braucht wieder mehr

**rungsstruktur zum Ausbau und zur attraktiveren
 Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs
 entwickeln.**

- **Es braucht die Neuausrichtung der Steuer- und Subventionspolitik an klimapolitischen Zielen, z.B. durch eine stärkere CO2-Komponente der Kfz-Steuer oder die klare Orientierung der Subventionspolitik an Kriterien der Nachhaltigkeit.**
- **Wir fordern die Ausgabe von „Green Bonds“ für nachhaltige Investitionen und zur Stärkung der Märkte für nachhaltige Finanzprodukte.**

4. NRW braucht ein starkes Europa

Zur Krisenbewältigung gehört auch eine Neugestaltung internationaler Wirtschaftsbeziehungen. Dabei gilt es in einem schon vor der Krise veränderten internationalen Umfeld die strategischen Interessen der deutschen und europäischen Wirtschaft zu wahren. Im Mittelpunkt stehen dabei der Erhalt und die Weiterentwicklung eines sozial und ökologisch regulierten EU-Binnenmarktes. Dazu sind grundlegende Reformen der EU erforderlich.

Dies ist auch, aber nicht nur eine Antwort auf den aggressiven wirtschaftlichen Nationalismus, der insbesondere die chinesische Staatsführung („Made in China 2025“) wie auch zuletzt die US-amerikanische Regierung („America first“) unter Donald Trump betreiben bzw. betrieben hat. Dabei bleiben faire und offene Handelsbeziehungen ein sinnvolles Mittel der Außenwirtschaftspolitik. Sie sind jedoch kein Selbstzweck. Die Grundversorgung unserer Volkswirtschaften, ihre dauerhafte technologische Souveränität und die Erfüllung unserer Gemeinwohlziele müssen Bestandteil einer neuen Globalisierung werden. Dabei sind und bleiben die großen Wirtschaftsmächte ebenso wie die Schwellen- und Entwicklungsländer unsere Partner, deren Zugang zu unseren Märkten von ihrem jeweiligen Entwicklungsstand und der Erfüllung sozialer und ökologischer Standards abhängig sein müssen.

Unsere Position:

- **Die fordern die umgehende Umsetzung der Beschlüsse der EU zum Wiederaufbaufonds mitsamt seinen historisch wichtigen Innovationen wie der gemeinsamen Kreditaufnahme und eigenen Steuereinnahmen für die EU.**
- **Im Zuge des Green New Deal müssen zur Vermeidung von umweltbedingten Marktverzerrungen („carbon leakage“) Grenzausgleichsmechanismen für CO2-Emissionskosten auf europäischer Ebene geschaffen werden.**
- **Wir müssen kritische Wertschöpfungsbereiche wie der Medikamenten- und Impfstoffversorgung oder der medizinischen Schutzausrüstung durch entsprechende Auflagen sichern und die Produktionen**

1568 Einfluss und muss seine Verantwortung auch finanziell untermauern. Es braucht mehr Solidarität im System.
1569 Die Bürgerversicherung ist ein Baustein dieser Politik.
1570
1571

1572 *Von der Teilkasko- zur Vollkaskoversicherung in der Pflege*
1573
1574

1575 Es ist inakzeptabel, dass inzwischen rund ein Drittel der Pflegebedürftigen in der stationären Altenpflege wieder auf Sozialhilfe angewiesen ist. Die Pflegeversicherung wurde eingeführt, um Menschen im Alter vor Armut durch Pflegebedürftigkeit zu schützen. Dieser Schutz geht mehr und mehr verloren. Hat die Pflegeversicherung in ihren Anfangsjahren die Kosten für den Pflegeaufwand zumeist noch gedeckt, ist das seit langem nicht mehr der Fall. Neben steigenden Unterkunfts- und Verpflegungskosten sowie Investitionskosten müssen die BewohnerInnen auch immer höhere Anteile der Kosten tragen, welche die Pflege mit sich bringt. So belief sich der gesamte Eigenanteil für die BewohnerInnen in NRW auf 2.349,97 Euro (Stand 1.1.2019). Hinzu kommen perspektivisch steigende Ausgaben für mehr Personal und bessere Einkommen der Pflegenden.
1591

1592
1593 Wir wollen, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet oder Kinder großgezogen haben, nicht nach wenigen Jahren der eigenen Pflegebedürftigkeit zum Sozialamt müssen – dies ist auch eine Frage der Anerkennung von Lebensleistung.
1597

1598
1599 Die Pflegeversicherung muss daher von einer „Teilkasko in eine Vollkaskoversicherung“ umgewandelt werden. Zugleich muss eine Neuausrichtung auch mit Investitionen und einer größeren finanziellen Wertschätzung des Pflegepersonals einhergehen – beides erfordert größere finanzielle Mittel. Dafür muss mehr Geld ins System. Um diese Finanzierung sicherzustellen und dabei die Pflegebedürftigen vor Armutsrisiken zu schützen, brauchen wir einen Systemwechsel von der Pflegeversicherung hin zu einer solidarischen Pflegegarantie, also einer solidarischen Bürgerversicherung auch in der Pflege.
1609
1610
1611

1612 Alle BürgerInnen müssen in diese Sozialversicherung einbezahlen, die Trennung in private und soziale Pflegeversicherung entfällt, die Beitragsbemessung wird angehoben. Nur Unterkunft und Verpflegung sollen HeimbewohnerInnen weiterhin zahlen. Alle pflegerischen Leistungen werden von der Versicherung getragen. Der Investitionskostenanteil, welcher derzeit in NRW bei 518,76 Euro liegt, muss vom Land übernommen werden. Hier sollte NRW eine Vorreiterrolle einnehmen.
1620

1621
1622 *Behebung von Investitionsstaus*
1623

1624 Weil die Gesundheitsversorgung zur unmittelbaren Daseinsvorsorge gehört, muss auch das Land NRW seinen

in der EU koordinieren.

- **Es braucht die Aufnahme von verbindlichen, d.h. auch sanktionierbaren Sozial- und Umweltstandards gleichberechtigt mit den Gewinnsicherungsmechanismen für private Unternehmen in die Handelsverträge der EU mit Drittländern.**

5. Regionale Stärken in NRW nutzen

Viele Kommunen sind infolge jahrzehntelangen Strukturwandels und einer unzureichenden Lastenverteilung zwischen Bund, Land und Kommunen überschuldet. Ihnen fehlten schon vor der Corona-Krise die Mittel für Investitionen, sowie auch erforderliches Personal für die Erledigung wachsender Aufgaben. Stärken in bestimmten Branchen und Clustern sind höchst unterschiedlich verteilt. Ballungsregionen mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen verfügen über andere Möglichkeiten und Probleme als ländliche Räume, mit mittelständischer Unternehmensstruktur oder hohen Auspendlerzahlen. Die Herausforderungen des Rheinischen Reviers mit dem anstehenden Ausstieg aus der Braunkohleverstromung sind andere, als die in Südwestfalen mit seinen Automobilzulieferern oder jene in der attraktiven Universitätsstadt Münster mit einer attraktiven Hochschul- und Forschungslandschaft in der Nachbarschaft zum Ruhrgebiet.

Auf diese regionalen Unterschiede müssen die Konjunktur- und Strukturwandelprogramme im Sinne einer regionalisierten Struktur- und Wirtschaftspolitik eingehen und dazu die jeweiligen regionalen Akteure, einschließlich Sozialpartner, Kommunen, Zivilgesellschaft etc. einbinden. Hier verfügt NRW mit seinen 16 Regionalagenturen über eine gute und ausbaufähige Lenkungsstruktur, die in diesem Zusammenhang genutzt werden sollte.

Unsere Position:

- **Es braucht regionale Konjunktur- und Wirtschaftsdialoge, gemäß der 16 Regionalagentur-Bezirke, die besondere Stärken und regionale Anforderungen für Konjunkturfördermaßnahmen erarbeiten.**
- **Wir wollen regionale Innovationsplattformen fördern, bestehend aus Unternehmen, der Politik und den Sozialpartnern (ähnlich der Forschungscluster an Universitäten), zur Konzeption von regionaler Schwerpunktsetzung und Schaffung von Synergien in den Bereichen Produktion, Logistik und Dienstleistungen.**
- **Zur Erprobung, der in diesen Innovationsplattformen erarbeiteten Konzepte, sollten nach dem Vorbild der Innovation City Bottrop auch in weiteren Kommunen mit passenden Voraussetzungen vergleichbare Reallabore angestoßen werden.**
- **Es braucht die gezielte Förderung von Klein- und Kleinstunternehmen mit Wachstumsperspektive in**

1626 Finanzierungsverpflichtungen nachkommen. Im Kran-
1627 kenhausbereich geschieht das seit Jahrzehnten nicht.

1628

1629 Die Folgen sind einerseits veraltete Krankenhausgebäu-
1630 de und -geräte, andererseits moderne Krankenhäuser,
1631 für die am Personal gespart wurde, um die benötig-
1632 ten Investitionskosten zu erwirtschaften. Nach einem
1633 Gutachten des RWI (Leibniz-Institut für Wirtschaftsfor-
1634 schung) bezogen auf NRW werden für dringend not-
1635 wendige Investitionen jährlich rund 1,5 Mrd. Euro benö-
1636 tigt. Davon wurde in der Vergangenheit nur etwa ein
1637 Drittel vom Land bereitgestellt. Dadurch liegt der Inves-
1638 titionsstau in NRW aktuell bei über 12,5 Mrd. Euro. Not-
1639 wendig ist ein Sonderprogramm zur Behebung des In-
1640 vestitionsstaus bis 2024 und ab sofort die vollständige
1641 Refinanzierung der Investitionskosten durch das Land
1642 NRW.

1643

1644 Das bundespolitische Konjunkturpaket (2020) ist ein
1645 richtiger Schritt. Die Ausstattung der Krankenhäuser in
1646 Deutschland soll damit verbessert werden. Mit 3 Milliar-
1647 den Euro sollen Investitionen in Notfallkapazitäten, digi-
1648 tale Infrastruktur, in IT- und Cybersicherheit des Ge-
1649 sundheitswesens sowie in gezielte Entwicklung und
1650 Stärkung regionaler Versorgungsstrukturen gefördert
1651 werden. Das Engagement des Bundes muss nun verste-
1652 tigt werden.

1653

1654 Die Corona-Pandemie hat den Mehrbedarf an Personal
1655 in den Krankenhäusern und die Notwendigkeit einer ge-
1656 setzlichen Personalbemessung bewiesen und verstärkt.
1657 Für die NRWSPD steht fest: Nur durch eine auskömm-
1658 liche Finanzierung werden Löhne und Arbeitsbedin-
1659 gungen nachhaltig verbessert und damit letztlich auch
1660 Qualität. Das ist eine zentrale staatliche Aufgabe.

1661

1662 Die Deutsche Krankenhausgesellschaft, der Deutsche
1663 Pflegerat und ver.di fordern daher schnellstmöglich
1664 eine gesetzliche Personalbemessung in Form einer
1665 Pflegepersonal-Regelung 2.0 (PPR 2.0). Auch für die Be-
1666 reiche Intensiv- und Kinder- und Jugendmedizin so-
1667 wie für andere Berufsgruppen im Krankenhaus müs-
1668 sen zeitnah verbindliche Regelungen verankert werden.
1669 Alternativ könnten verbindliche Personal-Patienten-
1670 Schlüssel eingeführt werden. Das Ziel ist ein am Bedarf
1671 orientierter Personalstandard in der Pflege und allen
1672 anderen Berufsgruppen im Krankenhaus einschließlich
1673 Psychiatrien und Rehakliniken.

1674

1675 *Mehr Demokratie wagen*

1676 Im Angesicht historischer Herausforderungen, sowohl
1677 im Gesundheitswesen als auch in der Altenpflege,
1678 braucht es eine Re-Demokratisierung dieser Politikfel-
1679 der. Es ist richtig, dass Verbände und insbesondere Ge-
1680 werkschaften in diesem Kernbereich des Sozialstaats
1681 mitwirken. Die Selbstverwaltung, also die Mitbestim-
1682 mung der Versicherten in der gesetzlichen Krankver-
1683 sicherung ist Ausdruck davon. Sie verdient Wertschät-

neuen Wirtschaftszweigen, wie E-Sports, regiona-
ler Kreislaufwirtschaft etc.

Gesundheit und Pflege: Es braucht mehr Solidarität im System

Wir wollen, dass alle unabhängig von Herkunft, Alter oder Geschlecht denselben Anspruch auf Versorgung und gleiche Teilhabe am medizinischen Fortschritt haben. Dieser Anspruch auf Versorgung und Teilhabe gilt ebenso für pflegebedürftige Menschen. Sie bedürfen der besonderen Solidarität.

Unsere Position:

- **Wir erleben im Gesundheitsbereich häufig, dass gemacht wird, was sich finanziell rechnet. Das Handeln muss sich wieder daran ausrichten, was medizinisch erforderlich und sinnvoll ist. Wir wollen daher die Abkehr vom Fallpauschalen-System.**
- **Nur eine auskömmliche Finanzierung des Gesundheits- und Pflegebereichs wird Löhne, Arbeitsbedingungen und damit auch die Qualität nachhaltig verbessern.**
- **Der Investitionsstau im Krankenhausbereich muss dringend beseitigt werden. Notwendig ist ein Sonderprogramm bis 2024 und ab sofort die Refinanzierung der erforderlichen Investitionskosten durch das Land NRW.**
- **Die Pflegeversicherung muss von einer „Teilkasko in eine Vollkaskoversicherung“ umgewandelt werden. Dafür brauchen wir die solidarische Bürgerversicherung auch in der Pflege: eine solidarische Pflegegarantie.**
- **Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) unzureichend ausgestattet ist. Er muss deutlich aufgewertet, modernisiert und systematisch viel stärker aufgestellt werden.**
- **Wir wollen pflegende Angehörige sozialversicherungsrechtlich besser absichern, gleichzeitig braucht es arbeitspolitischer Standards für Pflegekräfte in Privathaushalten. Wir wollen daher das Pilotprojekt „Landespflegegesellschaft“, das wir nachfolgend erläutern, starten.**

Es besteht Handlungsbedarf

Es ist eine Frage der Gerechtigkeit: Gesundheitsversorgung darf nicht vom Einkommen und nicht vom Wohnort abhängen. In City-Lage oder attraktiven Bezirken ist umfangreiche und barrierefreie medizinische Versorgung oft Standard. Wir stellen jedoch fest, dass dieser Standard auf ländliche und strukturschwache Regionen wie auch für Stadtteile mit sozialen Problemen oftmals nicht zutrifft. Auf der einen Seite steigen die Sozialversicherungsbeiträge ständig, auf der anderen Seite werden die alltäglichen Erfahrungen in bestimmten Teilen

1684 zung.
 1685
 1686 Es darf jedoch nicht sein, dass Institutionen durch ihre
 1687 Dominanz zur unüberwindbaren Hürde werden. Es darf
 1688 nicht sein, dass beispielsweise der Gemeinsame Bun-
 1689 desausschuss (G-BA) zum „kleinen Gesetzgeber“ wird
 1690 oder gar das „Zentralkomitee des Gesundheitswesens“.
 1691 Politik muss wieder das letzte Wort haben.

1692
 1693 **Öffentliche Verantwortung für Gesundheit ist unerlässlich**
 1694 **lich**

1695
 1696 *Den Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken und moder-*
 1697 *nisieren*

1698
 1699 Die Corona-Pandemie hat gezeigt, welche zentrale Be-
 1700 deutung der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) – üb-
 1701 rigens eine für den Schutz der Gesundheit der Bevöl-
 1702 kerung hat. Diese Erfahrung hat jedoch auch offenge-
 1703 legt, dass der ÖGD strukturell unzureichend ausgestat-
 1704 tet ist und es vor allem an der notwendigen Perso-
 1705 nalausstattung selbst im Normalbetrieb mangelt. Stel-
 1706 lenabbau, lange Vakanzen bei der Neubesetzung von
 1707 Stellen und auch Arbeitsbedingungen wie Gehälter, die
 1708 als unattraktiv gelten, sind hierfür verantwortlich. Die-
 1709 se Entwicklungen haben die Gesundheitsvorsorge und
 1710 Prävention auf kommunaler Ebene dramatisch ausge-
 1711 dünnt.

1712
 1713 Mit einem „Pakt für den öffentlichen Gesundheits-
 1714 dienst“ – eine Initiative der SPD – hilft der Bund u.a. zu-
 1715 sätzlich erforderliche Stellen in den Gesundheitsämtern
 1716 zu finanzieren. Außerdem wird der Bund die Gesund-
 1717 heitsämter bei der technischen und digitalen Auf- und
 1718 Ausrüstung unterstützen.

1719
 1720 Künftig muss der ÖGD deutlich aufgewertet, moderni-
 1721 siert und gestärkt werden. Ansätze dafür liegen in einer
 1722 besseren Ausstattung, einer modernen Organisation,
 1723 einer Weiterentwicklung der Aufgabenfelder und einer
 1724 Digitalisierungsstrategie. Die digital unterstützte Mo-
 1725 dernisierung des ÖGD trägt dazu bei, die Leistungen des
 1726 ÖGD bürgernäher, teilhabeorientierter und serviceori-
 1727 entierter zu organisieren. Für die Gesundheitsfachberu-
 1728 fe können, wie international bereits üblich, neue gesell-
 1729 schaftliche Aufgabenfelder erschlossen werden, etwa in
 1730 der betrieblichen Gesundheitsförderung, der Schulge-
 1731 sundheitspflege oder Familiengesundheitspflege.

1732
 1733 *Attraktivere Rahmenbedingungen für Arbeit*
 1734

1735 Dem Fachkräftebedarf und dem zum Teil bereits be-
 1736 stehenden Fachkräftemangel in den Gesundheitsfach-
 1737 berufen müssen wir mit einer attraktiven, zeitgemä-
 1738 ßen Ausbildung begegnen. Die Kostenfreiheit der Aus-
 1739 bildung und der Anspruch auf eine angemessene Aus-
 1740 bildungsvergütung in allen Gesundheitsfachberufen
 1741 (Heilberufe) müssen verankert werden. Die Vorausset-

des Gesundheitsbereichs schlechter. Das passt nicht zu-
 sammen und nicht zuletzt die Corona-Pandemie lehrt
 uns, dass wir diese Schere wieder schließen müssen.

In NRW leben rund 965.000 pflegebedürftige Men-
 schen. Rund vier Fünftel von ihnen werden zu Hause ver-
 sorgt. Pflege durch Angehörige und FreundInnen muss
 viel mehr in den Blick geraten und Unterstützung fin-
 den. Denn Pflege ist nicht nur Privatsache. Diejenigen,
 die sich um andere kümmern, lassen wir nicht allein.
 Das Familienleben hat sich in den vergangenen Jahr-
 zehnten verändert. Immer häufiger sind Sorge- und Er-
 werbstätigkeit unter großem Kraftaufwand in Einklang
 zu bringen. Daher müssen sich ambulante und statio-
 näre Angebote passgenau an die Erfordernisse der Zu-
 pflegenden und deren Familien ausrichten.

Die Corona-Pandemie führt schmerzlich vor Augen,
 dass es im Bereich der Altenpflege Fehlentwicklungen
 gegeben hat. Die Beschäftigten haben massive Heraus-
 forderungen zu bewältigen: Im Verhältnis stehen im-
 mer weniger Pflegenden einer immer größer werden-
 den Zahl von Pflegebedürftigen gegenüber. Dieses Un-
 gleichgewicht begründet sich vor allem in mangelnder
 Wertschätzung: Die Arbeitsbedingungen und Gehalts-
 strukturen entsprechen nicht der Verantwortung, die
 durch die Beschäftigten tagtäglich getragen wird. Hin-
 zu kommen massive Probleme bei der Ausbildung. Das
 sind denkbar schlechte Voraussetzungen – echte Wert-
 schätzung sieht anders aus.

Hinzu kommen finanzielle Herausforderungen für Pfl-
 egebedürftige und ihre Angehörigen: Inzwischen sind
 rund ein Drittel der Pflegebedürftigen in der stationären
 Altenpflege auf Sozialhilfe angewiesen, weil sie die Ei-
 genanteile nicht mehr stemmen können. Durchschnitt-
 lich sind das in NRW monatlich rund 2.460 Euro. Für
 uns sind die finanziellen Auswirkungen keine Privatan-
 gelegenheit, sondern eine gesamtgesellschaftliche Auf-
 gabe, die nur solidarisch gelöscht werden kann. Gleich-
 zeitig brauchen Pflegebedürftige und Angehörige mehr
 Beratung. Pflegebedürftige und Angehörige haben ei-
 nen gesetzlichen Anspruch auf qualifizierte Beratung
 durch die sog. Pflegestützpunkte. Dieses Beratungsan-
 gebot gilt es auszubauen.

Ein starker Gesundheitsbereich sowie verlässliche Pfl-
 egestrukturen sind zudem ein echter Wettbewerbsvor-
 teil. Wer hier spart, der gefährdet nicht nur die Ver-
 sorgung, sondern auch den Wirtschaftsstandort NRW.
 Nicht zuletzt die jüngsten Erfahrungen mit der Corona-
 Pandemie haben gezeigt, dass NRW einen leistungs-
 fähigen Gesundheits- und Pflegesektor braucht und auf
 eine verlässliche öffentliche Infrastruktur in den Kom-
 munen (ÖGD) angewiesen ist. Hinzu kommt, dass der
 Gesundheits- und Pflegesektor in NRW in erheblichem
 Umfang zur Schaffung neuer Beschäftigungsmöglich-
 keiten, zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur volks-

1742 zung sind attraktive Ausbildungsbedingungen und ei-
 1743 ne gute Ausbildungsqualität. Dafür werden einheitli-
 1744 che Standards in den Gesundheitsfachberufen benö-
 1745 tigt. Dies betrifft die Qualitätsstandards für die theore-
 1746 tische und praktische Ausbildung (u. a. zur Praxisanlei-
 1747 tung, Qualifikation der Lehrkräfte). Aber auch die Aus-
 1748 bildungsstrukturen sollten stärker harmonisiert wer-
 1749 den, hin zu einer stärkeren Angleichung an das duale
 1750 System (Betrieb als Ausbildungsträger, Ausbildungsver-
 1751 trag des Betriebs mit den Auszubildenden, Schutzrechte
 1752 für Auszubildende).

1753
 1754 Die Ausbildung in einem Kernbereich des Sozialstaats
 1755 darf nicht leichtfertig dem Markt überlassen werden.
 1756 Es ist eine Investition in Wertschätzung, Qualität und
 1757 letztlich auch die Zukunft NRWs. Die Finanzierung der
 1758 Ausbildungen muss daher über eine Kostenübernahme
 1759 durch die Länder für die schulische Ausbildung gesi-
 1760 chert werden, die Kosten für die praktische Ausbildung
 1761 inkl. Ausbildungsvergütung tragen die Betriebe – refi-
 1762 nanziert durch die Kostenträger.

1763
 1764 Diese Investition in unser Gesundheitswesen wird sich
 1765 doppelt auszahlen. Denn sie ist nicht nur eine Investiti-
 1766 on in Menschen, sondern auch in den Wirtschaftsstand-
 1767 ort NRW. Ein gesundes NRW ist ein klarer Wettbewerbs-
 1768 vorteil.

1769
 1770 **Antworten auf Bedürfnisse der Menschen geben – Be-**
 1771 **darfsorientierte Versorgung stärken**

1772
 1773 *Das wichtigste Ziel ist die Gesundheit der Menschen. Da-*
 1774 *für braucht es eine Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur,*
 1775 *die auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist.*
 1776

1777 Medizinische Versorgung dort anzubieten, wo sie ge-
 1778 braucht wird, ist seit jeher eine zentrale Herausforde-
 1779 rung in der Gesundheitspolitik. Die Covid-19-Pandemie
 1780 hat gezeigt, dass es in den Regionen ein abgestimm-
 1781 tes Miteinander der Kliniken unterschiedlicher Versor-
 1782 gungsstufen braucht. Auch nach der Krise muss neben
 1783 der erforderlichen Spezialisierung eine flächendecken-
 1784 de Grundversorgung in ländlichen Räumen und struk-
 1785 turschwachen Teilen der Ballungsgebiete gesichert sein.
 1786 Die Menschen müssen sich überall auf eine gute Ge-
 1787 sundheitsversorgung verlassen können.

1788
 1789 Dafür müssen die sektoralen Grenzen zwischen „Ambu-
 1790 lant“ und „Stationär“ endlich überwunden werden. Ei-
 1791 ne getrennte Planung, so wie sie sich heute findet, ist
 1792 ein klares Defizit. Dem würde die Zusammenarbeit der
 1793 bisherigen Entscheidungsträger – Bundesländer, Kas-
 1794 senärztliche Vereinigungen sowie Landesverbände der
 1795 Krankenkassen und Ersatzkassen – in einem gemeinsa-
 1796 men Gremium entgegenwirken.

1797
 1798 Gleichzeitig bedarf es neuer Wege: Die Verbindung von
 1799 medizinischen Versorgungszentren (MVZ) mit Praxiskli-

wirtschaftlichen Wertschöpfung beiträgt.

Gesundheit und Pflege brauchen eine neue Basis

Fallpauschalen-System überwinden

Das Handeln im Gesundheitswesen muss sich daran ausrichten, was medizinisch erforderlich und sinnvoll ist. Dabei halten wir fest an der Förderung des Prinzips „ambulant vor stationär“ sowie einer konsequenten Orientierung an besserer Qualität. Seit geraumer Zeit erleben wir jedoch, speziell im Krankenhausbereich, dass gemacht wird, was sich finanziell rechnet. Schuld ist hier das sogenannte DRG-System (Diagnosis Related Groups) – auch Fallpauschalensystem genannt, der auf auf Durchschnittskosten basiert.

Konkret heißt das: Krankenhäuser erhalten pro Behandlungsfall eine feste Pauschale. Bleiben die Kosten darunter, macht die Klinik Gewinn. Übersteigen die Kosten die Pauschale, macht die Klinik Verlust. Um die Behandlungskosten gering zu halten, wurde vor allem am Personal gespart und werden PatientInnen zu früh entlassen. Zudem setzen Fallpauschalen Fehlanreize: Lukrative Operationen oder Kaiserschnitte werden deutlich häufiger durchgeführt als medizinisch notwendig. An einigen Stellen, wie den Pflegepersonalkosten, haben wir bereits Verbesserungen erreicht. Dennoch führt das Fallpauschalen-System auch weiterhin zu erheblichen Fehlentwicklungen, die es zu korrigieren gilt.

Gesundheit und Pflege sind elementare Leistungen, die sich am Menschen und nicht an der Gewinnmaximierung von Unternehmen zu orientieren haben. Daher braucht es unverzüglich eine Abkehr vom Fallpauschalensystem im Gesundheitsbereich. Krankenhäuser gehören nicht länger auf den Kapitalmarkt, mit Daseinsvorsorge dürfen nicht länger Aktionärs-Wünsche befriedigt werden. Wohin diese Entwicklung geführt hat, zeigen die Schließungen kommunaler und freigemeinnütziger Krankenhäuser, obwohl sie für die Versorgung gebraucht werden. Stattdessen ist die Rekommunalisierung wieder in den Blick zu nehmen. Im Gesundheitsbereich muss der Versorgungsbedarf wieder im Vordergrund stehen. Hierfür muss auch die sogenannte Krankenhausplanung auf Landesebene durch den Staat viel mehr Einfluss und Möglichkeiten bekommen.

Überdeutlich zeigt sich die Fehlentwicklung durch das Fallpauschalen-System in der Unterfinanzierung von Kinderkliniken. Fachabteilungen für Kinder- und Jugendmedizin werden von Krankenhausbetreibern abgemeldet, weil sie sich nicht rechnen. Für die NRWSPD ist daher klar: In diesem besonderen Fall braucht umgehend eine Grundfinanzierung für Kinderkliniken und eine sofortige Abkehr vom Fallpauschalensystem.

Und auch hier braucht es eine Abkehr: Regelmäßig werden PatientInnen sog. „IGel-Leistungen“ (Individu-

1800 niken (kurzstationäre Behandlungen) ermöglicht eine
1801 Versorgungsstruktur, die Krankenhäuser der Allgemein-
1802 versorgung ersetzen kann. Der aktuelle Rechtsrahmen
1803 reicht hierfür aus, soweit die Empfehlungen zu den Pra-
1804 xiskliniken realisiert werden.

1805
1806 Neuer Wege bedarf es auch in der Notfallversorgung:
1807 Besonders im ländlichen Raum ist dies mit Blick auf
1808 die Belastung der knappen Arbeitskräfte geboten. Häu-
1809 fig werden Ärztinnen und Ärzte mit Zusatzqualifika-
1810 tionen durch Rettungswagen aus ihren Praxen geholt,
1811 um die Notfallversorgung sicherzustellen. Dies kann ein
1812 Provisorium sein, darf aber niemals auf Dauer gestellt
1813 werden. Es braucht daher eine auskömmliche Finanzie-
1814 rung einer dauerhaften Notfallversorgung durch ent-
1815 sprechende Zentren und Wachen.

1816
1817 *Krankenhausplanung in NRW*
1818

1819 Im September 2019 sorgte ein im Auftrag der schwarz-
1820 gelben Landesregierung erstelltes Gutachten zur Kran-
1821 kenhausplanung in NRW für Aufmerksamkeit. Richtig
1822 ist, dass es nun eine ernste Debatte zur Versorgungs-
1823 struktur in NRW gibt. Mit allen Mitteln muss aber ver-
1824 hindert werden, dass die neue Planung lediglich zum
1825 Vorwand für einen harten Sparkurs wird. Das Ziel muss
1826 eine regional abgestimmte und landesweit koordinier-
1827 te Planung sein, die dem realen Bedarf Rechnung trägt
1828 und wohnortnahe Versorgung sicherstellt. Diese Pla-
1829 nung muss zudem Landesgrenzen überwinden.

1830
1831 Gesundheitsversorgung ist Daseinsvorsorge. Über die
1832 Krankenhausplanung muss politisch entschieden wer-
1833 den, nicht durch Markt und Wettbewerb. Veränderungen,
1834 die sich aus der Krankenhausplanung ergeben,
1835 müssen so gestaltet werden, dass in jeder Phase eine
1836 wohnortnahe Versorgung gewährleistet ist.

1837
1838 *Die Kurzzeitpflege flächendeckend ausweiten und besser*
1839 *finanzieren*
1840

1841 Die Kurzzeitpflege ist ein wesentlicher Faktor zur Ent-
1842 lastung pflegender Angehöriger in der familiären Pfl-
1843 ge. Aber das Angebot an Kurzzeitpflege ist nicht ausrei-
1844 chend, es mangelt an flächendeckend verfügbaren An-
1845 geboten. Die Nachfrage wird perspektiv jedoch deutlich
1846 steigen. Unser Anspruch: Kurzzeitpflege muss in NRW
1847 flächendeckend verfügbar sein.

1848
1849 Dazu muss die Zahl der verfügbaren Kurzzeitpflegeplät-
1850 ze in NRW ausgeweitet werden, die Angebote müssen
1851 transparent, niederschwellig und wohnortnah erreich-
1852 bar sein. Das Angebot an Kurzzeitpflege muss für die Be-
1853 treiber wirtschaftlich auskömmlich sein, dazu sollen die
1854 Pflegesätze entsprechend erhöht werden. Diese Erhö-
1855 hung darf nicht zulasten der Eigenbeteiligung der Pfl-
1856 gebedürftigen gehen.

1857

elle Gesundheitsleistungen) nahelegt. Das sind ärztli-
che, zahnärztliche und psychotherapeutische Leistun-
gen, die Patienten grundsätzlich selbst bezahlen müs-
sen, weil sie nicht zum Leistungsumfang der gesetz-
lichen Krankenversicherungen gehören – aus gutem
Grund: Die gesetzlichen Krankenkassen dürfen nur Lei-
stungen bezahlen, die ausreichend, zweckmäßig und
wirtschaftlich sind. Viele der IGeL-Leistungen haben
aber nach erfolgter wissenschaftlicher Analyse keinen
Nutzen, sind medizinisch nicht notwendig oder nicht
wirtschaftlich. PatientInnen haben kaum eine Chance,
den medizinischen Nutzen sowie Qualität und Preis der
Angebote zu überprüfen und miteinander zu verglei-
chen.

Die Corona-Pandemie hat die Abhängigkeit von Liefer-
ketten offenbart und die Frage mit sich gebracht, wel-
che Waren und Dienstleistungen vor Ort vorgehalten
müssen, um Daseinsvorsorge im Krisenfall garantieren
zu können. Wir müssen nun prüfen, welche Rückschlüs-
se wir beispielsweise für die Pharmaindustrie ziehen.
Dabei muss vor allem in den Blick genommen werden,
wie staatliches Kapital für pharmazeutische Innovatio-
nen und Neugründungen zur Verfügung gestellt wer-
den kann.

Notwendig sind verlässliche Finanzierungsgrundlagen,
mehr öffentliche Investitionen in Gesundheit und Pfl-
ge und der Schutz vor internationalen Kapitalinteres-
sen. Es kann nicht sein, dass Gewinne, die sich aus So-
zialversicherungsbeiträgen ergeben, ins Ausland abflie-
ßen. Es muss wieder gelten, dass Gewinne wieder lo-
kal im Gesundheits- und Pflegesystem investiert wer-
den. Der Sozialstaat braucht wieder mehr Einfluss und
muss seine Verantwortung auch finanziell untermau-
ern. Es braucht mehr Solidarität im System. Die Bürger-
versicherung ist ein Baustein dieser Politik.

*Von der Teilkasko- zur Vollkaskoversicherung in der Pfl-
ge*

Es ist inakzeptabel, dass inzwischen rund ein Drit-
tel der Pflegebedürftigen in der stationären Altenpfl-
ge wieder auf Sozialhilfe angewiesen ist. Die Pflege-
versicherung wurde eingeführt, um Menschen im Al-
ter vor Armut durch Pflegebedürftigkeit zu schützen.
Dieser Schutz geht mehr und mehr verloren. Hat die
Pflegeversicherung in ihren Anfangsjahren die Kosten
für den Pflegeaufwand zumeist noch gedeckt, ist das
seit langem nicht mehr der Fall. Neben steigenden
Unterkunfts- und Verpflegungskosten sowie Investiti-
onskosten müssen die BewohnerInnen auch immer hö-
here Anteile der Kosten tragen, welche die Pflege mit
sich bringt. Der gesamte Eigenanteil für die Bewoh-
nerInnen in NRW beläuft sich inzwischen auf durch-
schnittlich 2.460 Euro – damit steht NRW im Bundes-
ländervergleich an der Spitze.

1858 **Wertschätzung muss durch Aufwertung beantwortet**
 1859 **werden**

1860
 1861 Pflegebedürftige Menschen wollen und sollen – wo ge-
 1862 wünscht – so lange wie möglich in der eigenen häus-
 1863 lichen Umgebung bleiben. Diesen Wunsch gilt es bei
 1864 der Planung pflegerischer Infrastrukturen und der dazu-
 1865 gehörigen Personalbedarfsplanung als Grundsatz stets
 1866 mitzudenken. Daneben wird es immer auch stationäre
 1867 Pflegeeinrichtungen geben.

1868
 1869 Die umfassende Pflege, Betreuung und Versorgung in
 1870 stationären Pflegeeinrichtungen setzt eine gute Perso-
 1871 nalausstattung mit ausreichend qualifizierten Beschäf-
 1872 tigten voraus, die es in der Altenpflege so zurzeit nicht
 1873 gibt. Es fehlt Personal.

1874
 1875 In NRW fehlten 2017 nach der Landesberichterstattung
 1876 10.000 Pflegefachkräfte, hochgerechnet auf Vollzeit-
 1877 stellen. Aufgrund der hohen Teilzeitquoten in der Pflege
 1878 heißt das, 14.000 Stellen für Pflegefachkräfte sind nicht
 1879 besetzt. Der Großteil davon in der ambulanten und sta-
 1880 tionären Altenpflege. Dieser Mangel an Pflegefachkräf-
 1881 ten ist eine Herausforderung, der sich Gesellschaft und
 1882 Politik endlich stellen müssen.

1883
 1884 Die öffentliche Wahrnehmung und Wertschätzung von
 1885 Gesundheits- und Pflegearbeit ist durch die Corona-
 1886 Pandemie gestiegen. Zwar können junge Menschen es
 1887 sich laut aktueller Umfragen prinzipiell durchaus vor-
 1888 stellen, z.B. einen Pflegeberuf zu ergreifen. Die Hebung
 1889 dieses Potenzials für die Fach- und Arbeitskräftesiche-
 1890 rung ist jedoch kein Selbstläufer. Verdienstunterschie-
 1891 de von bis zu 600 Euro zwischen den Pflegefachkräften
 1892 im Krankenhaus und den Pflegefachkräften in der Alten-
 1893 pflege sind angesichts der Anforderungen nicht mehr zu
 1894 rechtfertigen. Einmalige Prämien ändern hieran nichts.
 1895 Pflegefachkräfte müssen in der Altenpflege eine attrak-
 1896 tive Alternative zum Krankenhaus sehen. Gelingt das
 1897 nicht, wird der Personalmangel in der Altenpflege be-
 1898 stehen bleiben.

1899
 1900 Notwendig ist daher die kritische Reflexion von Lo-
 1901 giken und Mechanismen der Inwert-Setzung von
 1902 Gesundheits- und Pflegearbeit. Industriell geprägte
 1903 Formen der Arbeitsbewertung sind nicht hinreichend,
 1904 um den Wert der Arbeit, das Wissen und Können, Kom-
 1905 petenzzuwächse und veränderte Belastungsprofile der
 1906 Beschäftigten hinreichend abzubilden. Im Kern geht es
 1907 damit um eine Angleichung der Verdienststrukturen
 1908 einerseits, aber auch um mehr Wissen über Verände-
 1909 rungen in Bezug auf das Arbeitsvolumen, Aufgaben
 1910 und Tätigkeiten sowie Belastungen.

1911
 1912 Aufgrund der kleinteiligen Struktur in der stationären
 1913 und ambulanten Altenpflege und der steigenden Zahl
 1914 privater Einrichtungen werden die Arbeitsbedingungen
 1915 der Beschäftigten immer seltener durch einen Tarifver-

Wir wollen, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbei-
 tet oder Kinder großgezogen haben, nicht nach wenigen
 Jahren der eigenen Pflegebedürftigkeit zum Sozialamt
 müssen – dies ist auch eine Frage der Anerkennung von
 Lebensleistung.

Die Pflegeversicherung muss daher von einer „Teilkasko-
 in eine Vollkaskoversicherung“ umgewandelt werden.
 Zugleich muss eine Neuausrichtung auch mit Investitio-
 nen und einer größeren finanziellen Wertschätzung des
 Pflegepersonals einhergehen – beides erfordert größe-
 re finanzielle Mittel. Dafür muss mehr Geld ins System.
 Um diese Finanzierung sicherzustellen und dabei die
 Pflegebedürftigen vor Armutsrisiken zu schützen, brau-
 chen wir einen Systemwechsel von der Pflegeversiche-
 rung hin zu einer solidarischen Pflegegarantie, also ei-
 ner solidarischen Bürgerversicherung auch in der Pfl-
 ege, die wie folgt aussieht:

Alle BürgerInnen müssen in diese Sozialversicherung
 einbezahlen, die Trennung in private und soziale Pflege-
 versicherung entfällt, die Beitragsbemessung wird an-
 gehoben. Nur Unterkunft und Verpflegung sollen Heim-
 bewohnerInnen weiterhin zahlen. Alle pflegerischen
 Leistungen werden von der Versicherung getragen. Der
 Investitionskostenanteil, welcher derzeit in NRW bei
 518,76 Euro liegt, muss vom Land übernommen werden.
 Hier sollte NRW eine Vorreiterrolle einnehmen.

Behebung von Investitionsstaus

Weil die Gesundheitsversorgung zur unmittelbaren Da-
 seinsvorsorge gehört, muss auch das Land NRW seinen
 Finanzierungsverpflichtungen nachkommen. Im Kran-
 kenhausbereich geschieht das seit Jahrzehnten nicht.

Die Folgen sind einerseits veraltete Krankenhausgebäu-
 de und -geräte, andererseits moderne Krankenhäuser,
 für die am Personal gespart wurde, um die benötig-
 ten Investitionskosten zu erwirtschaften. Nach einem
 Gutachten des RWI (Leibniz-Institut für Wirtschaftsfor-
 schung) bezogen auf NRW werden für dringend not-
 wendige Investitionen jährlich rund 1,5 Mrd. Euro benö-
 tigt. Davon wurde in der Vergangenheit nur etwa ein
 Drittel vom Land bereitgestellt. Dadurch liegt der Inves-
 titionsstau in NRW aktuell bei über 12,5 Mrd. Euro. Not-
 wendig ist ein Sonderprogramm zur Behebung des In-
 vestitionsstaus bis 2024 und ab sofort die vollständige
 Refinanzierung der Investitionskosten durch das Land
 NRW.

Das bundespolitische Konjunkturpaket (2020) ist ein
 richtiger Schritt. Die Ausstattung der Krankenhäuser in
 Deutschland soll damit verbessert werden. Mit 3 Milliar-
 den Euro sollen Investitionen in Notfallkapazitäten, di-
 gitale Infrastruktur, in IT- und Cybersicherheit des Ge-
 sundheitswesens sowie in gezielte Entwicklung und
 Stärkung regionaler Versorgungsstrukturen gefördert

1916 trag oder kirchliche Arbeitsvertragsrichtlinien geregelt.
 1917 Bei einem Personalkostenanteil von über 70 Prozent
 1918 führt das zu einem Wettbewerb um möglichst niedrige
 1919 Personalkosten. Gleichzeitig wird damit auch der Druck
 1920 auf existierende Tarifverträge immer größer. Um diese
 1921 Entwicklung zu stoppen, brauchen wir einen flächendeckenden
 1922 Tarifvertrag in der Altenpflege. Mit dem Pflege-
 1923 löhneverbesserungsgesetz ist die Grundlage für einen
 1924 solchen Tarifvertrag durch den Bundesarbeitsminister
 1925 gegeben.

1926
 1927 Alle Berufsgruppen in NRW müssen mit Personalschlüs-
 1928 seln zurechtkommen, die sich an Personalrichtwer-
 1929 ten orientieren, die aus der Zeit vor Einführung des
 1930 SGB XI stammen. Sie sind veraltet. Für die Verwal-
 1931 tung, die Haustechnik, die Sozialarbeit und die Haus-
 1932 wirtschaft heißt das, dass umgehend neue Personal-
 1933 richtwerte ermittelt und verbindlich eingeführt werden
 1934 müssen. Auch für diese Berufsgruppen ist das Arbeits-
 1935 aufkommen und die Arbeitsintensität in den letzten
 1936 Jahren durch Veränderung der BewohnerInnenstruktu-
 1937 ren enorm gewachsen. Hier ist das Land gefordert. Die
 1938 zuständigen Behörden auf Länderebene müssen zudem
 1939 verpflichtet werden, die Einhaltung der Fachkraftquote
 1940 zu überprüfen und gegebenenfalls zu sanktionieren.

1941
 1942 Studien zeigen, dass es vielfältige strukturelle Hinder-
 1943 nisse für Fachkräfte aus dem Ausland sowie für Quer-
 1944 einsteigerInnen in der Pflege gibt. Notwendig sind,
 1945 neben dem Abbau bürokratischer Hindernisse, sozia-
 1946 le Innovationen auf Organisationsebene. Ansätze lie-
 1947 gen hier u.a. in dem Aufbau systematischer betriebli-
 1948 cher Recruitment- und Rückkehrprogramme, in der An-
 1949 erkennung informell erworbener Kompetenzen für den
 1950 Einstieg in die Pflegearbeit, in der Förderung multi-
 1951 professioneller Teamarbeit sowie in der Stärkung einer
 1952 fachlich-sozialen Praxisanleitung für diese Zielgruppe.
 1953 Hierfür braucht es Maßnahmenkataloge und Qualitäts-
 1954 kriterien. Betriebliche Interessenvertretungen können
 1955 darin unterstützen, entsprechende Maßnahmen zu ent-
 1956 wickeln und überprüfen, ob diese eingehalten werden.

1957
 1958 **Mehr Köpfe sind wichtig, aber es braucht noch mehr!**

1959
 1960 Denn sozialer Fortschritt im und mit dem Gesundheits-
 1961 und Pflegesektor ist ohne qualifiziertes und motiviertes
 1962 Personal nicht möglich. Gegenwärtige Maßnahmen der
 1963 Gesundheitspolitik zielen vor allem darauf, mehr Köp-
 1964 fe für die Arbeit in Gesundheit und Pflege zu gewin-
 1965 nen. Dies ist für die Beschäftigten vor Ort wichtig, kann
 1966 aber allein keine Antwort auf die drängenden Heraus-
 1967 forderungen sein. Damit es hier nicht zu Enttäuschun-
 1968 gen kommt, braucht es einen Plan, wie Neueinsteige-
 1969 rInnen nicht nur in der Pflege ankommen, sondern auch
 1970 die Voraussetzungen dafür geschaffen werden können,
 1971 damit sie dort bleiben wollen.

1972
 1973 Spätestens wenn um die Betreuung von Kindern geht,

werden. Das Engagement des Bundes muss nun verste-
 tigt werden. Der Bund soll zudem einen Topf auflegen,
 der es den Kommunen ermöglicht, private Krankenhäu-
 ser zu kommunalisieren.

Die Corona-Pandemie hat den Mehrbedarf an Personal
 in den Krankenhäusern und die Notwendigkeit einer ge-
 setzlichen Personalbemessung bewiesen und verstärkt.
 Für die NRWSPD steht fest: Nur durch eine auskömm-
 liche Finanzierung werden Löhne und Arbeitsbedin-
 gungen nachhaltig verbessert und damit letztlich auch
 Qualität. Das ist eine zentrale staatliche Aufgabe.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft, der Deutsche
 Pflegerat und ver.di fordern daher schnellstmög-
 lich eine gesetzliche Personalbemessung durch eine
 Pflegepersonal-Regelung 2.0 (PPR 2.0). Auch für die Be-
 reiche Intensiv- und Kinder- und Jugendmedizin sowie
 für andere Berufsgruppen im Krankenhaus müssen
 zeitnah verbindliche Regelungen verankert werden.
 Das Ziel ist ein am Bedarf orientierter Personalstandard
 in der Pflege und allen anderen Berufsgruppen im Kran-
 kenhaus einschließlich Psychiatrien und Rehakliniken.

Mehr Demokratie wagen

Im Angesicht historischer Herausforderungen, sowohl
 im Gesundheitsbereich als auch in der Altenpflege,
 braucht es eine Re-Demokratisierung dieser Politikfel-
 der. Es ist richtig, dass Verbände und insbesondere Ge-
 werkschaften in diesem Kernbereich des Sozialstaats
 mitwirken. Die Selbstverwaltung, also die Mitbestim-
 mung der Versicherten in der gesetzlichen Krankver-
 sicherung ist Ausdruck davon. Sie verdient Wertschät-
 zung.

Es darf jedoch nicht sein, dass Institutionen durch ih-
 re Dominanz zur unüberwindbaren Hürden werden. Es
 darf nicht sein, dass beispielsweise der Gemeinsame
 Bundesausschuss (G-BA) zum „kleinen Gesetzgeber“
 wird oder gar das „Zentralkomitee des Gesundheitswe-
 sens“. Parlamente müssen wieder das letzte Wort ha-
 ben.

**Öffentliche Verantwortung für Gesundheit ist unerläs-
 lich**

*Den Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken und moder-
 nisieren*

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, welche zentrale Be-
 deutung, die Gesundheitsämter und damit der Öffent-
 liche Gesundheitsdienst (ÖGD) – übrigens eine für den
 Schutz der Gesundheit der Bevölkerung hat. Diese Er-
 fahrung hat jedoch auch offengelegt, dass der ÖGD
 strukturell unzureichend ausgestattet ist und es vor al-
 lem an der notwendigen Personalausstattung selbst im
 Normalbetrieb mangelt. Stellenabbau, lange Vakanzen

1974 kommt es häufig zu Enttäuschungen. Richtig kompliziert wird es für Eltern, die im Schichtdienst arbeiten –
 1975 und das werden immer mehr. Wohin mit den Kindern
 1976 morgens um fünf oder abends um zehn? Hier braucht es
 1977 entsprechende Arbeitszeitarrangements sowie ein ver-
 1978 stärktes Engagement durch die Träger, beispielsweise
 1979 durch betriebliche Betreuungseinrichtungen.
 1980
 1981

1982 Durch die zunehmende Diffusion und Nutzung digita-
 1983 ler Technik, durch neue und erweiterte Qualifikations-
 1984 und Kompetenzprofile sowie durch neue Wege der
 1985 Arbeitsorganisation und -gestaltung auf betrieblicher
 1986 Ebene werden sich Versorgungs- und Arbeitsarrange-
 1987 ments grundlegend ändern. »Effizientere Gesundheits-
 1988 und Pflegearbeit« markiert an sich aber noch keinen
 1989 Fortschritt, denn oftmals bleibt unklar, ob daraus ein
 1990 tatsächlicher Mehrwert für PatientInnen, Pflegebedürftige
 1991 und deren Angehörige sowie für die Beschäftigten
 1992 wird.
 1993

1994 Es braucht eine Vision, wie Arbeit im Gesundheits- und
 1995 Pflegesektor unter Nutzung neuer Kompetenzprofile,
 1996 organisatorischer und technischer Möglichkeiten (Digi-
 1997 talisierung) künftig besser und intelligenter organisiert
 1998 werden kann. Trotz der Anstrengungen zum Aufbau einer
 1999 umfassenden Telematikinfrastruktur ist die Förde-
 2000 rung der technischen Infrastruktur für Telemedizin in
 2001 der Altenpflege nicht ausreichend. Insbesondere man-
 2002 gelt es an einer integrierten Vernetzung pflegerischer
 2003 Expertisen mit der Akutversorgung sowie der (fach)ärztlichen
 2004 und therapeutischen Versorgung. Entsprechende
 2005 Programme für die Altenpflege müssen verstärkt auf
 2006 die gezielte Förderung des Ausbaus telepflegerischer
 2007 und teletherapeutischer Angebote für und in der Alten-
 2008 pflege setzen, und die Einrichtungen auch in der orga-
 2009 nisatorischen Umsetzung und Personalentwicklung un-
 2010 terstützen.
 2011

2012 Dazu sollten regionale Kompetenzzentren für eine digi-
 2013 tal gestärkte Altenpflege aufgebaut werden. Gerade in
 2014 der Altenpflege geht es um eine kluge Mischung digita-
 2015 ler Technik und »analoger« Betreuung als Ansatzpunkt
 2016 zur Verbesserung der pflegerischen Versorgungsquali-
 2017 tät.
 2018

2019 Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Beschäftigten
 2020 im Kontext der Digitalisierung vor neuen und erwei-
 2021 erten Anforderungen stehen. Allerdings liegt der Fokus
 2022 derzeit in erster Linie auf der »Akzeptanz« neuer techni-
 2023 scher Anwendungen. Dies greift angesichts der poten-
 2024 ziellen Folgen digitaler Technik zu kurz. Digitale Tech-
 2025 nik kann dann zu einem Fortschritt für die Weiterent-
 2026 wicklung der Pflege werden, wenn Beschäftigte mit ih-
 2027 ren fachlichen Kompetenzen und Interessenvertretun-
 2028 gen konsequent an der Auswahl, Umsetzung und Eva-
 2029 luierung beteiligt werden, die reflexiven Kompetenzen
 2030 und Gestaltungskompetenz der Beschäftigten gestärkt
 2031 und Nutzeneffekte sichtbar werden. Folgen der Digi-

bei der Neubesetzung von Stellen und auch Arbeitsbe-
 dingungen sowie Gehälter, die als unattraktiv gelten,
 sind hierfür verantwortlich. Diese Entwicklungen haben
 die Gesundheitsvorsorge und Prävention in den Städten
 und Gemeinden dramatisch ausgedünnt.

Mit einem „Pakt für den öffentlichen Gesundheits-
 dienst“ – eine Initiative der SPD – hilft der Bund u.a. zu-
 sätzlich erforderliche Stellen in den Gesundheitsämtern
 zu finanzieren. Außerdem wird der Bund die Gesund-
 heitsämter bei der technischen und digitalen Auf- und
 Ausrüstung unterstützen.

Künftig muss der ÖGD deutlich aufgewertet, moderni-
 siert und gestärkt werden. Dies ist Aufgabe des Landes.
 Ansätze dafür liegen in einer besseren Ausstattung, einer
 modernen Organisation, einer Weiterentwicklung der
 Aufgabenfelder und einer Digitalisierungsstrategie.
 Die digital unterstützte Modernisierung des ÖGD trägt
 dazu bei, die Leistungen des ÖGD bürgernäher, teilha-
 beorientierter und serviceorientierter zu organisieren.
 Für die Gesundheitsfachberufe können, wie internatio-
 nal bereits üblich, neue gesellschaftliche Aufgabenfel-
 der erschlossen werden, etwa in der betrieblichen Ge-
 sundheitsförderung, der Schulgesundheitspflege oder
 Familiengesundheitspflege.

Attraktivere Rahmenbedingungen für Arbeit

Dem Fachkräftebedarf und dem zum Teil bereits be-
 stehenden Fachkräftemangel in den Gesundheitsfach-
 berufen müssen wir mit einer attraktiven, zeitgemä-
 ßen Ausbildung begegnen. Die Kostenfreiheit der Aus-
 bildung und der Anspruch auf eine angemessene Aus-
 bildungsvergütung in allen Gesundheitsfachberufen
 (Heilberufe) müssen gesetzlich verankert werden. Die
 Voraussetzung sind attraktive Ausbildungsbedingun-
 gen und eine gute Ausbildungsqualität. Dafür werden
 einheitliche Standards in den Gesundheitsfachberufen
 benötigt. Dies betrifft die Qualitätsstandards für die
 theoretische und praktische Ausbildung (u. a. zur Pra-
 xisanleitung, Qualifikation der Lehrkräfte). Aber auch
 die Ausbildungsstrukturen sollten stärker harmonisiert
 werden, hin zu einer stärkeren Angleichung an das dua-
 le System (Betrieb als Ausbildungsträger, Ausbildungs-
 vertrag des Betriebs mit den Auszubildenden, Schutz-
 rechte für Auszubildende).

Die Ausbildung in einem Kernbereich des Sozialstaats
 darf nicht dem Markt überlassen werden. Es ist eine In-
 vestition in Wertschätzung, Qualität und letztlich auch
 die Zukunft NRWs. Die Finanzierung der Ausbildungen
 muss daher über eine Kostenübernahme durch die Län-
 der für die schulische Ausbildung gesichert werden, die
 Kosten für die praktische Ausbildung inkl. Ausbildungsver-
 güütung tragen die Betriebe – refinanziert durch die
 Kostenträger.

2032 talisierung auf betrieblicher Ebene sind systematisch
2033 zu erfassen. Das Arbeitsschutzgesetz (ArbSCHG) bietet
2034 hierfür den notwendigen gesetzlichen Rahmen. Doch
2035 oftmals werden Digitalisierungsfolgen in diesem Kon-
2036 text gar nicht systematisch erfasst. Im Kontext berufli-
2037 cher Bildung ist der Wandel der Kompetenzenanforderun-
2038 gen zu erfassen, die Vermittlung digitaler Kompetenzen
2039 in der Ausbildung sollte gestärkt und ein Berichtssys-
2040 tem für betriebliche Qualifizierungsaktivitäten aufge-
2041 baut werden (analog zum BBiG).

2042
2043 *Wandel arbeitsorientiert gestalten: Mitbestimmung und*
2044 *tarifliche Regelungen stärken, Pflegekammer ist hier*
2045 *nicht die Lösung.*

2046
2047 NRW hat eine besondere Tradition der sozialpartner-
2048 schaftlichen Gestaltung von Arbeit. Diese Tradition
2049 muss insbesondere im Bereich der Altenpflege wieder
2050 sichtbar werden. Ob Strategien zur Aufwertung der Ar-
2051 beit künftig erfolgreich sein werden, hängt entschei-
2052 dend davon ab, wie tarifliche Rahmenbedingungen aus-
2053 gestaltet sind und auf betrieblicher Ebene wirksam wer-
2054 den.

2055
2056 Die Etablierung einer Pflegekammer in NRW ist jedoch
2057 keine Lösung. Denn es ist nicht Aufgabe einer Kammer-
2058 organisation, verlässliche Einsatz- und Anwendungsbe-
2059 dingungen von Arbeit in Gesundheit und Pflege zu ver-
2060 handeln und betrieblich durchzusetzen. Die Auflösung
2061 der Pflegekammer Niedersachsen im Jahr 2020 – per Mit-
2062 gliedervotum – macht das deutlich.

2063
2064 Es ist notwendig, deutlich sichtbarer als bisher aufzu-
2065 zeigen, wie Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft
2066 dazu beitragen können, den Strukturwandel des
2067 Gesundheits- und Pflegesektors beschäftigten- und
2068 qualitätsorientiert zu gestalten. Mitbestimmungsak-
2069 teure müssen im Transformationsprozess gestärkt und
2070 in ihrer Wissens- und Kompetenzwicklung unterstützt
2071 werden.

2072
2073 *Neue Wege finden: Landespflegegesellschaft als Pilotpro-*
2074 *jekt*

2075
2076 Die Umsetzung arbeitsrechtlicher Standards für Pfl-
2077 gekräfte in Privathaushalten ist überfällig. Die arbeits-
2078 vertragliche Situation muss verbessert werden. Zentral
2079 sind mehr und verpflichtende Beratung und Aufklä-
2080 rung, Arbeitsverträge mit Aufgabenbeschreibung sowie
2081 die Verpflichtung der vermittelnden Agenturen zur In-
2082 formation, Qualifizierung und Beratung.

2083 Die NRWSPD schlägt daher ein Pilotprojekt »Lan-
2084 despflegegesellschaft« vor. Eine solche gemeinnützige
2085 GmbH könnte sukzessive zur Anlaufstelle im Pflegebe-
2086 reich werden. Über sie könnte nicht nur Information,
2087 Qualifizierung und Beratung erfolgen, sondern auch –
2088 weitergehend und nach österreichischem Vorbild – ein-
2089 ne direkte Anstellung pflegender Angehöriger.

Diese Investition in unserem Gesundheitsbereich wird sich doppelt auszahlen. Denn sie ist nicht nur eine Investition in Menschen, sondern auch in den Wirtschaftsstandort NRW. Ein gesundes NRW ist ein klarer Wettbewerbsvorteil.

Antworten auf Bedürfnisse der Menschen geben – Bedarfsorientierte Versorgung stärken

Das wichtigste Ziel ist die Gesundheit der Menschen. Dafür braucht es eine Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur, die auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist.

Medizinische Versorgung dort anzubieten, wo sie gebraucht wird, ist seit jeher eine zentrale Herausforderung in der Gesundheitspolitik. Die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, dass es in den Regionen ein abgestimmtes Miteinander der Kliniken unterschiedlicher Versorgungsstufen braucht. Auch nach der Krise muss neben der erforderlichen Spezialisierung eine flächendeckende Grundversorgung in ländlichen Räumen und strukturschwachen Teilen der Ballungsgebiete gesichert sein. Die Menschen müssen sich überall auf die gute Gesundheitsversorgung verlassen können.

Dafür müssen die sektoralen Grenzen zwischen „Ambulant“ und „Stationär“ endlich überwunden werden. Eine getrennte Planung, so wie sie sich heute findet, ist ein klares Defizit. Dem würde die Zusammenarbeit der bisherigen Entscheidungsträger – Bundesländer, Kassenärztliche Vereinigungen sowie Landesverbände der Krankenkassen und Ersatzkassen – in einem gemeinsamen Gremium entgegenwirken.

Gleichzeitig bedarf es neuer Wege: Die Verbindung von medizinischen Versorgungszentren (MVZ) mit Praxiskliniken (kurzstationäre Behandlungen) ermöglicht eine Versorgungsstruktur, die Krankenhäuser der Allgemeinversorgung ersetzen kann. Der aktuelle Rechtsrahmen reicht hierfür aus, soweit die Empfehlungen zu den Praxiskliniken realisiert werden.

Neuer Wege bedarf es auch in der Notfallversorgung: Besonders der ländliche Raum braucht dringend mehr Personal und eine belastbare Infrastruktur. Häufig werden Ärztinnen und Ärzte mit Zusatzqualifikationen durch Rettungswagen aus ihren Praxen geholt, um die Notfallversorgung sicherzustellen. Dies kann nur ein Provisorium sein, darf sich aber niemals auf Dauer etablieren. Es braucht daher eine auskömmliche Finanzierung einer dauerhaften Notfallversorgung durch entsprechende Zentren und Wachen.

Krankenhausplanung in NRW

Im September 2019 sorgte ein im Auftrag der schwarzgelben Landesregierung erstelltes Gutachten zur Krankenhausplanung in NRW für Aufsehen. Die Corona-

2090
 2091 Dies macht aus drei Gründen Sinn: Erstens, um diese
 2092 Personen sozialversicherungsrechtlich abzusichern und
 2093 ihnen den Lebensunterhalt zu wahren; zweitens, um
 2094 den pflegebedürftigen Personen den Verbleib zu Hau-
 2095 se zu ermöglichen; und drittens, um durch die Ausbil-
 2096 dungsmöglichkeit auch mittelfristig zusätzliches Perso-
 2097 nal für den Pflegebereich zu gewinnen.
 2098
 2099 Klar ist jedoch auch, dass daran nicht die Erwar-
 2100 tungshaltung geknüpft werden darf, dass die bisheri-
 2101 ge Erwerbstätigkeit aufgegeben wird. Die Mehrzahl der
 2102 Menschen, die Angehörige pflegen, ist in Teilzeit oder
 2103 sogar in Vollzeit beschäftigt: Zwei Drittel der informell
 2104 Pflegenden unter 65 Jahren sind selbst erwerbstätig.
 2105 Die Erwerbstätigkeit wird aber aufgrund des Engage-
 2106 ments in der Pflege der Angehörigen strukturell einge-
 2107 schränkt. Deshalb ist die Vereinbarkeit von Erwerbstä-
 2108 tigkeit und familiärer, informeller, Pflegearbeit eine gro-
 2109 ße Herausforderung. Das gilt in besonderer Weise für
 2110 Frauen, die in ihrem Alltag in erheblichem Umfang da-
 2111 mit konfrontiert sind, die informelle Sorgearbeit mit An-
 2112 gehörigen, die eigene Erwerbstätigkeit sowie die eige-
 2113 ne informelle Familienarbeit miteinander zu vereinba-
 2114 ren. Dieser strukturellen Benachteiligung kann durch ei-
 2115 ne Landespflegegesellschaft begegnet werden.
 2116
 2117 Eine dritte Ebene dieser Landespflegegesellschaft könn-
 2118 te die Anstellung von Pflegekräften sein, die bisher im
 2119 Graubereich, also über Agenturen vermittelt in priva-
 2120 ten Haushalten tätig sind. Diese Art der Laienpflege, die
 2121 häufig den Charakter einer Betreuungspflege hat, könn-
 2122 te damit in ein ordentliches Beschäftigungsverhältnis
 2123 überführt werden. Auch hier könnte eine Landespflege-
 2124 gesellschaft durch Information, Beratung und schließ-
 2125 lich auch Qualifikation einen zusätzlichen Beitrag lie-
 2126 fern.
 2127
 2128 Das Pilotprojekt Landespflegegesellschaft sollte zu-
 2129 nächst in einer Modellregion erprobt und evaluiert wer-
 2130 den. Wichtig ist zudem, dass die Gewerkschaften ein
 2131 Mitbestimmungsrecht haben. Zu diesem Zweck soll-
 2132 te der Vorstand paritätisch besetzt sein. Klar ist damit
 2133 auch, dass die Landespflegegesellschaft zu einem aner-
 2134 kannten Leistungserbringer im Sinne des Sozialgesetz-
 2135 buches wird.
 2136
 2137 **Für Kommunen mit Zukunft – Volles Leben statt leerer**
 2138 **Kassen**
 2139
 2140 Zukunft wird vor Ort entschieden. Wirksamer Klima-
 2141 schutz, konsequente Digitalisierung, gute Arbeitsplät-
 2142 ze, beste Bildung, befriedigende Gesundheits- und Pfl-
 2143 geversorgung, verlässliche Kinderbetreuung und starke
 2144 Wirtschaftsförderung – all das und noch viel mehr lei-
 2145 sten unsere Kommunen. Sie setzen Politik um, investie-
 2146 ren in Zukunft und machen Politik erlebbar. Das gelingt
 2147 jedoch nur, wenn unsere Kommunen auch die nötige Fi-

Pandemie hat gezeigt, wie wichtig eine breite Kran-
 kenhauslandschaft ist und dass der Wettbewerb kein
 ausreichendes Kriterium für die Versorgungsstruktur in
 NRW sein darf. Umso empörender ist, dass die Landesre-
 gierung ihre Krankenhausplanung weiterhin intranspa-
 rent und hinter verschlossenen Türen vorantreibt. Das
 Parlament bleibt außen vor. Deshalb muss nun mit allen
 Mitteln verhindert werden, dass die neue Planung ledig-
 lich zum Vorwand für einen harten Sparkurs wird. Das
 Ziel muss eine regional abgestimmte und landesweit
 koordinierte Planung sein, die dem realen Bedarf Rech-
 nung trägt, die wohnortnahe Versorgung sicherstellt
 und die im Krisenfall ausreichend Kapazitäten bereit-
 hält. Diese Planung muss zudem Landesgrenzen über-
 winden.

Gesundheitsversorgung ist Daseinsvorsorge. Über die
 Krankenhausplanung muss politisch entschieden wer-
 den, nicht nur durch Markt und Wettbewerb. Verände-
 rungen, die sich aus der Krankenhausplanung ergeben,
 müssen so gestaltet werden, dass in jeder Phase eine
 wohnortnahe Versorgung gewährleistet ist. Insbeson-
 dere müssen schwächere Gemeinden, Städte und Stadt-
 teile dabei berücksichtigt werden. Anderenfalls droht
 eine Schere auseinanderzugehen, in der finanzstarke
 Regionen überversorgt und schwache Regionen unter-
 versorgt werden. Die Krankenhausplanung muss dem
 Rechnung tragen.

*Die Kurzzeitpflege flächendeckend ausweiten und besser
 finanzieren*

Die Kurzzeitpflege ist ein wesentlicher Faktor zur Ent-
 lastung pflegender Angehöriger in der familiären Pfl-
 ege. Aber das Angebot an Kurzzeitpflege ist nicht ausrei-
 chend, es mangelt an flächendeckend verfügbaren An-
 geboten. Die Nachfrage wird perspektiv jedoch deutlich
 steigen. Unser Anspruch: Kurzzeitpflege muss in NRW
 flächendeckend verfügbar sein.

Dazu muss die Zahl der verfügbaren Kurzzeitpflegeplät-
 ze in NRW ausgeweitet werden, die Angebote müssen
 transparent, niederschwellig und wohnortnah erreich-
 bar sein. Das Angebot an Kurzzeitpflege muss für die Be-
 treiber wirtschaftlich auskömmlich sein, dazu sollen die
 Pflegesätze entsprechend erhöht werden. Diese Erhö-
 hung darf nicht zulasten der Eigenbeteiligung der Pfl-
 egebedürftigen gehen.

**Wertschätzung muss durch Aufwertung beantwortet
 werden**

Pflegebedürftige Menschen wollen und sollen – wo ge-
 wünscht – so lange wie möglich in der eigenen häus-
 lichen Umgebung bleiben. Diesen Wunsch gilt es bei
 der Planung pflegerischer Infrastrukturen und der dazu-
 gehörigen Personalbedarfsplanung als Grundsatz stets
 mitzudenken. Daneben wird es immer auch stationäre

2148 nanzausstattung haben.

2149

2150 **Unsere Position:**

2151

2152 • **Handlungsfähig werden vielen Kommunen erst**
2153 **dann, wenn sie von ihrer Schuldenlast befreit wer-**
2154 **den: Es braucht einen kommunalen Altschulden-**
2155 **fonds in NRW.**

2156 • **Wir wollen die Position der Kommunen stärken –**
2157 **mit einer starken Stimme und echten Mitsprache-**
2158 **rechten.**

2159 • **Wir brauchen einen “New Deal” in der Finanzierung**
2160 **von Bildungseinrichtungen. Solange Bildung „Län-**
2161 **dersache“ ist, muss das Land seiner Verantwortung**
2162 **nachkommen.**

2163 • **Steueroasen haben in NRW keine Zukunft. Unter-**
2164 **nehmensgewinne müssen dort versteuert werden,**
2165 **wo sie erwirtschaftet werden.**

2166 • **Ungleiches auch ungleich behandeln: Die Gemein-**
2167 **definanzierung muss sich wieder nach der objekti-**
2168 **ven Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden**
2169 **richten.**

2170 • **Die Verteilung der Umsatzsteueranteile der Kom-**
2171 **munen darf sich nicht allein am jeweiligen Steuer-**
2172 **aufkommen bzw. der Wirtschaftskraft orientieren.**
2173 **Auch hier gilt: Ungleiches auch ungleich behandeln.**

2174

2175 **Gleiche Lebensverhältnisse erreichen wir durch Solida-**
2176 **rität und gerechte Verteilung**

2177

2178 Die ungleichen Lebensverhältnisse, die wir heute in
2179 NRW erleben, sind das Ergebnis ungleicher Verteilung.
2180 Vielerorts fehlt das Geld. Das hat spürbare Folgen: In
2181 NRW ist die Verfügbarkeit von Kita-Plätzen oder die Hö-
2182 he der Kita-Beiträge vom Wohnort abhängig. Ob es ein
2183 Schwimmbad oder einen Sportplatz in der Nähe gibt,
2184 hängt vom Wohnort ab. Ob die Schultoilette oder der
2185 Aufzug zur U-Bahn funktioniert, ist vom Wohnort ab-
2186 hängig. Selbst die Lebenserwartung ist inzwischen vom
2187 Wohnort abhängig.

2188

2189 Daran sind nicht die KommunalpolitikerInnen vor Ort
2190 schuld. Dennoch sind sie es, die landauf und landab
2191 erklären müssen, warum bestimmte Dinge nicht mehr
2192 möglich sind. Schlimmer: Mancherorts geht es aus-
2193 schließlich darum, zu erklären, warum bestimmte Ein-
2194 richtungen oder Angebote dicht gemacht werden müs-
2195 sen. Menschen erleben, dass öffentliche Infrastruktur
2196 verfällt. Ausweise, Bauanträge, KFZ-Angelegenheiten,
2197 Heirat oder Geburt – überall ist die Kommune die ers-
2198 te Anlaufstelle für staatliche Hoheitsaufgaben. Doch
2199 wenn es hier mehr und mehr hakt, wenn Warte- und Be-
2200 arbeitungszeiten immer länger werden, dann schleicht
2201 sich das Gefühl ein, dass der Staat nicht mehr richtig
2202 funktioniert. Im Ergebnis schwindet das Vertrauen in
2203 Politik und die Unzufriedenheit steigt.

2204

2205 Für die NRWSPD ist klar, dass dieser Zustand nicht län-

Pflegeeinrichtungen geben.

Die umfassende Pflege, Betreuung und Versorgung in stationären Pflegeeinrichtungen setzt eine gute Personalausstattung mit ausreichend qualifizierten Beschäftigten voraus, die es in der Altenpflege so zurzeit nicht gibt. Es fehlt Personal.

In NRW fehlten 2017 nach der Landesberichterstattung 10.000 Pflegefachkräfte, hochgerechnet auf Vollzeitstellen. Aufgrund der hohen Teilzeitquoten in der Pflege heißt das, 14.000 Stellen für Pflegefachkräfte sind nicht besetzt. Dieser Mangel an Pflegefachkräften ist eine Herausforderung, der sich Gesellschaft und Politik endlich stellen müssen.

Die öffentliche Wahrnehmung und Wertschätzung von Gesundheits- und Pflegearbeit ist durch die Coronapandemie gestiegen. Zwar können junge Menschen es sich laut aktueller Umfragen prinzipiell durchaus vorstellen, z.B. einen Pflegeberuf zu ergreifen. Die Hebung dieses Potenzials für die Fach- und Arbeitskräftesicherung ist jedoch kein Selbstläufer. Verdienstunterschiede von bis zu 600 Euro zwischen den Pflegefachkräften im Krankenhaus und den Pflegefachkräften in der Altenpflege sind angesichts der Anforderungen nicht mehr zu rechtfertigen. Einmalige Prämien ändern hieran nichts. Pflegefachkräfte müssen in der Altenpflege eine attraktive Alternative zum Krankenhaus sehen. Gelingt das nicht, wird der Personalmangel in der Altenpflege bestehen bleiben.

Notwendig ist daher die kritische Reflexion von Logiken und Mechanismen der Inwert-Setzung von Gesundheits- und Pflegearbeit. Industriell geprägte Formen der Arbeitsbewertung sind nicht hinreichend, um den Wert der Arbeit, das Wissen und Können, Kompetenzzuwächse und veränderte Belastungsprofile der Beschäftigten hinreichend abzubilden. Im Kern geht es damit um eine Angleichung der Verdienststrukturen einerseits, aber auch um mehr Wissen über Veränderungen in Bezug auf das Arbeitsvolumen, Aufgaben und Tätigkeiten sowie Belastungen.

Aufgrund der kleinteiligen Struktur in der stationären und ambulanten Altenpflege und der steigenden Zahl privater Einrichtungen werden die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten immer seltener durch einen Tarifvertrag oder kirchliche Arbeitsvertragsrichtlinien geregelt. Bei einem Personalkostenanteil von über 70 Prozent führt das zu einem Wettbewerb um möglichst niedrige Personalkosten. Gleichzeitig wird damit auch der Druck auf existierende Tarifverträge immer größer. Um diese Entwicklung zu stoppen, brauchen wir einen flächendeckenden Tarifvertrag in der Altenpflege. Mit dem Pflege-löhneverbesserungsgesetz ist die Grundlage für einen solchen Tarifvertrag durch den Bundesarbeitsminister gegeben.

2206 ger andauern darf. Wenn Menschen vor Ort erleben,
2207 dass Politik nicht mehr gestalten kann, dass Zukunft
2208 verspielt wird – dann ist die Demokratie vor Ort in Ge-
2209 fahr. Populisten und Rechtsradikale wissen diese Ent-
2210 wicklung zu nutzen – mit vermeintlich einfachen Ant-
2211 worten. Die NRWSPD hat eine bessere Antwort – die
2212 einzig richtige Antwort: Es braucht wieder mehr finan-
2213 zielle Mittel in den Kommunen.

2214
2215 Das muss auch im Interesse von vermögenden Kom-
2216 munen sein, die es in NRW ebenso gibt. Auch star-
2217 ke Kommunen sind zwingend darauf angewiesen, dass
2218 es ihren Nachbarkommunen gut geht. Tourismus, Ein-
2219 kaufsstraßen und Gastronomie leben von Gästen, die
2220 Geld mitbringen. Unternehmen brauchen gut ausgebil-
2221 dete ArbeitnehmerInnen. Großstädte brauchen attrak-
2222 tiven Wohnraum im Speckgürtel. Und Wirtschaft funk-
2223 tioniert nur dann, wenn Unternehmen aus der Region
2224 zuliefern, oder in der Nachbarschaft Güter und Dienst-
2225 leistungen nachgefragt werden. Das Vorbild ist Europa:
2226 Ein starker Binnenmarkt stärkt auch Deutschland. Nur
2227 gemeinsam sind wir stark. Dieses Prinzip greift ebenso
2228 für die Kommunen in NRW. Das bedeutet Solidarität.

2229
2230 Mit „Rot Pur“ hat die NRWSPD ihr Bekenntnis zu die-
2231 ser kommunalen Solidarität erneuert. Es braucht star-
2232 ke Kommunen. In der Krise hat sich bewiesen, dass die-
2233 ser Weg richtig ist. Unsere Kommunen schultern Verant-
2234 wortung und tragen entscheidend dazu bei, dass wir ge-
2235 samtgesellschaftliche Herausforderungen bewältigen,
2236 wie wir es jüngst im Kampf gegen die Corona-Pandemie
2237 erleben.

2238
2239 **Spar- und Sanierungsanstrengungen werden durch**
2240 **Corona-Pandemie zunichte gemacht**

2241
2242 Die Corona-Pandemie ist jedoch für viele Kommunen
2243 auch ein Brandbeschleuniger. Denn Corona hat massi-
2244 ve finanzielle Folgen: Weniger Geld wird eingenommen,
2245 weil die Gewerbesteuer sowie die kommunalen Antei-
2246 le an der Einkommen- und Umsatzsteuer wegbrechen.
2247 Auch Einnahmen aus anderen Abgaben wie Gebühren
2248 und Beiträgen, oder Erträge aus kommunalen Unter-
2249 nehmen sinken. Auf der anderen Seite wird mehr Geld
2250 ausgegeben, weil die Bekämpfung der Pandemie hohe
2251 Ausgaben verursacht.

2252
2253 Das trifft vor allem schwache Kommunen. Viele von ih-
2254 nen haben im Rahmen des „Stärkungspakt Stadtfinan-
2255 zen“ einen harten Sanierungskurs eingeschlagen. Dafür
2256 haben sie im Gegenzug seit dem Jahr 2011 insgesamt
2257 rund 6 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt bekommen, um
2258 wieder handlungsfähig zu werden. Denn bereits vor Co-
2259 rona steckten viele Kommunen in der Falle, oder besser
2260 gesagt im Teufelskreis: Aus eigener Kraft schaffen es be-
2261 troffene Kommunen nicht, ihre Attraktivität zu steigern,
2262 umso mehr Steuer- oder Finanzkraft für nötige Investi-
2263 tionen zu generieren. Die Haushalte sind am Limit. Also

Alle Berufsgruppen in NRW müssen mit Personalschlüs-
seln zurecht kommen, die sich an Personalrichtwer-
ten orientieren, die aus der Zeit vor Einführung des
SGB XI stammen. Sie sind veraltet. Für die Verwal-
tung, die Haustechnik, die Sozialarbeit und die Haus-
wirtschaft heißt das, dass umgehend neue Personal-
richtwerte ermittelt und verbindlich eingeführt werden
müssen. Auch für diese Berufsgruppen ist das Arbeits-
aufkommen und die Arbeitsintensität in den letzten
Jahren durch Veränderung der BewohnerInnenstruktu-
ren enorm gewachsen. Hier ist das Land gefordert. Die
zuständigen Behörden auf Länderebene müssen zudem
verpflichtet werden, die Einhaltung der Fachkraftquote
zu überprüfen und gegebenenfalls zu sanktionieren.

Studien zeigen, dass es vielfältige strukturelle Hinder-
nisse für Fachkräfte aus dem Ausland sowie für Quer-
einsteigerInnen in der Pflege gibt. Notwendig sind,
neben dem Abbau bürokratischer Hindernisse, sozia-
le Innovationen auf Organisationsebene. Ansätze lie-
gen hier u.a. in dem Aufbau systematischer betriebli-
cher Recruitment- und Rückkehrprogramme, in der An-
erkennung informell erworbener Kompetenzen für den
Einstieg in die Pflegearbeit, in der Förderung multi-
professioneller Teamarbeit sowie in der Stärkung einer
fachlich-sozialen Praxisanleitung für diese Zielgruppe.
Hierfür braucht es Maßnahmenkataloge und Qualitäts-
kriterien. Betriebliche Interessenvertretungen können
darin unterstützen, entsprechende Maßnahmen zu ent-
wickeln und überprüfen, ob diese eingehalten werden.

Mehr Köpfe sind wichtig, aber es braucht noch mehr!

Denn sozialer Fortschritt im und mit dem Gesundheits-
und Pflegesektor ist ohne qualifiziertes und motiviertes
Personal nicht möglich. Gegenwärtige Maßnahmen der
Gesundheitspolitik zielen vor allem darauf, mehr Köp-
fe für die Arbeit in Gesundheit und Pflege zu gewin-
nen. Dies ist für die Beschäftigten vor Ort wichtig, kann
aber allein keine Antwort auf die drängenden Heraus-
forderungen sein. Damit es hier nicht zu Enttäuschun-
gen kommt, braucht es einen Plan, wie Neueinsteige-
rInnen nicht nur in der Pflege ankommen, sondern auch
die Voraussetzungen dafür geschaffen werden können,
damit sie dort bleiben wollen.

Spätestens wenn um die Betreuung der eigenen Kinder
geht, kommt es häufig zu Enttäuschungen. Richtig kom-
pliziert wird es für Eltern, die im Schichtdienst arbeiten
– und das werden immer mehr. Wohin mit den Kindern
morgens um fünf oder abends um zehn? Hier braucht es
entsprechende Arbeitszeitanrangements sowie ein ver-
stärktes Engagement durch die Träger, beispielsweise
durch betriebliche Betreuungseinrichtungen.

Durch die zunehmende Diffusion und Nutzung digita-
ler Technik, durch neue und erweiterte Qualifikations-

2264 ist das Gegenteil der Fall: Durch den Verschleiß von In-
2265 frastruktur und Personalabbau in den nötigen Ämtern
2266 sinkt die Attraktivität weiter und damit auch die Chan-
2267 ce, sich selbst zu befreien. Der Stärkungspakt Stadtfin-
2268 nanzen war der richtige Weg, um diesen Teufelskreis zu
2269 durchbrechen. Die Krise droht jedoch alle Sparanstren-
2270 gungen zunichte zu machen.

2271
2272 Ein erstes wichtiges Zeichen hat der Bund gesetzt:
2273 Durch die dauerhafte Entlastung von Sozialleistungen
2274 (Konjunkturpaket 2020) haben die Kommunen bundes-
2275 weit jedes Jahr 4 Milliarden Euro mehr in den Kassen.
2276 Das hilft besonders dort, wo Arbeitslosigkeit hoch und
2277 Einkommen niedrig sind.

2278
2279 Doch damit kann es noch nicht getan sein. Die Kom-
2280 munen müssen von Belastungen befreit werden, über
2281 die sie selbst nicht bestimmen können. Soweit Kommu-
2282 nen bestimmte Aufgaben übernehmen, weil Bund und
2283 Länder sie ihnen zugewiesen haben, müssen die Kos-
2284 ten dafür von den Auftraggebern getragen werden. Dies
2285 entspricht dem Grundsatz der Konnexität. Die Entlas-
2286 tung von Sozialleistungen ist daher richtig und muss
2287 nun konsequent fortgeführt werden.

2288
2289 **Ein Schuldenschnitt für die Kommunen**
2290

2291 Zudem drücken vielerorts sogenannte Kassenkredite,
2292 die zur Überbrückung vorübergehender Kassenengpäs-
2293 se verwendet werden. In den NRW-Kommunen sind so
2294 Schulden von insgesamt 22,6 Mrd. Euro aufgelaufen.
2295

2296 Diese Kassenkredite, die aus eigener Kraft nicht
2297 mehr abgelöst werden können, müssen endlich in
2298 einen Altschuldenfonds überführt werden. Hier ist
2299 das Land in der Verantwortung, nachdem die CDU-
2300 Bundestagsfraktion eine Beteiligung des Bundes
2301 blockiert hat. Zwar sind die Zinslasten aktuell ver-
2302 hältnismäßig gering, jedoch werden Investitionen
2303 verhindert, da Überschüsse in den Ausgleich gesteckt
2304 werden müssen. Nur in Zeiten niedriger Zinsen ist
2305 eine Lösung des Altschuldenproblems realistisch und
2306 finanzierbar. Es ist daher naiv und unverantwortlich,
2307 das Problem jetzt nicht anzugehen, mit dem Argument,
2308 die Zinsen seien niedrig.

2309
2310 Selbst die schwarz-grüne hessische Landesregierung
2311 macht es vor: Im Jahr 2018 wurden mit dem Programm
2312 „Hessenkasse“ rund 4,8 Mrd. Euro kommunaler Kassen-
2313 kredite abgelöst.

2314
2315 **Die Position der Kommunen stärken – mit einer starken**
2316 **Stimme**

2317
2318 Die Bewältigung der Flüchtlingskrise ist eine gutes Bei-
2319 spiel, um zu belegen, dass unsere Kommunen echte
2320 Krisenmanager sind. Kommunen haben Verantwortung
2321 übernommen – auch in finanzieller Hinsicht. Unbestrit-

und Kompetenzprofile sowie durch neue Wege der
Arbeitsorganisation und -gestaltung auf betrieblicher
Ebene werden sich Versorgungs- und Arbeitsarrange-
ments grundlegend ändern. »Effizientere Gesundheits-
und Pflegearbeit« markiert an sich aber noch keinen
Fortschritt, denn oftmals bleibt unklar, ob daraus ein
tatsächlicher Mehrwert für PatientInnen, Pflegebedürf-
tige und deren Angehörige sowie für die Beschäftigten
wird.

Es braucht eine Vision, wie Arbeit im Gesundheits- und
Pflegesektor unter Nutzung neuer Kompetenzprofile,
organisatorischer und technischer Möglichkeiten (Digi-
talisierung) künftig besser und intelligenter organisiert
werden kann. Trotz der Anstrengungen zum Aufbau ei-
ner umfassenden Telematikinfrastruktur ist die Förde-
rung der technischen Infrastruktur für Telemedizin in
der Altenpflege nicht ausreichend. Insbesondere man-
gelt es an einer integrierten Vernetzung pflegerischer
Expertisen mit der Akutversorgung sowie der (fach)ärzt-
lichen und therapeutischen Versorgung. Entsprechen-
de Programme für die Altenpflege müssen verstärkt auf
die gezielte Förderung des Ausbaus telepflegerischer
und teletherapeutischer Angebote für und in der Alten-
pflege setzen, und die Einrichtungen auch in der orga-
nisatorischen Umsetzung und Personalentwicklung un-
terstützen.

Wir wollen regionale Kompetenzzentren für eine digi-
tal gestärkte Altenpflegeaufbauen. Gerade in der Alten-
pflege geht es um eine kluge Mischung digitaler Technik
und »analoger« Betreuung als Ansatzpunkt zur Verbes-
serung der pflegerischen Versorgungsqualität.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Beschäftig-
ten im Kontext der Digitalisierung vor neuen und erwei-
terten Anforderungen stehen. Allerdings liegt der Fo-
kus derzeit in erster Linie auf der »Akzeptanz« neuer
technischer Anwendungen. Dies greift angesichts der
potenziellen Folgen digitaler Technik zu kurz. Digitale
Technik kann dann zu einem Fortschritt für die Wei-
terentwicklung der Pflege werden, wenn Beschäftigte
mit ihren fachlichen Kompetenzen und Interessenver-
tretungen konsequent an der Auswahl, Umsetzung und
Evaluierung beteiligt werden, die reflexiven Kompeten-
zen und Gestaltungskompetenz der Beschäftigten ge-
stärkt und Nutzeneffekte sichtbar und umgesetzt wer-
den. Folgen der Digitalisierung auf betrieblicher Ebe-
ne sind systematisch zu erfassen. Das Arbeitsschutzge-
setz (ArbSCHG) bietet hierfür den notwendigen gesetz-
lichen Rahmen. Doch oftmals werden Digitalisierungs-
folgen in diesem Kontext gar nicht systematisch erfasst.
Im Kontext beruflicher Bildung ist der Wandel der Kom-
petenzanforderungen zu erfassen, die Vermittlung digi-
taler Kompetenzen in der Ausbildung sollte gestärkt
und ein Berichtssystem für betriebliche Qualifizierungs-
aktivitäten aufgebaut werden (analog zum BBiG).

2322 ten ist die Bewältigung jedoch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dies muss sich auch in der Finanzierung
2323 widerspiegeln. Dem ist jedoch nicht so; die Kommunen
2324 wurden und werden über Gebühr belastet. Die Corona-
2325 Pandemie droht eine ähnliche Erfahrung für die Kom-
2326 munen zu werden.

2327
2328
2329 Als NRWSPD wollen wir die politische Position der Kom-
2330 munen stärken. Wir wollen mit den kommunalen Spit-
2331 zenverbänden in einen Dialog eintreten, wie es ge-
2332 lingt, ihre Stimme im institutionellen Gefüge zu stär-
2333 ken. Kommunen brauchen ein landes- und ggf. auch
2334 bundesrechtliches Mitspracherecht. Es muss verhindert
2335 werden, dass Kommunen sich regelmäßig nach Krisen
2336 oder im Rahmen anderer gesellschaftlicher Herausfor-
2337 derungen in der alleinigen Finanzverantwortung wie-
2338 derfinden. Sie müssen bei der Ausgestaltung von Lösun-
2339 gen institutionell beteiligt werden.

2340
2341 Als ersten Schritt ist die NRWSPD als Erstunterzeichne-
2342 rin dem Bündnis „Für die Würde unsere Städte“ beige-
2343 treten.

2344
2345 **Das Subsidiaritätsprinzip hat Grenzen**

2346
2347 NRW lässt überproportional viele Aufgaben durch sei-
2348 ne Kommunen erledigen. Leistungen sollen ortsnah an-
2349 geboten und an die lokalen Bedürfnisse angepasst sein.
2350 Diese Idee der Subsidiarität ist grundsätzlich richtig und
2351 begrüßenswert. Sie findet allerdings dort ihre Grenzen,
2352 wo durch die unterschiedliche Steuerkraft und damit
2353 Leistungsfähigkeit der Kommunen keine an die örtli-
2354 chen Bedürfnisse angepasste Erledigung erfolgen kann,
2355 da schlicht die Ressourcen fehlen.

2356
2357 Daher braucht es in vielen Bereichen einen „New Deal“
2358 in der Finanzierung von Aufgaben. Einerseits geht es da-
2359 bei um eine bedarfsorientierte, grundständige Finan-
2360 zierung über die bestehenden Verteilungsmechanis-
2361 men. Andererseits braucht es aber auch eine Diskussi-
2362 on darüber, wo wieder mehr Aufgaben vom Land selbst
2363 übernommen werden müssen.

2364
2365 Ein erster Ansatzpunkt kann die Schulträgerschaft sein.
2366 Grundgesetzänderungen in der jüngeren Vergangen-
2367 heit haben es ermöglicht, dass sich der Bund finanziell
2368 einbringen kann. Die Grenzen zwischen den Zuständig-
2369 keiten kommen immer mehr ins Schwimmen. Der Zeit-
2370 punkt ist also günstig: Es braucht neben einer erneu-
2371 ten Anstrengung des Landes für mehr Investitionen in
2372 die Schulinfrastruktur (Fortschreibung des Programms
2373 „Gute Schule 2020“) auch einen organisatorischen Neu-
2374 anfang der finanziellen Kompetenzen. Dafür benötigen
2375 wir neue Verantwortungsgemeinschaften, einen “New
2376 Deal” in der Schul- und Bildungspolitik, bei dem die Zu-
2377 sammenarbeit von Kommunen, Land und Bund neu ge-
2378 regelt wird.

2379

Wandel arbeitsorientiert gestalten: Mitbestimmung und tarifliche Regelungen stärken, Pflegekammer ist hier nicht die Lösung.

NRW hat eine besondere Tradition der sozialpartner-
schaftlichen Gestaltung von Arbeit. Diese Tradition
muss insbesondere im Bereich der Altenpflege wieder
gelebt werden. Ob Strategien zur Aufwertung der Ar-
beit künftig erfolgreich sein werden, hängt entschei-
dend davon ab, wie tarifliche Rahmenbedingungen aus-
gestaltet sind und auf betrieblicher Ebene wirksam wer-
den.

Die Etablierung einer Pflegekammer in NRW ist jedoch
keine Lösung. Denn es ist nicht Aufgabe einer Kammer-
organisation, verlässliche Einsatz- und Anwendungs-
bedingungen von Arbeit im Gesundheits- und Pflege-
bereich zu verhandeln und betrieblich durchzusetzen.
Die Auflösung der Pflegekammer Niedersachsen im Jahr
2020 – per Mitgliedervotum – ist der eindeutige Beleg
dafür.

Der Gesundheits- und Pflegesektor braucht mehr Mit-
bestimmung, Unternehmen ohne Tarif müssen end-
lich ihre Abwehrhaltung aufgeben. Nur so werden Ar-
beitsbedingungen und damit auch die Qualität der Ar-
beit nachhaltig gestärkt. Dafür müssen die Mitbestim-
mungsakteure im Transformationsprozess gestärkt und
in ihrer Wissens- und Kompetenzwicklung unterstützt
werden.

*Neue Wege finden: Landespflegegesellschaft als Pilotpro-
jekt*

Die Umsetzung arbeitsrechtlicher Standards für Pfl-
gekräfte in Privathaushalten ist überfällig. Die arbeits-
vertragliche Situation muss verbessert werden. Zentral
sind mehr und verpflichtende Beratung und Aufklä-
rung, Arbeitsverträge mit Aufgabenbeschreibung sowie
die Verpflichtung der vermittelnden Agenturen zur In-
formation, Qualifizierung und Beratung.

Wir wollen daher ein Pilotprojekt »Landespflegegesell-
schaft« auflegen. Eine solche gemeinnützige GmbH soll
sukzessive zur Anlaufstelle im Pflegebereich werden.
Über sie soll nicht nur Information, Qualifizierung und
Beratung erfolgen, sondern auch – weitergehend und
nach österreichischem Vorbild – eine direkte Anstellung
pflegender Angehöriger erfolgen.

Dies macht aus drei Gründen Sinn: Erstens, um diese
Personen sozialversicherungsrechtlich abzusichern und
ihnen ihren Lebensunterhalt zu sichern; zweitens, um
den pflegebedürftigen Personen den Verbleib zu Hau-
se zu ermöglichen; und drittens, um durch die Ausbil-
dungsmöglichkeit auch mittelfristig zusätzliches Perso-
nal für den Pflegebereich zu gewinnen.

2380 **Steueroasen haben in NRW keine Zukunft**

2381
2382 Europa kann sich nur weiterentwickeln und ist nur dann
2383 stark, wenn alle Länder und alle Ebenen zusammenar-
2384 beiteten – denn alle sind voneinander abhängig. Dieses
2385 Prinzip trifft auch auf NRW und seine Kommunen zu.
2386

2387 Wenn sich Kommunen einen Vorteil gegenüber dem
2388 Umland verschaffen, indem sie massiv ihre Gewerbe-
2389 steuer senken, dann ist das ein egoistischer Weg, der
2390 ausblendet, dass es in Zukunft immer mehr darauf an-
2391 kommen wird, gemeinsam zu arbeiten. Dass es aber in
2392 Deutschland zur gängigen Praxis von Großkonzernen
2393 werden könnte, durch konzerninterne Verlagerungen
2394 steuerlicher Erträge oder die Einrichtung von „Briefkas-
2395 tenfirmen“ Steuern zu sparen, ist besorgniserregend. Es
2396 ist schief, dass mitten in Deutschland Steueroasen ent-
2397 stehen, während wir genau das auf internationaler Ebe-
2398 ne mit allen Mitteln bekämpfen.
2399

2400 Unternehmensgewinne müssen dort versteuert wer-
2401 den, wo sie erwirtschaftet werden. Wir brauchen ande-
2402 re Rahmenbedingungen, insbesondere muss die Gewer-
2403 besteuert noch deutlicher an die Produktionsorte gebun-
2404 den werden.
2405

2406 Die Möglichkeiten, Gewerbesteuern durch die Anrech-
2407 nung von Patenten und Lizenzen sowie die Reduzierung
2408 der Beschäftigten durch die Ausgliederung in Dienst-
2409 leistungsunternehmen zu verlagern, muss abgestellt wer-
2410 den. Gewerbesteuern müsse dort verbleiben, wo der
2411 Mehrwert geschaffen wird. Denn dort, wo die tatsächliche
2412 gewerbliche Produktion stattfindet, bleiben die Be-
2413 lastungen für Umwelt und Infrastruktur. Ohne dass da-
2414 für allerdings von Unternehmen vor Ort ein angemessener
2415 Finanzierungsanteil getragen wird.
2416

2417 Im Übrigen bedeutet ein Unterbietungswettbewerb
2418 auch, dass insgesamt weniger Unternehmenssteuern
2419 in NRW hängen bleiben. Daher setzen wir uns dafür
2420 ein, dass die Gewerbesteuer dort gezahlt wird, wo die
2421 Bänder laufen, die Schloten qualmen und die LKWs über
2422 den Asphalt rollen – und nicht dort, wo der Briefkasten
2423 hängt.
2424

2425 **Gemeindefinanzierungsgesetz: Ungleiches auch un-**
2426 **gleich behandeln**

2427
2428 Das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) regelt den
2429 jährlichen Finanzausgleich zwischen dem Land und
2430 den Kommunen. Mit dem GFG 2019 hat die schwarze
2431 gelbe Landesregierung die Aufwands- und Unterhal-
2432 tungspauschale neu eingeführt und diese 2020 auch
2433 noch überproportional gegenüber der Gesamtsumme
2434 erhöht. Das ist der Einstieg in eine Verteilung der Mit-
2435 tel, die sich nicht mehr an der Bedürftigkeit der Kommu-
2436 nen orientiert. Starke Kommunen werden bevorzugt,
2437 schwache Kommunen werden schwächer. Gleichzeitig

Klar ist jedoch auch, dass daran nicht die Erwartungshaltung geknüpft werden darf, dass die bisherige Erwerbstätigkeit aufgegeben wird. Zwei Drittel der informell Pflegenden unter 65 Jahren sind selbst erwerbstätig, in Voll- oder Teilzeit. Die Erwerbstätigkeit wird aber aufgrund des Engagements in der Pflege der Angehörigen strukturell eingeschränkt. Deshalb ist die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und familiärer, informeller, Pflegearbeit eine große Herausforderung. Das gilt in besonderer Weise für Frauen, die in ihrem Alltag in erheblichem Umfang damit konfrontiert sind, die informelle Sorgearbeit mit Angehörigen, die eigene Erwerbstätigkeit sowie die eigene informelle Familienarbeit miteinander zu vereinbaren. Dieser strukturellen Benachteiligung kann durch eine Landespflegegesellschaft begegnet werden.

Eine dritte Aufgabe dieser Landespflegegesellschaft soll die Anstellung von Pflegekräften sein, die bisher im Graubereich, also über Agenturen vermittelt in privaten Haushalten tätig sind. Diese Art der Laienpflege, die häufig den Charakter einer Betreuungspflege hat, könnte damit in ein ordentliches Beschäftigungsverhältnis überführt werden. Auch hier soll eine Landespflegegesellschaft durch Information, Beratung und schließlich auch Qualifikation einen zusätzlichen Beitrag liefern.

Das Pilotprojekt Landespflegegesellschaft sollte zunächst in einer Modellregion erprobt und evaluiert werden. Wichtig ist zudem, dass die Gewerkschaften ein Mitbestimmungsrecht haben. Zu diesem Zweck sollte der Vorstand paritätisch besetzt sein. Klar ist damit auch, dass die Landespflegegesellschaft zu einem anerkannten Leistungserbringer im Sinne des Sozialgesetzbuches wird.

Für Kommunen mit Zukunft – Volles Leben statt leerer Kassen

Zukunft wird vor Ort gemacht. Wirksamer Klimaschutz, konsequente Digitalisierung, gute Arbeitsplätze, beste Bildung, gute Gesundheits- und Pflegeversorgung, verlässliche Kinderbetreuung, guter und bezahlbarer Wohnraum und starke Wirtschaftsförderung – all das und noch viel mehr leisten die Handelnden in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen. Sie setzen Politik um, investieren in Zukunft und machen Politik erlebbar. Das gelingt jedoch nur, wenn unsere Kommunen auch die nötige Finanzausstattung haben.

Unsere Position:

- **Handlungsfähig werden viele Gemeinden, Städte und Kreise erst dann, wenn sie von ihrer Schuldenlast befreit werden: Es braucht einen kommunalen Altschuldenfonds in NRW.**
- **Wir wollen die Position der Kommunen stärken – mit einer starken Stimme und echten Mitsprache-**

2438 sind in NRW überproportional viele Aufgaben den Kom-
2439 munen übertragen worden. Die Mittel, welche die Kom-
2440 munen im Rahmen des GFG bekommen, sind dafür bis-
2441 her zu gering angesetzt.

2442
2443 Die Gemeindefinanzierung muss sich daher wieder
2444 nach der objektiven Leistungsfähigkeit der Städte und
2445 Gemeinden richten. Für uns gilt hier der Maßstab: Un-
2446 gleiches auch ungleich behandeln. Nur so werden struk-
2447 turelle Nachteile vor Ort nicht zu einer Bürde beim
2448 Kampf um gleichwertige Lebensverhältnisse.

2449
2450 Dafür müssen die Sozillasten bei der Verteilung der
2451 Mittel stärker berücksichtigt werden. Zudem gilt es, die
2452 Aufwands- und Unterhaltungspauschale abzuschaffen,
2453 oder nach Bedürftigkeit zu verteilen. Um den überpro-
2454 portional vielen Aufgaben gerecht zu werden, muss au-
2455 ßerdem der Anteil an den Steuermitteln, der im GFG auf
2456 die Kommunen verteilt wird, mittelfristig und Schritt
2457 für Schritt von 23 auf 28 Prozent erhöht werden.

2458
2459 **Die Umsatzsteuer braucht einen neuen Verteilungsme-**
2460 **chanismus**

2461
2462 Die Anteile der Kommunen am Umsatzsteueraufkom-
2463 men stellen eine relevante Einnahmeposition für diese
2464 dar. Die Umsatzsteuer ist darüber hinaus in der jünge-
2465 ren Vergangenheit wiederholt als Vehikel zur Verteilung
2466 von (Sonder-)Zuweisungen des Bundes an die Kommu-
2467 nen benutzt worden.

2468
2469 Die Verteilung der Umsatzsteueranteile richtet sich je-
2470 doch bisher nach dem jeweiligen Steueraufkommen
2471 der Städte und Gemeinden bzw. deren Wirtschaftskraft.
2472 Das bevorzugt steuerstarke Gemeinden, da diese ei-
2473 nen verhältnismäßig höheren Anteil erhalten. Gerade
2474 vor dem Hintergrund, dass (Sonder-)Zuweisungen des
2475 Bundes insbesondere auch dem Zweck der Herstellung
2476 gleichwertiger Lebensverhältnisse dienen sollen, ist ein
2477 solcher Verteilschlüssel nicht zielführend. Ein solcher
2478 Verteilschlüssel verstärkt sogar bestehende Ungleich-
2479 heiten und strukturelle Benachteiligungen.

2480
2481 Auch hier gilt: Ungleiches auch ungleich zu behandeln.
2482 Es braucht eine Verteilung, die sich stärker am Bedarf,
2483 also nach sozialen Kriterien ausrichtet. Die Verteilung
2484 der Umsatzsteueranteile der Kommunen darf sich nicht
2485 allein am jeweiligen Steueraufkommen bzw. der Wirt-
2486 schaftskraft orientieren.

2487
2488 **Eine Grundsteuersenkung gelingt nur durch die faire**
2489 **Verteilung von Mitteln**

2490
2491 Letztlich wird dieser Dreiklang, also die bessere Zuwei-
2492 sung und Verteilung von Mitteln über das Gemeindefi-
2493 nanzierungsgesetz sowie die Gewerbe- und Umsatzsteu-
2494 er dazu beitragen, dass auch die kommunale Grund-
2495 steuer stabil oder sogar wieder gesenkt werden kann.

rechten.

- **Wir brauchen einen „New Deal“ in der Finanzierung von Bildungseinrichtungen. Solange Bildung „Ländersache“ ist, muss das Land seiner Verantwortung nachkommen.**
- **Steuer-oasen haben in NRW keine Zukunft. Unternehmensgewinne müssen dort versteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden.**
- **Ungleiches auch ungleich behandeln: Die Tendenz in der Gemeindefinanzierung, die finanzkraftunabhängigen Pauschalen zulasten der finanzkraftabhängigen Schlüsselzuweisungen zu erhöhen, muss rückgängig gemacht werden.**
- **Die Unterstützung der Kommunen durch den Bund darf zukünftig nicht wie in der Vergangenheit vorzugsweise über Umsatzsteueranteile geschehen. Auf diesem Wege profitieren vor allem ohnehin steuerstarke Kommunen außerhalb NRWs. Entlastungen müssen an den Sozialkosten ansetzen.**
- **Bereits 2019 haben wir beschlossen: Der Markt regelt nicht alles: Wir müssen Baukosten senken, sozialen Wohnungsbau fördern, wir brauchen eine Landeswohnungsbaugesellschaft und wir müssen ungerechtfertigten Mietpreisanstieg verhindern. Wir brauchen eine neue Wohnungspolitik!**

Gleiche Lebensverhältnisse erreichen wir durch Solidarität und gerechte Verteilung

Die ungleichen Lebensverhältnisse, die wir heute in NRW erleben, sind das Ergebnis ungleicher Verteilung. Vielerorts fehlt das Geld. Das hat spürbare Folgen: In NRW ist die Verfügbarkeit von Kita-Plätzen oder die Höhe der Kita-Beiträge vom Wohnort abhängig. Ob es ein Schwimmbad oder einen Sportplatz in der Nähe gibt, hängt vom Wohnort ab. Ob die Schultoilette oder der Aufzug zur U-Bahn funktioniert, ist vom Wohnort abhängig. Selbst die Lebenserwartung ist inzwischen vom Wohnort abhängig.

Daran sind nicht die KommunalpolitikerInnen vor Ort schuld. Dennoch sind sie es, die landauf und landab erklären müssen, warum bestimmte Dinge nicht mehr möglich sind. Schlimmer: Mancherorts geht es ausschließlich darum, zu erklären, warum bestimmte Einrichtungen oder Angebote geschlossen oder eingestellt werden müssen. Menschen erleben, dass öffentliche Infrastruktur verfällt. Ausweise, Bauanträge, KFZ-Angelegenheiten, Heirat oder Geburt – überall ist die örtliche Verwaltung die erste Anlaufstelle für staatliche Hoheitsaufgaben. Doch wenn es hier mehr und mehr hakt, wenn Warte- und Bearbeitungszeiten immer länger werden, dann schleicht sich das Gefühl ein, dass der Staat nicht mehr richtig funktioniert. Im Ergebnis schwindet das Vertrauen in Politik und die Unzufriedenheit steigt.

Für die NRWSPD ist klar, dass dieser Zustand nicht län-

2496
 2497 Wie hoch die Grundsteuer ausfällt, variiert je nach
 2498 Wohnort und kann über den lokalen Hebesatz gesteu-
 2499 ert werden. Inzwischen korreliert die Grundsteuerbe-
 2500 lastung jedoch wesentlich mit der Finanznot der Kom-
 2501 munen. Zwischen dem günstigen Gütersloh und dem
 2502 Spitzenreiter Witten besteht eine Diskrepanz von jähr-
 2503 lich knapp 450 Euro, gemessen an einem Standard-
 2504 Einfamilienhaus.
 2505
 2506 Nur eine bessere finanzielle Ausstattung der armen
 2507 Kommunen und die Lösung der Altschuldenfrage kann
 2508 diesen Trend aufhalten. Die Steuerbelastung der Ein-
 2509 wohner einer Stadt muss sich wieder an den Leistungen
 2510 der Stadt orientieren können.
 2511
 2512
 2513
 2514
 2515
 2516
 2517
 2518
 2519
 2520
 2521
 2522
 2523
 2524
 2525
 2526
 2527
 2528
 2529
 2530
 2531
 2532
 2533
 2534
 2535
 2536
 2537
 2538
 2539
 2540
 2541
 2542
 2543
 2544
 2545
 2546
 2547
 2548
 2549
 2550
 2551
 2552
 2553

ger andauern darf. Wenn Menschen vor Ort erleben, dass Politik nicht mehr gestalten kann, dass Zukunft verspielt wird – dann ist die Demokratie vor Ort in Gefahr. Populisten und Rechtsradikale wissen diese Entwicklung zu nutzen – mit vermeintlich einfachen Antworten. Die NRWSPD hat eine bessere Antwort – die einzig richtige Antwort: Es braucht wieder mehr finanzielle Mittel für die Gemeinden, Städte und Kreise.

Das muss auch im Interesse von vermögenden Kommunen sein, die es in NRW ebenso gibt. Auch starke Kommunen sind zwingend darauf angewiesen, dass es ihren Nachbarkommunen gut geht. Tourismus, Einkaufsstraßen und Gastronomie leben von Gästen, die Geld mitbringen. Unternehmen brauchen gut ausgebildete ArbeitnehmerInnen. Großstädte brauchen attraktiven Wohnraum im sog. Speckgürtel. Und Wirtschaft funktioniert nur dann, wenn Unternehmen aus der Region zuliefern, oder in der Nachbarschaft Güter und Dienstleistungen nachgefragt werden. Das Vorbild ist Europa: Ein starker Binnenmarkt stärkt auch Deutschland. Nur gemeinsam sind wir stark. Dieses Prinzip greift ebenso für die Kommunen in NRW. Das bedeutet Solidarität.

Mit „Rot Pur“ hat die NRWSPD ihr Bekenntnis zu dieser kommunalen Solidarität erneuert. Es braucht starke Kommunen. In der Krise hat sich bewiesen, dass dies wichtiger denn je ist. Unsere Kommunen schultern Verantwortung und tragen entscheidend dazu bei, dass wir gesamtgesellschaftliche Herausforderungen bewältigen, wie wir es jüngst im Kampf gegen die Corona-Pandemie erleben.

Land darf Kommunen in der Corona-Pandemie nicht länger im Regen stehen lassen

Die Corona-Pandemie ist jedoch für viele Kommunen auch ein Brandbeschleuniger. Denn Corona hat massive finanzielle Folgen: Weniger Geld wird eingenommen, weil die Gewerbesteuer sowie die kommunalen Anteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer wegbrechen. Auch Einnahmen aus anderen Abgaben wie Gebühren und Beiträgen, oder Erträge aus kommunalen Unternehmen sinken. Auf der anderen Seite muss mehr Geld ausgegeben werden, weil die Bekämpfung der Pandemie hohe Ausgaben verursacht.

Dieses Dilemma trifft insbesondere finanzschwache Kommunen. Viele von ihnen haben im Rahmen des „Stärkungspaktes Stadtfinanzen“ einen harten Sanierungskurs eingeschlagen. Mit Hilfe des Landes in Höhe von rund 6 Mrd. Euro konnte ein gutes Stück Handlungsfähigkeit wiedererlangt werden. Diese Erfolge sind hart erkämpft worden und haben bittere Entscheidungen nötig gemacht. Diese Entbehrungen drohen durch die finanziellen Folgen der Pandemie nun zunichte gemacht zu werden. Hier muss das Land eingreifen. Nachdem auf Druck der Bundesregierung die Ausfälle bei

2554
2555
2556
2557
2558
2559
2560
2561
2562
2563
2564
2565
2566
2567
2568
2569
2570
2571
2572
2573
2574
2575
2576
2577
2578
2579
2580
2581
2582
2583
2584
2585
2586
2587
2588
2589
2590
2591
2592
2593
2594
2595
2596
2597
2598
2599
2600
2601
2602
2603
2604
2605
2606
2607
2608
2609
2610
2611

der Gewerbesteuer für das Jahr 2020 jeweils hälftig durch den Bund und das Land erstattet wurden, muss das Land nun auch die Ausfälle für die Jahre 2021 und 2022 kompensieren. Die Aufstockung der Verteilmasse im Gemeindefinanzierungsgesetz 2021 war richtig und wichtig. Sie darf jedoch nicht als Kredit und somit aus Geldern der Kommunen selbst gewährt werden.

Denn bereits vor Corona steckten viele Kommunen in der Falle, oder besser gesagt im Teufelskreis: Aus eigener Kraft schaffen es betroffene Kommunen nicht, ihre Attraktivität zu steigern, um so mehr Steuer- oder Finanzkraft für nötige Investitionen zu generieren. Die Haushalte sind am Limit. Also ist das Gegenteil der Fall: Durch den Verschleiß von Infrastruktur und Personalabbau in den nötigen Ämtern sinkt die Attraktivität weiter und damit auch die Chance, sich selbst zu befreien. Der Stärkungspakt Stadtfinanzen war der richtige Weg, um diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Die jetzige Pandemie droht jedoch alle Sparanstrengungen zunichte zu machen.

Ein erstes wichtiges Zeichen hat der Bund nach jahrelangem Drängen der SPD insbesondere aus NRW gesetzt: Durch die dauerhafte Entlastung bei den Kosten der Unterkunft werden die Kommunen in NRW jährlich um rund eine Milliarde Euro entlastet. Das hilft insbesondere dort, wo Arbeitslosigkeit hoch und Einkommen niedrig sind. Das kann jedoch nur ein erster Schritt sein. Denn die Anhebung der Bundesbeteiligung auf bis zu 75 Prozent stellt immer noch keinen bedarfsdeckenden Anteil dar.

Doch damit kann es noch nicht getan sein. Die Kommunen müssen von Belastungen befreit werden, die sie nicht selbst verursacht haben. Es muss das Motto gelten: Wer bestellt, der zahlt auch. Soweit Kommunen bestimmte Aufgaben übernehmen, weil Bund und Länder sie ihnen zugewiesen haben, müssen die Kosten dafür von den Auftraggebern getragen werden. Dies entspricht dem Grundsatz der Konnexität. Die Entlastung von Sozialleistungen ist daher richtig und muss nun konsequent fortgeführt werden.

„Stunde Null“ für NRW-Kommunen

Zudem drücken vielerorts sogenannte Kassenkredite, die zur Überbrückung vorübergehender Kassenengpässe verwendet werden. In den NRW-Kommunen sind so Schulden von insgesamt 22,6 Mrd. Euro aufgelaufen.

Diese Kassenkredite, die Kommunen aus der Not mangelnder eigener Finanzkraft aufnehmen mussten, werden sie aus eigener Kraft nicht ablösen können. Es braucht endlich eine Lösung für den Anteil dieser Kassenkredite, der nicht für den eigentlichen Zweck der Abdeckung von Liquiditätsengpässen aufgenommen wurde. Hier ist nun allein das Land in der Verantwortung,

2612
 2613
 2614
 2615
 2616
 2617
 2618
 2619
 2620
 2621
 2622
 2623
 2624
 2625
 2626
 2627
 2628
 2629
 2630
 2631
 2632
 2633
 2634
 2635
 2636
 2637
 2638
 2639
 2640
 2641
 2642
 2643
 2644
 2645
 2646
 2647
 2648
 2649
 2650
 2651
 2652
 2653
 2654
 2655
 2656
 2657
 2658
 2659
 2660
 2661
 2662

 2663
 2664
 2665
 2666
 2667
 2668

nachdem die CDU-Bundestagsfraktion eine Beteiligung des Bundes blockiert hat.

Zwar sind die Zinslasten aktuell verhältnismäßig gering, jedoch werden Investitionen verhindert, da Überschüsse in den Ausgleich gesteckt werden müssen. Nur in Zeiten niedriger Zinsen ist eine Lösung des Altschuldenproblems realistisch und finanzierbar. Es ist daher naiv und unverantwortlich, das Problem jetzt nicht anzugehen, mit dem Argument, die Zinsen seien niedrig.

Selbst die schwarz-grüne hessische Landesregierung macht es vor: Im Jahr 2018 wurden mit dem Programm „Hessenkasse“ rund 4,8 Mrd. Euro kommunaler Kassenkredite abgelöst.

Die Position der Kommunen stärken – mit einer starken Stimme

Nach der Bewältigung der Migrationskrise in den Jahren 2015 und 2016 stellen die 396 Städte und Gemeinden und die 31 Kreise in NRW nun erneut unter Beweis, dass unsere Kommunen echte Krisenmanager sind. Kommunen haben Verantwortung übernommen – auch in finanzieller Hinsicht. Unbestritten ist die Bewältigung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Anders als es Kommunalministerin Scharrenbach darstellt, tragen Kommunen in NRW derzeit jedoch einen unverhältnismäßigen Anteil und werden über Gebühr belastet. Es reicht nicht die finanziellen Schäden der Corona-Pandemie über einen Haushaltstrick als Vermögensgegenstand in den Bilanzen zu „isolieren“. Das Land darf die Kommunen bei der Abschreibung dieser Kosten nicht im Regen stehen lassen und muss sich substantiell daran beteiligen.

Als NRWSPD wollen wir die politische Position der Kommunen stärken. Wir sind mit den kommunalen Spitzenverbänden im Dialog, wie es gelingt, ihre Stimme im institutionellen Gefüge zu stärken. Kommunen brauchen ein landes- und ggf. auch bundesrechtliches Mitspracherecht. Es muss verhindert werden, dass Kommunen sich regelmäßig nach Krisen oder im Rahmen anderer gesellschaftlicher Herausforderungen in der alleinigen Finanzverantwortung wiederfinden. Sie müssen bei der Ausgestaltung von Lösungen institutionell beteiligt werden.

Als ersten Schritt ist die NRWSPD als Erstunterzeichnerin dem Bündnis „Für die Würde unsere Städte“ beigetreten.

Das Subsidiaritätsprinzip hat Grenzen

Die NRW-Landesregierung lässt überproportional viele Aufgaben durch seine Kommunen erledigen – das zeigt sich auch in der Pandemie. Leistungen sollen ortsnah angeboten und an die lokalen Bedürfnisse angepasst

2669
2670
2671
2672
2673
2674
2675
2676
2677
2678
2679
2680
2681
2682
2683
2684
2685
2686
2687
2688
2689
2690
2691
2692
2693
2694
2695
2696
2697
2698
2699
2700
2701
2702
2703
2704
2705
2706
2707
2708
2709
2710
2711
2712
2713
2714
2715
2716
2717
2718
2719
2720
2721
2722
2723
2724
2725
2726

sein. Diese Idee der Subsidiarität ist grundsätzlich richtig und begrüßenswert. Sie findet allerdings dort ihre Grenzen, wo durch die unterschiedliche Steuerkraft und damit Leistungsfähigkeit der Kommunen keine an die örtlichen Bedürfnisse angepasste Erledigung erfolgen kann, da schlicht die Ressourcen fehlen.

Daher braucht es in vielen Bereichen einen „New Deal“ in der Finanzierung von Aufgaben. Einerseits geht es dabei um eine bedarfsorientierte, grundständige Finanzierung über die bestehenden Verteilungsmechanismen. Andererseits braucht es aber auch eine Diskussion darüber, welche Aufgaben von welcher staatlichen Ebene übernommen wird.

Bei Schulen zeigt sich, wie die Grenzen der Zuständigkeiten angesichts zunehmender Digitalisierung immer mehr verschwimmen. Der Zeitpunkt ist also günstig: Es braucht nach dem erfolgreichen Landesprogramm „Gute Schule 2020“ ein erneute Anstrengung des Landes für mehr Investitionen in die Schulinfrastruktur. Ein Programm „Gute Schule 2025“ kann ein erster Anfang sein. Daneben braucht es auch einen organisatorischen Neuanfang der finanziellen Kompetenzen. Dafür benötigen wir neue Verantwortungsgemeinschaften, einen „New Deal“ im Schul- und Bildungsbereich, bei dem die Zusammenarbeit von Kommunen, Land und Bund neu geregelt wird.

Steueroasen haben in NRW keine Zukunft

Europa kann sich nur weiterentwickeln und ist nur dann stark, wenn alle Länder und alle Ebenen zusammenarbeiten – denn alle sind voneinander abhängig. Dieses Prinzip trifft auch auf das Land NRW und seine Kommunen zu.

Wenn sich Kommunen einen Vorteil gegenüber dem Umland verschaffen, indem sie massiv ihre Gewerbesteuer senken, dann ist das ein egoistischer Weg, der ausblendet, dass es in Zukunft immer mehr darauf ankommen wird, gemeinsam zu arbeiten. Dass es aber in Deutschland zur gängigen Praxis von Großkonzernen werden konnte, durch konzerninterne Verlagerungen steuerlicher Erträge oder die Einrichtung von „Briefkastenfirmen“ Steuern zu sparen, ist besorgniserregend. Es ist nicht akzeptabel, dass mitten in Deutschland Steueroasen entstehen, während wir genau das auf internationaler Ebene mit allen Mitteln bekämpfen.

Unternehmensgewinne müssen dort versteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden. Wir brauchen andere Rahmenbedingungen, insbesondere muss die Gewerbesteuer noch deutlicher an die Produktionsorte gebunden werden.

Die Möglichkeiten, Gewerbesteuern durch die Anrechnung von Patenten und Lizenzen sowie die Reduzierung

2727
2728
2729
2730
2731
2732
2733
2734
2735
2736
2737
2738
2739
2740
2741
2742
2743
2744
2745
2746
2747
2748
2749
2750
2751
2752
2753
2754
2755
2756
2757
2758
2759
2760
2761
2762
2763
2764
2765
2766
2767
2768
2769
2770
2771
2772
2773
2774
2775
2776
2777
2778
2779
2780
2781
2782
2783
2784

der Beschäftigten durch die Ausgliederung in Dienstleistungsunternehmen zu verlagern, muss abgestellt werden. Gewerbesteuern müssen dort verbleiben, wo der Mehrwert geschaffen wird. Denn dort, wo die tatsächliche gewerbliche Produktion stattfindet, bleiben die Belastungen für Umwelt und Infrastruktur. Ohne dass dafür allerdings von Unternehmen vor Ort ein angemessener Finanzierungsanteil getragen wird.

Im Übrigen bedeutet ein Unterbietungswettbewerb auch, dass insgesamt weniger Unternehmenssteuern in NRW hängen bleiben. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Gewerbesteuer dort gezahlt wird, wo die Bänder laufen, die Schloten qualmen und die LKWs über den Asphalt rollen – und nicht dort, wo der Briefkasten hängt.

Gemeindefinanzierungsgesetz: Ungleiches auch ungleich behandeln

Das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) regelt den jährlichen Finanzausgleich zwischen dem Land und den Kommunen. Mit dem GFG 2019 hat die schwarzgelbe Landesregierung die Aufwands- und Unterhaltungspauschale neu eingeführt und diese 2020 auch noch überproportional gegenüber der Gesamtsumme erhöht. Durch diese systemwidrige Pauschale werden steuerstarke Kommunen gestärkt und steuerschwache Kommunen geschwächt. Das ist der Einstieg in eine Verteilung der Mittel, die sich nicht mehr an der Bedürftigkeit der Kommunen orientiert. Starke Kommunen werden bevorzugt, schwache Kommunen werden schwächer.

Eine Orientierung an der objektiven Bedürftigkeit der Kommunen muss der Maßstab im kommunalen Finanzausgleich bleiben. Für uns gilt hier der Maßstab: Ungleiches auch ungleich behandeln. Nur so werden strukturelle Nachteile vor Ort nicht zu einer Bürde beim Kampf um gleichwertige Lebensverhältnisse.

Dafür muss die Aufwands- und Unterhaltungspauschale abgeschafft werden und dürfen die finanzkraftunabhängigen Pauschalen nicht weiter zulasten der Schlüsselzuweisungen erhöht werden. Um den vielen Aufgaben der Kommunen gerecht zu werden, muss der Anteil an den Steuermitteln, der im GFG auf die Kommunen verteilt wird, mittelfristig angepasst werden.

Entlastungsmittel brauchen einen neuen Verteilungsmechanismus

Der Bund hat auf Initiative der SPD die Kommunen in den vergangenen Jahren massiv unterstützt. Eine Verteilung dieser Entlastungsmittel ist häufig über die Anteile der Kommunen an der Umsatzsteuer erfolgt.

Die Verteilung der Umsatzsteueranteile richtet sich je-

2785
2786
2787
2788
2789
2790
2791
2792
2793
2794
2795
2796
2797
2798
2799
2800
2801
2802
2803
2804
2805
2806
2807
2808
2809
2810
2811
2812
2813
2814
2815
2816
2817
2818
2819
2820
2821
2822
2823
2824
2825
2826
2827
2828
2829
2830
2831

doch nach dem jeweiligen Steueraufkommen der Städte und Gemeinden bzw. deren Wirtschaftskraft. Die Entlastungsmittel werden auf diesem Wege somit überproportional an steuerstarke Gemeinden verteilt. Gerade vor dem Hintergrund, dass (Sonder-)Zuweisungen des Bundes insbesondere auch dem Zweck der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse dienen sollen, ist ein solcher Verteilmechanismus nicht zielführend. Gerade vor dem Hintergrund, dass (Sonder-)Zuweisungen des Bundes insbesondere auch dem Zweck der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse dienen sollen, ist ein solcher Verteilschlüssel nicht zielführend. Über diesen Weg werden bestehende Ungleichheiten und strukturelle Benachteiligungen sogar verstärkt.

Auch hier gilt: Ungleiches auch ungleich zu behandeln. Es braucht eine Verteilung von Entlastungsmitteln, die sich stärker am Bedarf, also nach sozialen Kriterien ausrichtet.

Eine Grundsteuersenkung gelingt nur durch die faire Verteilung von Mitteln

Hierzu ist die Landesregierung gefordert, sich endlich auf ein Grundsteuermodell festzulegen, dass die tatsächlichen Werte berücksichtigt.

Wie hoch die Grundsteuer ausfällt, variiert je nach Wohnort und kann über den lokalen Hebesatz gesteuert werden. Inzwischen korreliert die Grundsteuerbelastung jedoch wesentlich mit der Finanznot der Kommunen. Zwischen dem günstigen Gütersloh und dem Spitzenreiter Witten besteht eine Diskrepanz von jährlich knapp 450 Euro, gemessen an einem Standard-Einfamilienhaus.

Nur eine bessere finanzielle Ausstattung der armen Kommunen und die Lösung der Altschuldenfrage kann diesen Trend aufhalten. Die Steuerbelastung der Einwohner einer Stadt muss sich wieder an den Leistungen der Stadt orientieren können.

Den Kommunen muss darüber hinaus die Möglichkeit zur Erhebung der einer Grundsteuer C gegeben werden. Auf diesem Wege erhalten Kommunen die Möglichkeit mithilfe der Grundsteuer Bodenspekulation einzudämmen.